

V. Der Madagaskar-Gedanke und die Judenpolitik des „Dritten Reiches“

Zum Spannungsverhältnis von „zerstreuender“ Auswanderung, Territorialfrage und „Endlösungs“-Perspektive

Aus der bisherigen Darstellung ist die vielschichtige antisemitisch-ideologische Vorgeschichte des Madagaskar-Gedankens ebenso deutlich geworden wie die anders gelagerten Motive und Hintergründe der konkreten Kolonisationsüberlegungen der polnischen Regierung in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Hieraus ergibt sich die Frage: Welche Verbindungen bestanden zwischen dem auf Madagaskar zielenden ideologischen Programm des „Voll-Zionismus“ und der ja gleichfalls ideologiegeleiteten Judenpolitik des „Dritten Reiches“, und inwieweit wurden diese Überlegungen von der französisch-polnischen Diskussion beeinflusst?

Die beiden impulsgebenden Personen bei der Ausarbeitung des deutschen Madagaskar-Projekts des Jahres 1940 waren Franz Rademacher und Adolf Eichmann. Deshalb ist danach zu fragen, wie sich die Hintergründe darstellen, auf denen beide aufbauen konnten? Welche Vorläufer hatte der Gedanke in den früheren Jahren des „Dritten Reiches“? Wie sahen die von Hitler und den Nationalsozialisten ins Auge gefaßten „Lösungsmöglichkeiten der Judenfrage“ aus, und welche Rolle spielte dabei der Madagaskar-Gedanke? Waren die Überlegungen des Jahres 1940 tatsächlich so neu, wie es Eichmann nach dem Krieg darstellte, seine eigene Initiative behauptend und die vorgeblich humanen Intentionen betonend? Wenn nicht, wie läßt sich die Bedeutung des Projekts bis zum Sommer 1940 bemessen?

Die folgende Darstellung beabsichtigt deshalb, die Entwicklung der Judenpolitik des „Dritten Reiches“ in den beiden für den Madagaskar-Plan entscheidenden Behörden, dem Auswärtigen Amt und dem Sicherheitsdienst der SS bzw. dem Reichssicherheitshauptamt, zu skizzieren. Die Suche nach Wegen zur „Lösung der Judenfrage“, insbesondere im Hinblick auf die internationalen Bemühungen, und die Rolle und Bedeutung des Madagaskar-Gedankens in dieser Politik sollen dargestellt werden. Dies impliziert nicht den Anspruch auf eine umfassende Beschreibung der gesamten nationalsozialistischen Judenpolitik, wengleich sich hier die generelle Entwicklung sowie die ideologische Aufladung und ihre Umsetzung durchaus exemplarisch erkennen lassen.

1. Entwicklungslinien zur „Lösung der Judenfrage“

Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft lag die Aufgabe zur Transformation der rassenantisemitischen Doktrin in die politische Praxis vornehmlich in den Händen des Innen- und Justizministeriums. Innenminister Frick folgte hierbei, wengleich in den Augen der Partei häufig zu passiv, seiner grundsätzlichen antisemitischen Generallinie, wie er sie in treuer Gefolgschaft Hitlers schon seit den zwanziger Jahren und in zahlreichen Initiativen zu Beginn der dreißiger Jahre immer wieder zum Ausdruck ge-

bracht hatte. In dieser Phase der vornehmlich „legislativen Judenverfolgung“¹, die freilich immer wieder in organisierten Aktionen, wie dem Boykott jüdischer Geschäfte und dem Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im April 1933, vor allem auf Druck der NSDAP konzentrierte Schübe erhielt, war es in erster Linie der deutschnationale Justizminister Gürtner, der, selbst kein Rassist, mit mäßigem Erfolg versuchte, als Bremse zu wirken, und beispielsweise auf die nicht objektivierbaren Kriterien zur Rassenmarkierung hinwies, ohne damit jedoch dem Bewegungsgesetz des Hitler-Reiches Einhalt gebieten zu können². Auch Hitler, der sich in der letzten Phase von Weimar bei der Nutzung des Antisemitismus als Propagandainstrument eine gewisse Mäßigung gegenüber früheren Jahren auferlegt hatte, schien in dieser ersten Zeit seiner Herrschaft zunächst vor allem von der Machtergreifung und deren Konsolidierung in Beschlag genommen, darüber hinaus durch seine neue Rolle als Staatsmann aus außenpolitischen Rücksichten, beispielsweise gegenüber dem Italien Mussolinis, vordergründig zur Zurückhaltung bei der Verfolgung seiner antisemitischen Fixierung zu neigen und überließ Agitation und Aktion seiner Partei und insbesondere dem unheilvollen Wirken Julius Streichers. Dies bedeutete keineswegs, daß sich Hitler nicht interessierte oder gar entscheidende Maßnahmen gegen seinen Willen abliefen; es war vielmehr ein Ausdruck seines Herrschaftsstils, die Spannbreite der unter ihm und in seinem Sinne Agierenden weit zu halten, solange die generelle Linie seinen Vorstellungen entsprach. Seine letztinstanzliche Orientierungs- und Leitungsfunktion wurde niemals auch nur in Frage gestellt.

Nicht nur im „Stürmer“ wurde schon in dieser Anfangsphase über Notwendigkeit und Mittel zur „Lösung der Judenfrage“ im Sinne der Aussiedlungs- oder Reservatkonzeption diskutiert. In den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ vom Mai 1933 schrieb Achim Gercke, seinerzeit Sachverständiger für Rassenforschung beim Reichsministerium des Innern³, daß alle „Vorschläge, die einen Dauerzustand, eine Dauerregelung für die Juden in Deutschland beabsichtigen“ würden, die Judenfrage nicht lösen könnten, „denn sie lösen die Juden nicht von Deutschland. Und darauf kommt es an.“ Aufgabe des Staates könne und dürfe „nur der planmäßige Ausmarsch, die Abwanderung“ sein. Er plädierte für eine Orientierung am Zionismus und für den Versuch, „eine internationale Regelung zur Schaffung einer Heimstätte für die Juden zu erreichen“, damit die Judenfrage nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und für die Welt gelöst werden könne. Er regte darüber hinaus die geregelte Umerziehung der jüdischen Bevölkerung zu Arbeitern, Handwerkern und Siedlern an und forderte, statt die Juden in alle Winde zu zerstreuen, die Judenfrage durch eine „planmäßige Ansiedlung“ zu lösen⁴.

In dieselbe Richtung argumentierte an gleicher Stelle Johann van Leers in einem Beitrag über „Das Ende der jüdischen Wanderung“. Er lehnte zwar „einen allgemeinen ju-

¹ Graml, Reichskristallnacht, S. 140.

² Ebenda, S. 139f.

³ Gercke, ein promovierter Mediziner, war der NSDAP im März 1926 beigetreten und seit 1931 Amtsleiter in der Reichsleitung der Partei, wo er für die rassische Überprüfung der Parteimitglieder zuständig war. Am 18. April 1933 wurde er als „Sachverständiger für Rassenforschung“ ins Reichsinnenministerium berufen; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 29, Anm. 41, S. 106, Anm. 89.

⁴ Gercke, Die Lösung der Judenfrage, S. 195–197.

denfeindlichen Vernichtungskampf zur Ausrottung“ ab und anerkannte ebenfalls den Wert des Zionismus, der recht darin habe, „wenn er für dieses Volk eine bodenmäßige Grundlage zu seiner Entwicklung fordert“, Palästina sei hierzu jedoch ungeeignet. „Die einzig denkbare positive Lösung, die dem Judenproblem ein wirkliches Ende in Europa machen würde und zugleich dem Judentum eine wirkliche Volkwerdung, Verwurzelung im Boden und damit vielleicht eine Bindung seiner minderwertigen Bestandteile durch die höherwertigen ermöglichte, wäre die Bereitstellung eines ausreichenden außereuropäischen Siedlungsgebietes in gesunder Lage.“ Unter Bezug auf van Winghenes Buch vom „Voll-Zionismus“ verwies er auf Madagaskar, „man könnte aber auch an gewisse klimatisch geeignete andere afrikanische oder südamerikanische Gebiete denken“. Allerdings sei „die Aufsicht einer Macht, die die Sicherheiten für eine gerechte und saubere Oberaufsicht gibt“, notwendig, und die großen westeuropäischen Kolonialmächte seien aufgerufen, ein solches Gebiet zur Verfügung zu stellen, wodurch „mit einem Schlag die Judenfrage, deren Auftauchen sie immer wieder entrüstet“, beendet sein würde⁵. Auch hier vernehmen wir die altbekannte Sehnsucht nach dem einen, großen, globalen Reservat für die Juden, in dem sie unter Aufsicht leben sollten, und eine gewisse Ferne von der praktischen Politik ist den Gedanken dabei nach wie vor unverkennbar eigen.

Mit der Konsolidierung und sich ausbreitenden Totalisierung des Herrschaftsapparates nach der Klärung zahlreicher Konflikte innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung selbst, allen voran der Entmachtung der SA, sowie der für Hitler überaus erfolgreichen Saarabstimmung, die im Vorfeld eine gewisse agitatorische Zurückhaltung in der Judenfrage hatte angeraten erscheinen lassen, brachte das Jahr 1935 weitere Eskalationsstufen des staatlich sanktionierten und organisierten Antisemitismus, der sich in zahlreichen judenfeindlichen Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene entlud⁶. Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 wurde am 21. Mai im Wehrgesetz die „arische“ Abstammung als Voraussetzung zur Einberufung in die neue Streitmacht festgelegt. Zur gleichen Zeit nahm die Propaganda gegen den „Rasseverrat“, sprich den geschlechtlichen Kontakt zwischen Juden und Nichtjuden, und das Bemühen um eine strenge Verfolgung solcher „Vergehen“ deutlich zu. Einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung, von dem viele Juden trotz der damit festgeschriebenen Diskriminierung hofften, er möge der Endpunkt sein, waren die auf dem Nürnberger Parteitag erlassenen Gesetze „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und das „Reichsbürgergesetz“. Neben der rechtlichen „Absonderung“ von der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung sollten die Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen auch die, als seinerzeit adäquates Mittel zur Lösung angesehene, Auswanderungsbereitschaft fördern⁷. Bereits am 10. Februar 1935 hatte Heydrich alle Staatspolizeistellen angewiesen, „daß sämtliche jüdischen Versammlungen, soweit

⁵ Johann van Leers, *Das Ende der jüdischen Wanderung*, S. 229–231.

⁶ Vgl. Graml, *Reichskristallnacht*, S. 141.

⁷ 1933 hatten 37 000, 1934 weitere 23 000 Juden das Deutsche Reich verlassen. Die Zahl sank 1935 auf 21 000, und nicht selten kehrten Juden in dieser Zeit nach Deutschland zurück, in der Hoffnung, dort sei eine Klärung des staatlichen Verhaltens gegenüber der verfolgten Minderheit erreicht und ein Weiterleben nun doch noch eher möglich als in dem vielfach wurzellosen und für die Zukunft wenig verlässliche Orientierung bietenden Emigrantendasein in der Fremde.

in ihnen Propaganda für das Verbleiben in Deutschland gemacht werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind“⁸. Daß Hitler selbst in dieser Zeit auch schon weiter dachte, wird aus einer Äußerung kurz nach dem Parteitag im September 1935 deutlich: „Heraus aus allen Berufen, Ghetto, eingesperrt in ein Territorium, wo sie sich ergehen können, wie es ihrer Art entspricht, während das deutsche Volk zusieht, wie man wilde Tiere sich ansieht.“⁹

Auch die über Deutschland hinausweisende Dimension des „Problems“ wurde immer wieder angesprochen. So stellte im Oktober des Jahres der „Rassereferent“ und Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Bernhard Lösener, in einer Schrift mit dem Titel „Material zur Lösung der Halbjudenfrage“ fest, die Judenfrage sei „nicht nur eine deutsche, sondern eine *Weltangelegenheit*“. Sie könne daher „nicht einmal für Deutschland endgültig durch eine abgesonderte, auf das Reichsgebiet beschränkte Regelung gelöst“ werden. Die innerdeutsche Lösung sollte nach seinen Vorstellungen „den *übrigen Nationen zum Vorbild* ihrer Massnahmen dienen, sobald diese einmal die Judenfrage in ihrer ganz verhängnisvollen Bedeutung erkannt haben werden“¹⁰.

Den „Nürnberger Gesetzen“ folgten nun zahlreiche Verordnungen, mit denen die Juden fortschreitend aus ihren Berufen gedrängt und auch das Ausweichen auf alternative Tätigkeiten beschnitten und unterbunden wurde. Gleichwohl war in der öffentlich artikulierten wie praktizierten antisemitischen Agitation bis Mitte 1936 eine gewisse, primär aus der Rücksichtnahme auf einen reibungslosen Ablauf der Olympischen Spiele motivierte, Zurückhaltung zu verzeichnen. Die rein taktische Funktion dieser Zurückhaltung wurde unmittelbar nach dem Ende der renommeeträchtigen Veranstaltungen deutlich, als eine neue Welle von Verfolgungsmaßnahmen einsetzte.

Wie streng die ideologische Orientierung sich besonders in jenem Bereich manifestierte, der so weit zum herausragenden Instrument der totalitären Durchdringung und Kontrolle des ganzen Staates heranreifen sollte, daß man ihn bisweilen als das entscheidend prägende Element des Ganzen interpretierte, nämlich die SS des Hitler-Getreuen Heinrich Himmler, das wird deutlich in einer von Himmler selbst 1936 herausgegebenen Broschüre, in der er die „Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation“ und den Bolschewismus gleichzeitig als „vom *Juden organisierte[n]* und geführte[r] Kampf des Untermenschen“ definierte¹¹. Dieser „Kampf zwischen Menschen und Untermenschen“ war nach Himmlers Auffassung die „geschichtliche Regel“¹². Himmler beschrieb in der Linie traditioneller antisemitischer Verschwörungs- und Be-

⁸ Ursachen und Folgen, Bd. 9, S. 155, Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes an alle Staatspolizeistellen betr. jüdische Versammlungen, 10.2. 1935.

⁹ Aufzeichnung des Adjutanten Fritz Wiedemann, zitiert nach Graml, Reichskristallnacht, S. 162.

¹⁰ PAAA Inland IIg 169, 11.10. 1935; Hervorhebungen im Original. Lösener gehörte trotz seiner Stellung als „Judenexperte“ zu den Anhängern einer moderaten Lösung und wollte vor allem die sogenannten „Mischlinge“ außen vor halten; vgl. Browning, *The Government Experts*, S. 193.

¹¹ Himmler, *Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation*, S. 3; Hervorhebung im Original.

¹² Ebenda.

drohungstheorien die Juden als „kluge, in der Organisation der Zerstörung fähige, in der Verwendung jeder Gelegenheit und jeder Möglichkeit, auf dem Parkett des Salons, im Vorzimmer der Staatsminister und Monarchen, im Attentat, in der Mischung von Gift, im bewußt gelenkten Mörderstahl, im Verhungernlassen ganzer unerwünschter Volksstämme, im Intrigieren, im Diffamieren einzelner Köpfe [...] gewandte Gegner“¹³. Ihm ging es dabei um die Beschreibung einer „Gesamtlinie“ der notwendigen Auseinandersetzung, weshalb es in den zu bestehenden Kämpfen keine „Friedensschlüsse“ geben könne, „sondern nur *Sieger* oder *Besiegte*“, und „Besiegte sein in diesem Kampf“ heiße „für ein Volk Totsein“¹⁴.

Als „Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei“¹⁵ und damit in der Ausgangsstellung zur Schaffung der machtvollsten Verfolgungsinstanz in der Judenfrage, gab Himmler hier einer mystischen Bedrohungsperzeption vom „jüdischen Untermenschen“ Ausdruck, wie sie auch Hitler teilte, und die in der Folgezeit beider praktische Bemühungen zur Beseitigung dieser „Weltgefahr“ leiten sollte¹⁶.

Und auch Goebbels, eher zynisch-antisemitisch an die Mission Hitlers als an die Himmlerschen Phobien glaubend, notierte Anfang November 1936 in sein Tagebuch, die „Judenpest“ müsse „ausradiert werden. Ganz und gar. Davon darf nichts übrig bleiben.“¹⁷

¹³ Ebenda, S. 7.

¹⁴ Ebenda, S. 8. Diese Aussagen sind im Original hervorgehoben, der Begriff Sieger gleich zweifach.

¹⁵ Himmler wurde hierzu am 17. Juni 1936 ernannt, dabei als Reichsführer-SS jedoch nur bestätigt.

¹⁶ In den ersten Kapiteln dieser Arbeit wurde bereits gezeigt, daß die Entstehung des Madagaskar-Gedankens nicht, wie noch von Philip Friedman vermutet, auf das Umfeld Heinrich Himmlers zurückgeht. Himmlers erster nachweisbarer Kontakt mit dem Madagaskar-Gedanken geht auf den zitierten Brief Heinrich Tegtmeiers vom Februar 1937 zurück, nicht, wie von Friedman angenommen, auf das Jahr 1934, weil die von ihm als Beleg angegebene Aussage von Felix Kersten, dem finnischen Masseur Himmlers, sich nicht auf dieses Jahr bezieht. Das Gespräch zwischen Kersten und seinem Patienten Himmler wurde von ersterem auf den 10. November 1942 datiert. Goebbels habe, so zitiert Kersten Himmler, den Standpunkt vertreten, „daß die Judenfrage nur mit der restlosen Vernichtung aller Juden zu lösen sei“, wohingegen er der Ansicht gewesen sei, „es würde genügen, die Juden aus Deutschland zu vertreiben“. Er, Himmler, habe „dem Führer 1934 vorgeschlagen, den Juden ein großes Stück Land zu geben und sie dort zu einem selbständigen Staat zu vereinigen“. Auf Kerstens Frage, ob er dabei an Palästina gedacht habe, antwortete Himmler: „Nein, aber *später* an die Insel Madagaskar!“ Himmler dachte also keineswegs schon 1934 an Madagaskar; Felix Kersten, Totenkopf und Treue, S. 201; Hervorhebung des Autors. Überhaupt muß der Kerngehalt dieser Aussage, der sich auch in anderen bei Kersten wiedergegebenen Äußerungen Himmlers findet, daß nämlich Goebbels der (neben Hitler alleinige) Treiber in der Judenfrage, Himmler nur der Getriebene gewesen sei, nach allen Erkenntnissen der Forschung als absurd bezeichnet werden. Selbst wenn diese Zitate Äußerungen Himmlers tatsächlich wiedergäben, was angesichts der Offenheit des Reichsführers-SS im vertrauten Kreis beispielsweise bei seinen Äußerungen in Posen 1943 sehr zu bezweifeln ist, selbst dann widersprechen sie der klaren Tatsache, daß Himmler mit seinem Herrschaftsinstrumentarium die „Endlösung“ beschleunigt vorangetrieben hat, wobei er in kongruierender Geisteshaltung den jeweiligen Wünschen des „Führers“ bezüglich der Juden entsprach. Seine Äußerungen gegenüber Kersten sind demnach, sofern authentisch, schlicht die Tatsachen umdichtende Rechtfertigungen zur Verschleierung der eigenen Rolle.

¹⁷ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 718, 6. 11. 1936.

Noch waren weder die Voraussetzungen gegeben, noch umfassende Möglichkeiten vorhanden, diese Drohungen in die Tat umzusetzen. Doch begann in dieser Zeit die „Karriere“ jenes Mannes, der, bis zu diesem Zeitpunkt seines Lebenslaufes eine mehrfach gescheiterte Existenz, durch seine servile Beflissenheit gegenüber seinen Vorgesetzten und seinen geradezu bornierten Fleiß auf seinem Arbeitsgebiet zum gefragten „Judenexperten“ und Organisationstalent des Verfolgungsapparates avancieren und schließlich eine entscheidende Rolle für die Ausarbeitung des Madagaskar-Planes und weit darüber hinaus für die „genozidale Endlösung“ spielen sollte: Adolf Eichmann.

2. Adolf Eichmann

Eichmann¹⁸, 1906 im rheinländischen Solingen geboren, seit April 1932 Mitglied der NSDAP und der SS (letzteres auf Anregung seines Bekannten Ernst Kaltenbrunner), hatte im September 1934 Erfolg mit seiner Bewerbung um eine Anstellung beim Sicherheitsdienst (SD) der SS. Diese von Himmler im Juni 1931 ins Leben gerufene und von Reinhard Heydrich geleitete Einrichtung sollte ursprünglich als Nachrichtendienst und Überwachungsinstitution zur Kontrolle der Partei dienen, entwickelte sich aber nach und nach krakengleich unter Einbeziehung von (Geheim-)Polizei- und Sicherheitsbehörden zum zentralen Instrumentarium der totalitären Herrschaftspraxis.

Nach seiner Kommandierung nach Berlin begann Eichmanns „Lehrzeit“¹⁹ als „Judenexperte“, und Franz A. Six, seit 1936 Leiter der für die „weltanschaulichen Gegner“ Juden, Freimaurer und Kirche zuständigen Zentralabteilung II/1 des SD, erklärte nach dem Krieg, er habe Eichmann in diesen Jahren als „verhältnismässig einfachen, geistig nicht interessierten und nicht besonders begabten, aber sehr zackigen SS-Mann“ kennengelernt²⁰.

Die gesamte SD-Organisation wurde stärker noch als die Gestapo von Heydrichs Persönlichkeit durchwirkt, weil er hier, anders als in der auch von anderen staatlichen Stellen, sei es Göring, sei es das Innenministerium, beeinflussbaren Geheimpolizei, seine persönlichen Ansichten und Mittel weitgehend uneingeschränkt entwickeln und durchsetzen konnte²¹.

Heydrich fand in Eichmann einen treu-beflissenen Zuarbeiter und Exekutor, dessen eigener Ehrgeiz erst nach und nach erwachte, dabei aber niemals in Konkurrenz trat zu den ihm vorgesetzten Personen und Institutionen, jedoch gegen die eifersüchtig beobachteten anderen Behörden des „Dritten Reiches“. Eichmanns Bedeutung wuchs da-

¹⁸ Eichmanns Lebenslauf ist in der Literatur mehrfach ausführlich behandelt worden, weshalb hier nur eine knappe Skizze gegeben wird; vgl. Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 54–63.

¹⁹ Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 68.

²⁰ Aussage Six' vor dem Amtsgericht Tettmang, AZ: – I ARs 180/61 –, 24.5. 1961, S. 6. Franz Alfred Six (1909–1975); nach einem Studium der Staatswissenschaften, Geschichte, Volkswirtschaft und Zeitungswissenschaften in Heidelberg wurde Six 1934 promoviert, 1936 folgte die Habilitation. Er war NSDAP-Mitglied seit 1930, seit 1932 SA-Mitglied und trat im April 1935 in die SS ein. Zunächst war Six Chef der Hauptabteilung Presse und Schrifttum im SD-Hauptamt, Anfang 1936 Zentralabteilungsleiter I/3, Ende 1936 Leiter der Zentralabteilung II/1; vgl. Aronson, Frühgeschichte, S. 207f.

²¹ Vgl. Aronson, Frühgeschichte, S. 203.

bei stetig, parallel zur zunehmenden Dominanz seiner eigenen Behörde wie auch zur Bedeutungserweiterung, die sein Arbeitsbereich im Laufe der Jahre erfuhr.

Zu Beginn seiner Tätigkeit in der Wilhelmstraße 102, als er im Prinz-Albrecht-Palais die Freimaurer-Kartei zu ordnen hatte, lernte Eichmann Gregor Schwartz-Bostunitsch kennen, einen guten Bekannten des Erfurter „Voll-Zionisten“ Ulrich Fleischhauer²². Schwartz-Bostunitsch, der vom 7. März 1934 bis zum 30. Januar 1937 hauptamtlich beim SD tätig war²³, hatte unter anderem ein beinahe 700seitiges Werk mit dem Titel „Jüdischer Imperialismus“ im Theodor-Fritsch-Verlag veröffentlicht²⁴, in dem er auch auf die „pan-arische“ Bewegung einging und erklärte, der „angeblich verstorbene Begründer“ dieser Gruppe sei Egon van Winghene. Mit dessen Buch über den „Voll-Zionismus“ befaßte er sich ausführlich und wies auf die Übereinstimmung zwischen dessen Forderung nach „Madagaskar für die Juden“ und den Ansichten Ulrich Fleischhauers hin²⁵.

Schwartz-Bostunitsch war 1925 Mitarbeiter von Rosenbergs Zeitschrift „Weltkampf“ gewesen, seit 1926 auch beim „Völkischen Beobachter“, und wohnte Ende der zwanziger Jahre in Erfurt, wo er eng mit Fleischhauer und dessen U. Bodung-Verlag zusammenarbeitete. Der rumänische Vertreter der „antisemitischen Internationale“, Alexander Cuza, war eine der von ihm verehrten und gerühmten Autoritäten in der Judenfrage. Daß in dieser Atmosphäre Gedanken wie der „Voll-Zionismus“ verbreitet waren, kann als sicher gelten – wenngleich sie in ihrer Wirkung auf Eichmann nicht überschätzt werden sollten, da seine Tätigkeit als „Judenspezialist“ noch in den Anfängen steckte. Schwartz-Bostunitsch galt in jedem Fall als Autorität in Judenfragen, und Eichmann hat ihn später sogar als seinen „geistige[n] Lehrer“ apostrophiert²⁶.

Das „Juden-Referat“ im SD-Hauptamt wurde im Herbst 1935 mit der Amtsbezeichnung II 112 eingerichtet und, zunächst unter der Leitung des Österreicher Leopold von Mildenstein, zum Ausgangspunkt des Eichmannschen Aufstiegs²⁷. Damit begann der SD, zunächst noch langsam, alle mit dem Judentum verbundenen Fragen, in denen bisher stets die Partei und ihr Propagandaapparat Priorität gehabt hatten, an sich zu ziehen²⁸. Auf Anregung von Mildensteins ließ sich Eichmann in dieses Referat versetzen und fungierte hier vom Frühjahr 1937 an als Sachbearbeiter²⁹. Er betrachtete von Mildenstein, der ihm als erstes Herzls „Judenstaat“ zu lesen gegeben hatte, als

²² BAK R 58/988, Meldung Schwartz-Bostunitschs für den SD, 27. 6. 1936.

²³ Unterlagen zu Gregor Schwartz-Bostunitsch im BDC.

²⁴ Schwartz-Bostunitsch, Jüdischer Imperialismus, 1939.

²⁵ Schwartz-Bostunitsch, 1939, S. 343.

²⁶ BAK All Proz 6/95 (Sassen-Interview), S. 18.

²⁷ Leopold Itz Edler von Mildenstein, geb. am 30. 11. 1902 in Prag, war Diplom-Ingenieur. Mit der Nr. 106678 trat er 1929 in die NSDAP ein, 1932 auch in die SS. Von Mildenstein wurde im August 1934 Abteilungsleiter im SD-Hauptamt, gleichzeitig Korrespondent der „Berliner Börsenzeitung“ und 1936 in die Auslandspresseabteilung der Reichsregierung versetzt; BDC SS Pers.-Akt. von Mildenstein; vgl. Aronson, Frühgeschichte, S. 203; Nach Aussage Wislicenys war von Mildenstein nach dem Ersten Weltkrieg bis 1935 im vorderen Orient gewesen, u. a. in Palästina; IfZ Eich 6 (1908), Wisliceny-Bericht „Betr. ehemaliger SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann“ vom 27. 10. 1946, S. 3.

²⁸ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 87.

²⁹ IfZ, Wisliceny-Bericht zu Adolf Eichmann vom 27. 10. 1946, S. 3.

seinen „Meister [. . .], denn er war der einzige im Reichssicherheitshauptamt³⁰, der bezüglich des Judentums eine sachlich erschöpfende Auskunft überhaupt erteilen konnte“³¹. Eichmann bekam als Sachgebiete die Zionistische Weltorganisation, den Neuzionismus und die Orthodoxie zugewiesen³². Nachdem von Mildenstein das Amt im Juni 1936 nach einer Auseinandersetzung mit Heydrich verließ, wurde am 1. April 1937 Dieter Wisliceny sein Nachfolger³³. Wisliceny, ein ehemaliger Theologiestudent von robuster Natur, belesen und historisch interessiert, doch ohne ideologischen Ehrgeiz, eher zu geschäftsmäßiger Routine und Bequemlichkeit neigend, war dem Leiter der Zentralabteilung Franz Six aufgrund seines phlegmatischen Charakters ein Dorn im Auge und wurde zum 1. November durch den gerade erst 24-jährigen Herbert Hagen³⁴ ersetzt. Wisliceny wurde nach Danzig versetzt³⁵, blieb seiner Tätigkeit in Judenfragen aber verbunden und gehörte später, diesmal als Untergebener, zu Eichmanns engsten Mitarbeitern bei der „Endlösung“. Dasselbe gilt für Theodor Dannecker, der unter Wisliceny als Kollege von Eichmann für das Sachgebiet „Assimilanten“ zuständig war und während des Zweiten Weltkrieges in Frankreich eine führende Rolle in der Judenverfolgung einnehmen sollte.

Parallel zur Amtsübernahme Wislicenys leitete das SD-Hauptamt eine neue Phase seiner Judenpolitik ein. Deshalb soll der Blick zunächst auf das Auswärtige Amt gelenkt werden, um zu untersuchen, wie sich die Behandlung der Judenfrage dort bis in diese Zeit entwickelte.

3. Das Auswärtige Amt und seine Stellung zur Judenfrage

Franz Rademacher behauptete nach dem Krieg, er habe sich bei der Skizzierung seiner Madagaskar-Vorstellungen von alten Aufzeichnungen aus dem „Judenreferat“ von vor 1933 inspirieren lassen³⁶, und in der Tat existierte schon während der Weimarer Zeit ein Referat für „Jüdisch-politische Angelegenheiten“ in der Abteilung III des Auswärtigen Amtes. Es wurde von seiner Gründung im November 1918 bis zum Dezember 1932 von Professor Moritz Sobernheim geleitet³⁷, und das Hauptprodukt der Arbeit

³⁰ Eichmann meint das SD-Hauptamt, das Reichssicherheitshauptamt wurde erst 1939 gebildet.

³¹ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 27.

³² Ebenda.

³³ Vor Wisliceny war von August 1936 bis März 1937 Hauptscharführer Kuno Schröder Referatsleiter, der aber alsbald zur Wehrmacht einberufen wurde und auch später, im Gegensatz zu den in dieser Zeit Beschäftigten Eichmann, Hagen, Dannecker und Wisliceny, als „Judenverfolger“ nicht weiter in Erscheinung trat.

³⁴ Herbert Hagen, geb. am 20. 9. 1913 in Neumünster. Hagen versuchte vergeblich, die Offizierslaufbahn einzuschlagen, hatte ein Studium aus finanziellen Gründen nicht absolvieren können und eine nach dem Abitur 1932 begonnene kaufmännische Lehre 1934 abgebrochen. Er wurde am 1. 11. 1933 Mitglied der SS (SS-Nr. 124273), trat nach Aufforderung am 22. 5. 1934 dem SD bei und wurde am 1. 4. 1937 auch NSDAP-Mitglied (Partei-Nr. 4583139). Hagen war in verschiedenen Referaten bzw. Abteilungen des SD und des RSHA Referats- bzw. Abteilungsleiter und, ebenso wie Eichmann, in Wien und Prag tätig; BDC, Akte zu Herbert Hagen.

³⁵ IfZ, Wisliceny-Bericht zu Adolf Eichmann vom 27. 10. 1946, S. 1.

³⁶ Vgl. Kap. VI.; STALNÜF AZ: 3 c Js 1321–24/49, Vernehmung Rademachers vom 2. 10. 1947.

³⁷ Vgl. Geschäftsverteilungsplan (GVPL) des Auswärtigen Amtes vom April 1920, in: ADAP, A, III, S. 614; GVPL des AA Juli 1926, in: ADAP, B, I, 2, S. 676. Dr. Moritz Sobernheim (1872–

des Referats waren die „Jüdisch-Politischen Nachrichten“, die, von Sobernheim aus Agentur- und Zeitungsmeldungen zusammengestellt, den deutschen Vertretungen im Ausland sowie einigen interessierten Institutionen im Reich einen Überblick über die wichtigsten das Judentum betreffenden Ereignisse gaben³⁸. Von Januar 1933 bis zur Einrichtung des Sonderreferats Deutschland im März des Jahres wurden die jüdisch-politischen Angelegenheiten weiterhin in der Abteilung III bearbeitet. Nachfolger Sobernheims als Referatsleiter war Hans Schmidt-Rolke³⁹. Mit dem Madagaskar-Gedanken als Möglichkeit zur Lösung der Judenfrage hat sich das Referat, soweit erkennbar, bis zu diesem Zeitpunkt nicht beschäftigt. Trug die Behandlung jüdisch-politischer Angelegenheiten im Auswärtigen Amt während der Weimarer Republik also einen geradezu unpolitischen und primär informatorischen Charakter, wandelte sie sich mit der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten, was auch darin zum Ausdruck kam, daß mit dem 20. März 1933 für die Behandlung der Judenfrage im Auswärtigen Amt das dem Staatssekretär unmittelbar unterstellte Referat Deutschland zuständig wurde⁴⁰.

Eine erste grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem antisemitischen Kernthema des NS-Staates stammt vom Februar 1934, als Referatsleiter Vicco von Bülow-Schwante in einem von seinem Experten für Judenfragen, Emil Schumburg, entworfenen Runderlaß an die diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen die „Entwicklung der Judenfrage in Deutschland und ihre Rückwirkungen im Ausland“ zusammenfaßte⁴¹. Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung war nach Ansicht der Autoren „aus der Sphäre machtpolitischer Interessen herausgehoben auf eine ideologische Ebene, in der sich nationalsozialistische Weltanschauung und jüdisch-marxistische Lehre unversöhnlich gegenüberstehen. Das zunächst rein innerdeutsche Judenproblem biologischen und rassischen Ursprungs gewinnt damit die Bedeutung einer außenpolitischen Frage ersten Ranges.“⁴² Die Identifikation von Ju-

1933) war Orientalist und Professor für semitische Epigraphik. Neben der Mitgliedschaft in zahlreichen anderen jüdischen Organisationen war er von 1926 bis 1933 Mitglied des Präsidiums des „Pro-Palästina-Komitees“. Wiewohl zionistisch orientiert, bezeichnete er sich selbst als „liberal“ ausgerichtet. Vgl. PAAA R 19605/BAK R 43/I 2192, Beilage zu den Jüdisch-Politischen Nachrichten, Aufzeichnung über jüdische Organisation[en] und Politiker in Deutschland, 11.2. 1919. Sobernheim unterschied in dieser von ihm selbst stammenden Aufzeichnung zwischen liberaler, zionistischer und orthodoxer Ausrichtung.

³⁸ Die „Jüdisch-Politischen Nachrichten“ erschienen wöchentlich mit einem Umfang von acht bis sechzehn Seiten vom 25. 11. 1918 bis zum 23. 12. 1932; vgl. PAAA R 78673–78678; 76685–78700; 19605–19606; dort auch die Liste der Empfänger. Vgl. dazu auch die Akten aus dem Nachlaß Prof. Sobernheim PAAA R 78702–78731.

³⁹ GVPL des AA vom Januar 1933, in: ADAP, B, XXI, S. 607.

⁴⁰ ADAP, C, IV,2, S. 1209 m. Anm. 2. Neben der Judenfrage hatte das Referat zur Aufgabe: die „Beobachtung für die Außenpolitik wichtiger innerpolitischer Vorgänge in Deutschland, Beobachtung der Einwirkung des Auslandes auf innerpolitische Verhältnisse in Deutschland, Unterstützung des Staatssekretärs bei seinen Kontakten mit den Inlandsstellen“. Schon in den zwanziger Jahren hatte ein „Referat D (Deutschland)“ bzw. „Sonderreferat D“, allerdings mit anderen Aufgabenbereichen, existiert, das im Januar 1931 aufgelöst worden war; vgl. ADAP, A, III, S. 620; ADAP, B, I,2, S. 673; vgl. auch Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 120.

⁴¹ PAAA Inland II A/B 34/3 I, Aufzeichnung von Bülow-Schwantes, 28.2. 1934.

⁴² Ebenda, S. 6.

dentum und Bolschewismus war also auch hier, wie später in Himmlers Broschüre für die SS beschrieben, ein Hauptansatzpunkt zur Behandlung der Materie. Dies gilt auch für die weitere Erörterung des Themas. Nach Ansicht der Autoren war demnach als Maxime für die Frage, welche Haltung der Nationalsozialismus in dieser „weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem Weltjudentum unveränderlich einnehmen“ werde, Hitlers Feststellung maßgebend, wonach Parteien zu Kompromissen geneigt seien, „Weltanschauungen niemals!“⁴³. Der Runderlaß, der über Staatssekretär von Bülow zu Außenminister von Neurath lief und von diesem genehmigt wurde, spiegelt schon in dieser Zeit eine Grundeinstellung, die ganz auf der rassenideologischen Linie des Nationalsozialismus lag und sich auch dessen Wortwahl bediente⁴⁴. Dies war keineswegs typisch für das traditionell konservativen Prinzipien verpflichtete Auswärtige Amt. Schumburg war demgegenüber typisch für die neue, ideologiegeleitete Gruppe von Mitarbeitern im Auswärtigen Amt, welche das Diplomatieestablishment mit der Zeit zusehends instrumentalisierte und schließlich überspielte. In einer Aufzeichnung vom 16. Oktober 1934 hielt von Bülow-Schwante, den bereits skizzierten Überlegungen entsprechend, fest, daß nach Auffassung seines Referats „ein Verhandeln oder Paktieren mit irgend welchen jüdischen Organisationen oder jüdischen repräsentativen Körperschaften in der Judenfrage ein für alle Mal ausgeschlossen“ sei. „Ein Nachgeben in der Judenfrage unter wirtschaftlichem oder politischem Druck würde [...] zur Unterminierung der weltanschaulichen Grundposition des nationalsozialistischen Deutschland und damit zum politischen Zusammenbruch führen. Je schlechter daher die Wirtschaftslage ist, desto weniger sollte an Kompromisse in der Judenfrage gedacht werden.“⁴⁵ Diese Aufzeichnung wurde die Grundlage eines Schreibens, das Außenminister von Neurath zwei Wochen später im gleichen Tenor an „Führerstellvertreter“ Heß, das Innen- und das Propagandaministerium sandte⁴⁶.

Der „Judenexperte“ des Auswärtigen Amtes, Emil Schumburg, stand von Beginn seiner Tätigkeit an fest hinter der nationalsozialistischen Ideologie der kompromißlosen weltanschaulichen Auseinandersetzung und suchte diese in seiner Arbeit umzusetzen. So erklärte er am 30. Januar 1935, das Referat Deutschland habe „seit seinem Bestehen versucht, jedes Hinneigen zu einer Kompromißlösung oder zum Paktieren in der Judenfrage abzuwehren“⁴⁷. Das nationalsozialistische Deutschland befinde sich in einem Kampf „materieller und weltanschaulicher Art“ mit dem „internationalen Judentum“. Der „Gedanke einer Kompromißlösung“ schwäche nur die eigene Widerstandskraft. Während dieses Kampfes dürfe „nur an den ganzen Sieg gedacht werden“⁴⁸. Als sein oberster Dienstherr Außenminister von Neurath in einer Notiz ein nach Schumburgs Meinung von diesem „Grundsatz des Durchhaltens“ abweichendes Urteil getroffen

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Vgl. zur Behandlung der Judenfragen im Auswärtigen Amt in dieser Zeit auch Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 119–122; zur genannten Aufzeichnung besonders S. 121 f.

⁴⁵ PAAA Inland II A/B 34/2, Aufzeichnung von Bülow-Schwantes vom 16. 10. 1934.

⁴⁶ BAK Z Sg 133/105, 374–375, Schreiben von Neuraths an Heß, Frick, Goebbels, 30. 10. 1934.

⁴⁷ ADAP, C, III, 2, Nr. 467, S. 863–864, Notiz des Legationssekretärs Schumburg, 30. 1. 1935.

⁴⁸ Ebenda, S. 863.

hatte, schlug er deshalb seinem Vorgesetzten von Bülow-Schwante einen Vortrag beim Minister zur Klarstellung der ideologischen Position vor⁴⁹.

Schumburg wurde denn auch später, nach Wiedereinrichtung der beiden von Ribbentrop unmittelbar unterstellten Sonderreferate „Partei“ und „Deutschland“, ausdrücklich als „Verbindungsführer des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei zum Auswärtigen Amt“ – „wie bisher“ – bekannt gemacht⁵⁰.

Anlässlich einer erneuten Radikalisierung der Verfolgungspolitik im Sommer 1935, die schließlich in die bekannten „Nürnberger Gesetze“ mündete, hatte Legationsrat Röhrecke im August des Jahres festgehalten, die „Frage, ob die außenpolitische (nicht die wirtschaftliche) Lage es wünschenswert erscheinen läßt, die deutsche Judenpolitik zu revidieren“, sei „nach Auffassung von Ref[erat] D[eutschland] [. . .] zu verneinen. Dagegen sollten bei völliger Aufrechterhaltung des Judenprogramms der NSDAP im außenpolitischen Interesse unauffällige Methoden der Durchführung gewählt werden.“⁵¹

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahmen im Auswärtigen Amt, die ganz auf der ideologischen Linie des Hitler-Staates lagen, war in den Jahren bis 1937 die Entwicklung der Judenfrage primär ein innenpolitisches Problem, das vor allem von der Partei vorangetrieben wurde und welches das Auswärtige Amt in erster Linie im Hinblick auf die ausländischen Reaktionen zu beschäftigen hatte.

Auch im Innern fand erst um diese Zeit das Bemühen um die institutionelle Umsetzung der rassenideologischen Staatsdoktrin seinen konkreten Ausdruck in der Konzentration von Überwachung, Kontrolle und Verfolgung in der Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsdienst, Geheimem Staatspolizeiamt und Polizei unter Himmler und Heydrich, die schließlich in die Überwachungs- und Verfolgungsmacht bündelnden, Reichssicherheitshauptamt mündete. Die Judenfrage war neben Hitlers Traum vom „Lebensraum im Osten“ bekanntlich das staatspolitische Kernanliegen des „Dritten Reiches“. Im Apparat Himmlers und Heydrichs fand Hitlers NS-Staat gleichsam institutionell zu sich selbst, und dieses Instrument des „Führers“ sollte bis zum Ende die fortschreitend an Macht gewinnende, treibende und prägende Kraft bleiben.

4. Die Behandlung der Judenfrage im SD-Hauptamt ab Frühjahr 1937

Das Jahr 1937 stellte für die Behandlung der Judenfrage im SD-Hauptamt eine Zäsur dar. Eichmann beklagte am Ende des Jahres, daß bis zur Amtsübernahme durch Wisliceny „infolge der ungeschickten Taktik der Abteilungsleitung“ eine „praktische Fühlungnahme mit den Juden in Deutschland“ fast ausgeschlossen gewesen war⁵². Nun allerdings begann man von der „theoretischen Bearbeitung des Judentums“ abzugehen und die „praktische Arbeit“ aufzunehmen. Der SD praktizierte vor allem eine enge Zu-

⁴⁹ Ebenda, S. 864.

⁵⁰ BAK NS 19/256, Hauszirkular des AA vom 16. 12. 1938 mit Begleitschreiben Schumburgs an den Chef des Persönlichen Stabes RFSS, Wolff, vom 30. 12. 1938.

⁵¹ ADAP, C, IV/1, Nr. 266, S. 558, Aufzeichnung des Legationsrats Röhrecke, 19. 8. 1935.

⁵² R 58/991, 88 f., Bericht über den Umbau der Abteilungen bei II 1, 7. 12. 1937.

sammenarbeit mit dem Geheimen Staatspolizeiamt und koordinierte seine Aktivitäten mit der dort für die Juden zuständigen Abteilung II B 4. Das Hauptaugenmerk lag in dieser Zeit eindeutig auf der Auswanderungsförderung. Vor allem unbemittelte Juden sollten durch permanenten Druck auf leitende Funktionäre jüdischer Organisationen, die regelmäßig ins Amt vorgeladen wurden, zur Auswanderung bewegt werden. Auch mit dem Auswärtigen Amt und den zuständigen Stellen des Innenministeriums trat die Abteilung in Verbindung, um „direkten Einfluß auf die praktische Durchführung der Auswanderung“ zu erhalten. Das Ziel der ganzen Aktivitäten war eindeutig: „Zentralisierung der gesamten Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland bei SD und Gestapo.“ Doch nicht nur für Deutschland wollte man zur entscheidenden Instanz in der Judenfrage werden. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde mit der in Angriff genommenen „systematischen Erfassung des Weltjudentums“ die Grundlage für ein zukünftiges Arbeitsfeld geschaffen⁵³.

Vor welchem Hintergrund diese Orientierung stattfand, machte Hitler bei einer internen Rede vor Kreisleitern auf der Ordensburg Vogelsang am 29. April 1937 deutlich, in der er auch zur Judenfrage Stellung nahm und meinte, das „Endziel“ der ganzen Politik sei ihm und seinem Auditorium ja „ganz klar. Es handelt sich bei mir immer nur darum, keinen Schritt zu machen, den ich vielleicht wieder zurück machen muß, und keinen Schritt zu machen, der uns schadet. Wissen Sie, ich gehe immer an die äußerste Grenze des Wagnisses, aber auch nicht darüber hinaus. Da muß man nun die Nase haben, ungefähr zu riechen: ‚Was kann ich noch machen, was kann ich nicht machen?‘ Auch im Kampf gegen einen Gegner. Ich will ja nicht gleich einen Gegner mit Gewalt zum Kampf fordern, ich sage nicht: ‚Kampf!‘, weil ich kämpfen will, sondern ich sage: ‚Ich will Dich vernichten! Und jetzt *Klugheit, hilf mir, dich so in die Ecke hineinzumanoevrieren, daß du zu keinem Stoß kommst, und dann kriegst du den Stoß ins Herz hinein.*‘ Das ist es!“⁵⁴

Dieser Maxime entsprechend stand zunächst weiterhin die forcierte Auswanderung als probates und zeitadäquat-opportunes Mittel zur „Entjudung“ Deutschlands an oberster Stelle. Doch mußte hierbei berücksichtigt werden, daß aus den Auswanderern nicht zukünftig organisierte Gegner erwachsen würden. Vor dem Hintergrund der Entwicklung im britischen Mandat Palästina ab 1936 einerseits und der ideologischen Fixierung, seinerzeit ausgedrückt in dem Wunsch nach vielzähliger jüdischer Auswanderung, andererseits, führte die Frage, wie man sich zu einem möglichen jüdischen Staat in „Erez Israel“ stellen sollte, beim SD wie beim Auswärtigen Amt zu kontrovers diskutierten Überlegungen.

5. Das Auswärtige Amt und die Palästina-Frage

Im Auswärtigen Amt stellten die jüdischen Bemühungen um die Bildung eines Staatwesens in Palästina eine grundsätzliche Herausforderung für die Behandlung der Judenfrage in der Zeit ab Ende 1936 dar. Bisläng war die Auswanderung als solche als wichtigstes Ziel der Judenpolitik angesehen, die dabei anvisierten Territorien jedoch

⁵³ Ebenda, S. 89f.

⁵⁴ Kotze/Krausnick, „Es spricht der Führer“, S. 147f.

als von nachrangiger Bedeutung betrachtet worden. Der zionistische Impetus hatte unterdessen durch die antijüdischen Verfolgungen in Deutschland einen neuen Schub erhalten, vor allem um den in Deutschland verfolgten Glaubensbrüdern und -schwestern, aber auch den aus Osteuropa drängenden Juden, eine mögliche Perspektive zu bieten⁵⁵.

Im Sinne der Auswanderungsförderung wurde seit Mai 1933 in einer Vorform, seit August des Jahres offiziell das sogenannte Haavara-Abkommen praktiziert, das es deutschen Juden, die nach Palästina auswandern wollten, ermöglichte, einen Teil ihres Vermögens zu bewahren und mitzunehmen. Sie konnten Beträge zugunsten einer Treuhandgesellschaft einzahlen, die damit wiederum deutsche Exporte nach Palästina beglich. Der Gegenwert wurde den Auswanderern dann vor Ort wieder ausgezahlt⁵⁶. Eingefleischte Nationalsozialisten ärgerten sich nicht nur darüber, daß die Juden das ihrer Meinung nach „erschwindelte“ Vermögen mitnehmen konnten. Vor allem die Tatsache, daß aus dem Deutschen Reich zwar Waren exportiert wurden, hierfür aber keine der so dringend begehrten Devisen, sondern nur Gelder von einem deutschen Sperrkonto zurückflossen, war den Gegnern der Übereinkunft ein Dorn im Auge. Anfänglich mochte sie in ihren Augen noch opportun gewesen sein, um einem befürchteten jüdischen Boykott deutscher Produkte zu wehren, doch gerieten solche Argumente mit dem gesteigerten Durchsetzungswillen der Rassendoktrin zusehends in den Hintergrund. Das Abkommen stellte schließlich ab 1937 den Anlaß für einen permanenten Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern dar. Besonders dem Reichswirtschaftsministerium war an einer Fortsetzung des Verfahrens gelegen⁵⁷, und im Auswärtigen Amt sprach sich Werner-Otto von Hentig, der das Orient-Referat Pol. VII seit Juli 1937 leitete, noch Anfang 1938 für die Beibehaltung des Haavara-Abkommens aus⁵⁸. Aber die Prioritäten begannen sich inzwischen deutlich zu verschieben und sollten 1938 auf wirtschaftlicher Seite

⁵⁵ Von den deutschen Auswanderern gingen prozentual nach Palästina: 1933/19 %, 1934/37 %, 1935/34 %, 1936/34 %, 1937/15 %; vgl. Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, S. 27.

⁵⁶ Bis zum Kriegsausbruch wanderten rund 52 000 deutsche Juden mittels dieses Verfahrens nach Palästina aus; vgl. Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“, S. 62–64.

⁵⁷ Vgl. ADAP, D, V, Dok. 575, S. 650–653, Brief Reichsbankrat Utermöhles von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung an von Hentig, 7. 12. 1937.

⁵⁸ Die undatierte und unadressierte Aufzeichnung von Hentigs „Zur Frage der Aufhebung des Haavara-Abkommens“ wurde von ihm ein „halbes Jahr nach Erscheinen des Peel-Plans“, also spätestens im Januar 1938 abgefaßt, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 141 f.; Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, S. 132, datiert das Memorandum auf den Herbst 1937, als die Diskussion um das Haavara-Abkommen in vollem Gange war.

Besonders das Außenhandelsamt der NSDAP torpedierte das Haavara-Abkommen mit Vehemenz, bis hin zur Denunziation von Hentigs wegen dessen Eintreten für das Abkommen; vgl. Vogel, Stempel, S. 132–140, 148 f., 152 f.; PAAA R 27266, Aufzeichnung des Amtsleiters Schwarz vom 24. 1. 1938. Von Hentig hatte in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Außenhandelsamtes der Auslandsorganisation, Klein, erklärt, „daß er solange für die Aufrechterhaltung der Haavara sei, als man ihm keine besseren Vorschläge zur Förderung der Judenauswanderung vorlegen könne“. Auf die Entgegnung Kleins, daß das Auswärtige Amt aber nach seinen Informationen für die Aufhebung des Haavara-Verfahrens sei, antwortete von Hentig, dies sei „nur persönliche Ansicht“ Schumburgs. Er könne beurteilen, wie sehr die judenfeindliche Politik dem Deutschen Reich schon geschadet habe „und wie grosser Schaden uns aus dieser Politik noch in Zukunft erwachsen werde“. Diese von der offiziellen Rassendoktrin abweichende Meinung wurde umgehend dem Büro Bohles gemeldet.

in der vollständigen Verdrängung der Juden aus der Ökonomie des „Dritten Reiches“ münden⁵⁹.

Der weltanschaulichen Konzeption und den dogmatischen Prämissen des Nationalsozialismus entsprechend, mußte darüber hinaus ein aus Mitgliedern des rassenideologischen Todfeindes konstituiertes Staatswesen als Gefahr für die deutsche Außenpolitik angesehen werden, der es wachsam zu begegnen galt.

Bereits im Januar 1937 hatte Walther Hinrichs aus dem Referat Deutschland mit Blick auf die gerade laufende Arbeit der Peel-Kommission, die seitens der britischen Mandatsmacht nach den Unruhen des Jahres 1936 eingesetzt worden war, sowie aktuellen Diskussionen in der jüdischen Presse vor der Möglichkeit eines jüdischen Staates in Palästina gewarnt⁶⁰. Er sprach sich gegen die Meinung des Referates Pol VIII aus, nach der eine deutsche Stellungnahme zur Frage eines jüdischen Nationalstaates in Palästina „nicht akut“ sei, und forderte, „die deutschen Reichsbehörden und Parteistellen von der Auffassung des A[uswärtigen] A[mtes] in Kenntnis“ zu setzen. Hinrichs schlug eine Überprüfung des Haavara-Abkommens vor und erwog, die „Britische Regierung auf die grundsätzliche deutsche Einstellung zur Palästinafrage aufmerksam“ zu machen und zu prüfen, ob die Briten nicht verpflichtet seien, „jüdische öffentlich geäußerte Forderungen auf Verwandlung des Mandats in einen jüdischen Staat zurückzuweisen“, sowie gegebenenfalls sich deutscherseits zur Unterstützung dieser Argumentation einzusetzen⁶¹. Das Orient-Referat schloß sich Hinrichs' Ansichten insofern an, als es die Frage der Gründung eines jüdischen „Nationalstaates“, jedoch nicht die eines „Nationalheimes“, betraf. Zwar bestehe kein Interesse daran, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu fördern, doch sollten hiergegen weder publizistische noch diplomatische Maßnahmen, wie vom Deutschland-Referat vorgeschlagen, unternommen werden. Ein „Abstoppen“ des Haavara-Abkommens sei dagegen durchaus zu erwägen⁶².

Von Bülow-Schwante sandte in Kenntnis dieser Bedenken dennoch ein Schreiben an die Obersten Reichsbehörden und den Stellvertreter des Führers, in dem er betonte, daß „auch das A[uswärtige] A[mt]“ es für zweckmäßig halte, die jüdische Auswanderung aus Deutschland nicht auf Palästina zu beschränken, weil „durch Förderung der Auswanderung hochzivilisierter jüdischer Kreise aus Deutschland“ zu einer Steigerung des jüdischen Einflusses in Palästina beigetragen und somit „die Bildung eines jüdischen Nationalstaates oder ‚National-Heims‘“ beschleunigt würde. Dies wiederum

⁵⁹ Vgl. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, S.139–217; Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“, S.122–165. Zur Haavara-Debatte im Rahmen der Emigrationspolitik vgl. Nicosia, The Third Reich and the Palestine Question, S.126–140.

⁶⁰ PAAA Inland II A/B 43/3, Aufzeichnung des Referats Deutschland vom 9.1.1937. Die britische Kommission unter Leitung Lord Peels (William Robert Wellesley) hatte im August 1936 den Auftrag erhalten, nach den Ursachen für die im April des Jahres in Palästina ausgebrochenen Unruhen zu forschen und Möglichkeiten zu deren Lösung im Hinblick auf eine zukünftige Regelung zwischen Juden und Arabern sowie der Rolle der Briten in diesem Konfliktverhältnis vorzuschlagen; vgl. Nicosia, The Third Reich and the Palestine Question, S.109–114. Die Kommission hielt sich vom 11.11.1936 bis zum 17.1.1937 in Palästina auf und veröffentlichte ihre Ergebnisse im folgenden Juli.

⁶¹ PAAA Inland II A/B 43/3, Aufzeichnung des Referats Deutschland vom 9.1.1937.

⁶² PAAA Inland II A/B 43/3, Aufzeichnung des Ref. Pol. VII (Richter), 22.1.1937; Hervorhebungen im Original.

brächte dem „internationalen Judentum“ einen „unabschätzbaren politischen Machtzuwachs“. Außenpolitische Bedenken dieser Art sprachen nach Ansicht von Bülow-Schwantes für eine „geographische Zersplitterung des Judentums“ und die Lenkung der Auswanderung „nach anderen Richtungen als nach Palästina“⁶³. Er wiederholte diese Auffassung in einer Studie zum Problem eines Judenstaates in Palästina am 27. April 1937 und vertrat die Auffassung, „daß eine Zersplitterung des Weltjudentums im deutschen Interesse zweckmäßiger“ sei als eine „politische Konsolidierung in einem Palästina-Staat mit eigenen diplomatischen Vertretungen, Sitz im Völkerbund etc“⁶⁴. Von arabischer Seite wurde der Gesandte in Bagdad bereits um „deutsche Hilfe gegen die Gefahr der Gründung eines Judenstaates“ gebeten. Zwar wurde hierauf eine hinhal- tende Antwort erteilt, doch hielt der Leiter der Politischen Abteilung, von Weizsäcker, „als Richtlinien für die künftige Behandlung der Palästina-Frage“ fest, daß zum einen „eine Zersplitterung des Weltjudentums der Gründung eines Palästina-Staates vorzu- ziehen sei“, daß aber zweitens „bei einem Tätigwerden der deutschen Außenpolitik in dieser Richtung es jedenfalls unzulässig erscheine, auf die britische Mandatsmacht zur Zeit direkt einzuwirken“. Allerdings würden diese Richtlinien „nicht ausschließen, daß das A[uswärtige] A[mt] seine Stellungnahme den innerdeutschen Ressorts zur Kenntnis gibt, damit bei innerpolitischen Maßnahmen, die der jüdischen Auswan- derung dienen, berücksichtigt wird, daß die jüdische Auswanderung nach Palästina nicht bedenkenlos zu fördern, sondern die Auswanderung nach jeder anderen Richtung der Welt vorzuziehen ist“⁶⁵.

Nach Auffassung von Bülow-Schwantes ließ sich zu diesem Zeitpunkt „die Bildung eines Palästina-Staates bzw. eines jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit in nicht ferner Zukunft voraussehen“. In einer Besprechung der Referate Pol. VII (Orient), Deutschland und der Wirtschaftspolitischen Abteilung mit der Auslands-Organisation der NSDAP einigte man sich darauf, im Rahmen der durch von Weizsäcker festgelegten Richtlinien eine „außenpolitische Instruktion“ herauszu- geben „über die deutsche Einstellung gegenüber der Entstehung eines Judenstaats in Palästina“⁶⁶.

Am 1. Juni faßte Außenminister von Neurath die Sprachregelung bezüglich der mög- lichen Bildung eines Judenstaates in einem Telegramm an die Deutsche Botschaft Lon- don, das Generalkonsulat in Jerusalem und die Deutsche Botschaft in Bagdad zusam- men. Er hielt fest, daß die „Bildung eines Judenstaates oder jüdisch geleiteten Staatsge- bildes unter britischer Mandatshoheit [. . .] nicht im deutschen Interesse“ liege, „da ein Palästina-Staat das Weltjudentum nicht absorbieren, sondern [eine] zusätzliche völker- rechtliche Machtbasis für internationales Judentum schaffen würde, etwa wie [der] Va- tikan-Staat für [den] politischen Katholizismus oder Moskau für [die] Komintern“. In einem Zusatz für die Londoner Botschaft hielt von Neurath als Richtlinie fest, es sei „irrig anzunehmen, daß deutscherseits etwa auch die Bildung eines mehr oder weniger

⁶³ PAAA Inland II A/B 43/3, Schreiben von Bülow-Schwantes, undat. (nach dem 22. 1. 1938, da auf einen Artikel der „Jüdischen Rundschau“ dieses Datums Bezug genommen wird).

⁶⁴ Aufzeichnung von Bülow-Schwantes, 27. 4. 1937, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 123–124, Zitat S. 123.

⁶⁵ Ebenda, S. 124.

⁶⁶ ADAP, C, VI,2, Nr. 387, S. 836–837, Aufzeichnung von Bülow-Schwantes vom 25. 5. 1937.

unter jüdischer Leitung stehenden Staatsgebildes in Palästina begrüßt würde. Wir glaubten nicht, daß die Bestrebungen zur Beruhigung der internationalen Lage gefördert würden, wenn ein jüdischer Palästina-Staat entstehe.“⁶⁷

Unter Hinweis auf diese Instruktionen des Außenministers sandte von Bülow-Schwante, der zu von Neurath seit langem ein nahes und vertrauensvolles Verhältnis besaß⁶⁸, zehn Tage später eine Stellungnahme des Referats Deutschland in der Judenfrage an die Wirtschaftspolitische und die Kulturabteilung, „mit der Bitte um weitere Veranlassung“. Sein Referat stehe „grundsätzlich [. . .] auf dem Standpunkt, daß eine wesentlich verstärkte Abwanderung des Judentums aus Deutschland nicht durch eine verwaltungsmäßige ‚Förderung‘ von deutscher Seite – womöglich unter devisenpolitischen Opfern (Haavara) – zu erreichen“ sei, sondern durch die „Förderung des eigenen jüdischen Auswanderungsdranges“. Deutlich ist in diesen Äußerungen ein ideologiegeleitetes Austreibungsmotiv erkennbar, denn dieses Ziel war nach Auffassung von Bülow-Schwantes „zu erreichen durch eine Verschärfung der innenpolitischen Judengesetzgebung (z. B. Sonderbesteuerung jüdischen Einkommens) bis zu einem Grade, der die Abwanderung der Juden aus eigener Initiative automatisch zur Folge hätte“⁶⁹.

In einem ausführlichen Schreiben über die „Deutsche Einstellung zur Frage der Gründung eines Judenstaates in Palästina“ an sämtliche Auslandsmissionen machte von Bülow-Schwante am 22. Juni 1937 in Revision der ursprünglich im Haavara-Abkommen zum Ausdruck gebrachten Haltung zur Auswanderung nach Palästina die Vorbehalte des Auswärtigen Amtes gegenüber der Schaffung eines solchen Staates geltend.

Die Peel-Kommission hatte ihre Vorschläge noch nicht veröffentlicht, doch zeichnete sich nach deutscher Ansicht die Gefahr eines jüdischen Staates oder jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit bereits ab. Dieser Möglichkeit sollte strikt entgegengewirkt werden. Bisher sei das „primäre Ziel der deutschen Judenpolitik“ gewesen, „die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Möglichkeit zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sogar devisenpolitische Opfer gebracht. [. . .] Diese aus innenpolitischen Gründen diktierte deutsche Haltung, die praktisch die Konsolidierung des Judentums in Palästina fördert und damit den Aufbau eines jüdischen Palästina Staates beschleunigt, hätte zu der Auffassung beitragen können, daß Deutschland der Bildung eines Judenstaates in Palästina wohlwollend gegenüberstehe. In Wirklichkeit besteht aber ein größeres deutsches Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. Denn die Judenfrage wird für Deutschland nicht gelöst sein, wenn kein Angehöriger der jüdischen Rasse mehr auf deutschem Boden sesshaft ist. Vielmehr hat die Entwicklung der letzten Jahre gelehrt, daß das internationale Judentum zwangsläufig stets der weltanschauliche und damit politische Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands sein wird. Die Judenfrage ist daher zugleich eines der wichtigsten Probleme der deutschen Außenpolitik. Es besteht daher auch ein erhebliches deutsches Interesse an der Entwicklung in Palästina. Denn ein Palästi-

⁶⁷ ADAP, D, V, Nr. 561, S. 629–630, Telegramm von Neuraths an die Deutsche Botschaft London, das Generalkonsulat Jerusalem und die Gesandtschaft Bagdad, 1. 6. 1937.

⁶⁸ Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 72, Anm. 3.

⁶⁹ ADAP, D, V, Nr. 563, S. 631–632, Schreiben von Bülow-Schwantes an die Wirtschaftspolitische Abteilung und die Abteilung Kultur, 11. 6. 1937.

nastat wird das Judentum nicht absorbieren, sondern ihm – etwa entsprechend dem Wirkungskreis des Vatikanstaats – eine zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis schaffen, die sich für die deutsche Außenpolitik verhängnisvoll auswirken könnte.“⁷⁰ Die Frage, inwieweit dieser Wechsel in der außenpolitischen Linie eine „Änderung innerpolitischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Wanderungspolitik“ zur Folge haben werde, unterlag nach Bülow-Schwante „vorläufig der Prüfung und Entscheidung der beteiligten innerdeutschen Stellen“⁷¹.

Das Auswärtige Amt war also in der Judenfrage nicht nur reagierend wirksam, sondern trat mit eigenen Vorschlägen auf, die aus aktuellen Entwicklungen in der internationalen Konstellation der Judenfrage vor dem Hintergrund des aus ideologischen Prämissen abgeleiteten Interesses gewonnen wurden. Es galt nach dieser Auffassung statt eines als Gefahr angesehenen jüdischen Gemeinwesens oder gar Staates jeglicher Couleur die „zerstreuende Auswanderung“ voranzutreiben.

Am 7. Juli 1937 legte die Peel-Kommission ihren Bericht vor, worin die Teilung des bisherigen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Teil und in ein Restmandatsgebiet vorgeschlagen wurde. Eine Debatte über die Untersuchungsergebnisse und die daraus abgeleiteten Empfehlungen fand in beiden Häusern des britischen Parlaments am 20. und 21. Juli statt. Das Unterhaus faßte, nachdem der Bericht auf allseitigen Widerspruch gestoßen war, den Beschluß, die Vorschläge der Kommission dem Völkerbund vorzulegen, damit nach dessen Beratung dem britischen Parlament später ein endgültiger Plan vorgelegt werden könne⁷².

Orient-Referatsleiter von Hentig faßte Ende Juli 1937 die Reaktionen auf den Peel-Bericht und die Deutschland betreffenden Implikationen zusammen⁷³. Ihm lag vor allem das Schicksal der auf 2 000 Personen geschätzten deutschen Kolonisten am Herzen, die im projektierten Judenstaat aufgrund ihrer Siedlungsorte zumindest in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet waren. Man werde „auch überlegen müssen, ob das Aufrechterhalten einer deutschen Minderheit – der einzigen, nebenbei gesagt, im jüdischen Staate – unsere Handlungsfreiheit gegenüber dem Judentum nicht behindert“⁷⁴.

Die innere Linie des Auswärtigen Amtes gegenüber der Judenfrage war nicht frei von deutlichen Friktionen, die insbesondere in der Diskussion um Palästina immer

⁷⁰ ADAP, D, V, Nr. 564, S. 632–634, Mitteilung von Bülow-Schwantes „Betr.: Deutsche Einstellung zur Frage der Gründung eines Judenstaates in Palästina“, 22. 6. 1937.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Der Report der Peel-Kommission wurde im Juli 1937 als Weißbuch veröffentlicht. Die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes votierte am 18. August in einem Bericht an den Völkerbundrat für den Entwurf. Der Völkerbundrat ermächtigte daraufhin die Briten im September zur Ausfertigung eines endgültigen Planes. Allerdings verzögerte sich die Bildung einer Teilungskommission vor allem aufgrund erneuter Unruhen in Palästina noch bis Ende Februar 1938; vgl. ADAP, D, V, S. 639, Anm. 3. Zur Reaktion auf Seiten der Juden bzw. der jüdischen Presse in Deutschland auf den Peel-Plan vgl. Freeden, Die jüdische Presse im Dritten Reich, S. 141–149. Die Ende Februar 1938 ins Leben gerufene neue Kommission unter Leitung von Sir John Woodhead legte im Oktober 1938 ihre Ergebnisse vor, revidierte die Vorschläge der Peel-Kommission, und die Teilungsbemühungen waren damit vorerst beendet.

⁷³ ADAP, D, V, Nr. 569, S. 639–640, Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Hentig zur Palästina-Frage, 29. 7. 1937.

⁷⁴ Ebenda, S. 640.

wieder hervorbrachen. Anfang August 1937 verlangte von Weizsäcker für einen Bericht, den er dem Außenminister über die Entwicklung in der Palästina-Frage vorzulegen hatte, Stellungnahmen der hier tangierten Referate Deutschland und Pol. VII (Orient)⁷⁵.

Am 7. August legte Schumburg, der Spezialist für die Judenfrage im Referat Deutschland, seine Ansicht über die „Deutsche Einstellung zum britischen Plan der Bildung eines jüdischen Palästina-Staates“ dar. Das „deutsche Interesse an der Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina“ werde „durch das weitaus größere Interesse an der Verhinderung der Bildung eines jüdischen Staates kompensiert. Das innerpolitische Problem der Judenfrage würde durch das erheblich gefährlichere einer völkerrechtlich unterbauten Gegnerschaft des Weltjudentums gegen das Dritte Reich ersetzt werden.“ Deshalb bestehe ein „eindeutiges Interesse daran, die Bildung eines jüdischen Staates zu verhindern und die politische Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. [. . .] Falls der jüdische Staat in Palästina doch verwirklicht wird, würde die deutsche Außenpolitik jedenfalls vor ein neues Problem gestellt werden, das in seiner Schwere die innenpolitische Judenfrage weit überwiegen dürfte.“⁷⁶

Am gleichen Tag faßte auch das Referat Pol. VII seine Ansichten zusammen⁷⁷. Zwar ist auch hier der Autor, vermutlich Referatsleiter von Hentig, der Meinung, daß ein jüdischer Palästina-Staat das Judentum nicht „absorbieren“, „sondern ihm – etwa wie der Vatikan-Staat – eine völkerrechtliche Machtbasis schaffen“ werde, doch erkennt er auch „Vorteile einer völkerrechtlichen Existenz eines Judenstaates“. Zum einen nennt er die „Entlastung des Deutschen Reiches von einer großen Zahl jüdischer Emigranten“, die gegenwärtig noch zu betreuen seien, zum zweiten die „Möglichkeit, bei Angriffen des Judentums es mit amtlichen Vertretern zu tun zu haben und nicht wie bisher mit anonymen und daher verantwortungslosen Stellen, über die gerade die Juden im weitesten Umfange verfügen“⁷⁸. Zwar nennt auch das Orient-Referat unter den in Betracht kommenden Maßnahmen solche, die eine Entstehung des Judenstaates verhindern oder erschweren, aber: „Außenpolitische Maßnahmen zum Zwecke der Ablenkung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland von Palästina nach anderen Ländern dürften dagegen zunächst kaum in Betracht kommen.“⁷⁹ Auch bei der Frage, ob dazu parallel innenpolitische Maßnahmen ergriffen werden sollten, etwa die Kündigung des Haavara-Abkommens, macht der Autor „starke Bedenken von wirtschaftspolitischer Seite“ geltend⁸⁰.

Während das Referat Deutschland also strikt ideologisch antijüdisch argumentierte, ist hinter den Äußerungen des Orient-Referates ein deutliches Bemühen erkennbar,

⁷⁵ Vgl. ADAP, D, V, S. 641, Anm. 2.

⁷⁶ ADAP, D, V, Nr. 570, S. 641 f., Emil Schumburg, Deutsche Einstellung zum britischen Plan der Bildung eines jüdischen Palästina-Staates, 7. 8. 1937.

⁷⁷ ADAP, D, V, S. 642–645, 7. 8. 1937, Aufzeichnung des Referates Pol. VII für Weizsäcker.

⁷⁸ Ein weiteres Exemplar der Aufzeichnung, das inhaltlich dem an Weizsäcker entspricht, findet sich in: PAAA Inland II A/B 43/3. Schumburg notierte an dieser Stelle am Rande sein Contra zu diesen im Kern moderaten Gedanken. Palästina nehme „nur einen Bruchteil jüdischer Emigranten auf“, und es sei besser, „einen anonymen [Partner?] zu haben als einen völkerrechtlich legitimierten zu schaffen“.

⁷⁹ Ebenda, S. 3.

⁸⁰ Ebenda, S. 4.

den Auswanderungsweg nach Palästina für die deutschen Juden nach Möglichkeit offenzuhalten.

Hitler selbst hat offensichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1937 keine eindeutigen Anweisungen zur Behandlung Palästinas in der Auswanderungsfrage gegeben. Während auf einer Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über das Haavara-Abkommen am 21. September der Vertreter des Innenministeriums mitteilte, „daß der Führer auf Grund eines ihm in der Auswanderungsfrage der Juden gehaltenen Vortrags sich generell dahin entschieden habe, die weitere Judenauswanderung zu fördern, ohne hierbei ausschließlich auf Palästina besonders hingewiesen zu haben“⁸¹, hatte nach einer Mitteilung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vom Januar 1938 „der Führer in einer kürzlich getroffenen Entscheidung auf erneuten Vortrag des Reichsleiters *Rosenberg* hin nochmals dahingehend entschieden“, daß die „Judenauswanderung aus Deutschland weiterhin mit allen Mitteln gefördert werden soll, wobei sich diese in erster Linie nach Palästina zu richten habe“⁸². Hitler sah die Möglichkeit der Schaffung eines Judenstaates in Palästina offenbar nicht als unmittelbare Bedrohung an, so daß die forcierte Auswanderung das primäre Ziel blieb und er den in der Judenfrage konkurrierenden Behörden bei der Ausgestaltung dieser Generallinie Raum ließ. Goebbels hatte Ende November 1937 nach einem längeren Gespräch mit Hitler und Rosenberg als „Ziel“ notiert: „Die Juden müssen aus Deutschland, ja aus ganz Europa heraus. Das dauert noch eine Zeit, aber geschehen wird und muß das. Der Führer ist fest entschlossen dazu.“⁸³

6. Der SD und die Palästina-Frage

Während das Auswärtige Amt im Jahr 1937 eindeutig Stellung gegen die Möglichkeit eines Judenstaates bezog, war die Haltung im Judenreferat des SD, wenngleich ebenfalls gegen eine Staatsgründung gerichtet, so doch von der Attraktivität Palästinas für eine umfängliche Aufnahme des herauszupressenden Judentums fasziniert. Im Juli 1937 hatte das Referat einen Aufsatz für das „Zeitheft des Rasse- und Siedlungshaupt-

⁸¹ Protokoll der Ressortbesprechung vom 21. 9. 1937, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 136. Mit diesem Hinweis sollte jene Haltung korrigiert werden, die auf einer Konferenz im Auswärtigen Amt am 29. Juli der Vertreter des Innenministeriums als Hitlers Entscheidung ausgegeben hatte, wonach er sich für eine verstärkte Emigration mit dem Hauptaugenmerk auf Palästina entschieden habe.

⁸² PAAA R 27266, Schreiben des Amtsleiters Wilhelm Bisse vom Außenhandelsamt der NSDAP an den Chef der Auslandsorganisation, Ernst Wilhelm Bohle, 1.2. 1938; Hervorhebung im Original. Bisse nimmt hier Bezug auf ein Schreiben von Carl Clodius aus der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, in dem von der Mitteilung des Außenpolitischen Amtes berichtet wird; ADAP, D, V, Nr. 579, S. 661. Bisse war mit der zitierten Entscheidung Hitlers bzw. deren Interpretation offensichtlich nicht zufrieden, denn er regte bei Bohle an, „beim APA festzustellen, unter welchen Gesichtspunkten der Vortrag betr. Judenauswanderung vor dem Führer stattgefunden hat. Es wäre zur vollen Klärung der Haavara-Frage wertvoll [zu] wissen, ob diese Frage auch in volkswirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehung und vor allem in Bezug auf [sic!] den Nichtanfall von Devisen an das Deutsche Reich beim Export hochwertiger deutscher Erzeugnisse nach Palästina entsprechend beleuchtet wurde“; Hervorhebung im Original.

⁸³ Goebbels-Tagebücher, Teil I, Bd. 3, S. 351, 30. 11. 1937.

amtes“ zur Frage „Was wird aus Palästina“ vorgelegt, der sich mit den Ergebnissen der Peel-Kommission beschäftigte und ebenso wie das entsprechende Referat im Auswärtigen Amt davon ausging, daß ein Judenstaat, den das „Weltjudentum“, das angeblich hinter den britischen Entscheidungen stand, anstrebe⁸⁴, nur eine potentielle Gefahr für Deutschland sein könne. Zum einen solle damit den Juden aller Länder Minderheitenschutz in den fremden Nationen erzwungen werden, zum zweiten wäre dies aber ganz bewußt keine Dauerlösung der Judenfrage, weil Palästina zur Aufnahme der weltweit auf 16,5 Millionen geschätzten Juden nicht in der Lage sein werde⁸⁵.

Andererseits war und blieb Palästina ein hochwillkommenes Ziel, in das der Auswanderungsdruck sich ablenken ließ. Auch auf Seiten der zionistischen Organisationen wurde die Zuwanderung begrüßt, erhöhte sie doch den Anteil der jüdischen gegenüber der arabischen Bevölkerung und nährte damit Hoffnungen auf die Durchsetzbarkeit eines eigenen Staates. Als Abordnung der in Deutschland lebenden Juden gegenüber der Regierung agierte die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“⁸⁶, die auch Abteilungen für „Auswanderung“⁸⁷ und „Transfer“⁸⁸ eingerichtet hatte, in denen alle an der Emigration interessierten Organisationen Vertreter besaßen. Daneben gab es als jüdische Auswanderungsämter das „Palästina-Amt“ der „Jewish Agency“, die die Palästina-Zertifikate der britischen Mandatsmacht weiterverteilte, und den „Hilfsverein der Juden in Deutschland“, der jüdische Auswanderer nach außerpalästinensischen Ländern vermittelte, Kontakte zu ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen aufrechterhielt und Projekte jüdischer Auswanderung, insbesondere nach überseeischen Territorien, prüfte. Eichmanns Referat nahm in dieser Zeit vielfältige Kontakte zu jüdischen Organisationen, unter anderen zur zionistischen militärischen Untergrundorganisation Hagana auf, um mit ihrer Hilfe die eigene Auswanderungsarbeit zu fördern. Diese makabre Interessenkonvergenz zwischen nationalsozialistischen Verfolgern und zionistischen Bemühungen um eine umfangreiche jüdische Zuwanderung nach Palästina führte im September 1937 sogar so weit, daß Eichmann mit seinem nachmaligen Vorgesetzten Hagen eine konspirative Reise in das „Gelobte Land“ unternahm, um sich über die politische Lage, die zionistischen Aktivitäten und eventuelle Zugangsmöglichkeiten zu informieren. Eichmann hatte über die Vermittlung Otto von Bolschwinghs⁸⁹, dem er

⁸⁴ BAK R 58/989, 10, 15.7. 1937.

⁸⁵ BAK R 58/989, 17, 15.7. 1937.

⁸⁶ Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ war am 17.9. 1933 unter dem später zwangsweise geänderten Titel „Reichsvertretung der deutschen Juden“ aus einer Initiative des „Centralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und der „Zionistischen Vereinigung“ als Dachverband der jüdischen Organisationen in Deutschland geschaffen worden. Ihr Präsident war der Berliner Rabbiner Leo Baeck.

⁸⁷ Einerseits das Palästina-Amt, andererseits den Hilfsverein für andere Länder.

⁸⁸ „Paltreu“ für Palästina, „Altreu“ für andere Länder.

⁸⁹ Otto von Bolschwingh, der in Haifa ein Geschäft für Baumaterialien besaß, war neben dem Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros in Jerusalem, Franz Reichert, der Hauptvertrauensmann des SD in Palästina gewesen, bevor er von den Briten aus Palästina ausgewiesen wurde. Er ging nach Berlin und arbeitete als V-Mann für „Auswanderungs- und wirtschaftstechnische Fragen“ des SD. Reichert war V-Mann für Palästina und Vorgänge innerhalb der politischen Leitung des Judentums, sowie Informant von II 112 über außenpolitische Vorgänge im Vorderen Orient; BAK R 58/991, 130.

einen großen Teil seines Wissens über Palästina und den Zionismus verdankte⁹⁰, in Berlin zweimal einen Vertreter der Hagana getroffen und war von diesem eingeladen worden⁹¹.

Unerwartet hatte Heydrich dieses Unternehmen, das Eichmann als Schriftleiter des „Berliner Tageblatts“ und Hagen als Student getarnt antraten, bewilligt. Heydrich lehnte es aber von vornherein ab, für ein eventuelles Mißlingen der Reise die Verantwortung zu übernehmen⁹². Das Unternehmen wurde denn auch ein voller Mißerfolg, weil die britischen Mandatsbehörden offensichtlich Wind bekommen und die beiden Agenten umgehend nach Ägypten weitergeleitet hatten⁹³.

7. Unterschwellige Virulenz des Madagaskar-Gedankens

Schon vor der Palästina-Reise hatte Hagen im September 1937 in der Zeitschrift „Volk im Werden“ einen Artikel über „Die Frage des Judenstaates“ veröffentlicht⁹⁴. Er skizzierte hierin die historische Entwicklung des Zionismus und beschäftigte sich darauf aufbauend mit dem Bericht der Peel-Kommission und den möglichen Folgen der Schaffung eines jüdischen Staates, den er der generellen Linie entsprechend ablehnte. In Reaktion auf diesen Artikel sandte ein in München lebender Schweizer Ingenieur namens H. Huber einen Brief an den Autor, in dem er zur Frage eines Judenstaates ausführte, er habe gehört, „dass Frankreich die Insel *Madagaskar* unter Umständen ‚freigebe‘ zur Ansiedlung der Juden“. In Paris sondiere „zurzeit ein Vertrauensmann, welche Voraussetzungen gegebenenfalls erfüllt sein müssten, um ernstlich die Sache in Fluss zu bringen“⁹⁵. Huber bat Hagen um die Abfassung eines Gutachtens, doch dessen Abteilungsleiter Six teilte ihm im Auftrag Heydrichs mit, „daß ein Gutachten über das Madagaskar-Projekt von dem Verfasser nicht abgegeben werden könne, da er keine Zeit finde, sich weiter mit der Frage zu beschäftigen“⁹⁶. Dies zeigt deutlich, daß der Madagaskar-Gedanke, obwohl bekannt, in dieser Zeit keine Rolle in den praktischen Überlegungen des Sicherheitsdienstes spielte.

Auch von anderer Seite gelangte die Abteilung II 112 mit dem Madagaskar-Gedanken in Berührung. Eichmann kam, nach eigener Aussage widerwillig, in Kontakt mit dem „Stürmer“. Bei allem Gleichklang in der antisemitischen Grundhaltung waren es vor allem die vom „Stürmer“ propagierten Praktiken, die seitens des in diesen Dingen bei aller Ideologieorientierung kühl und geschäftsmäßig agierenden SD abgelehnt wurden, denn „Stürmermethoden“ konnten nach Ansicht Eichmanns nicht zu einer Lösung des Judenproblems führen⁹⁷. Streichers Stellvertreter Wurm versuchte dennoch, einen

⁹⁰ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 28, 32.

⁹¹ Ebenda, S. 33 f.

⁹² BAK R 58/623, 25, 1. 7. 1937 u. 21, 4. 9. 1937.

⁹³ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 35.

⁹⁴ Hagen, Die Frage des Judenstaates, in: Volk im Werden 5 (1937).

⁹⁵ BAK, R 58/981, 254, Abschrift des Schreibens von Huber; Hervorhebungen im Original.

⁹⁶ BAK, R 58/981, 253, Schreiben Six' an den SD-Führer des SS-Oberabschnittes Süd, München, 30. 9. 1937.

⁹⁷ Vgl. Eichmann-Protokoll, Lang, S. 32–33.

Kontakt herzustellen, und Eichmann wurde zum Parteitag 1937 nach Nürnberg eingeladen. Dort lernte er auf Wurms Hinwirken die Protagonisten der Idee des „Voll-Zionismus“ kennen, die allerdings, wie bereits beschrieben, in ihrer mystischen Verschrobenheit und ihrem gleichsam messianisch abgehobenen Sendungsbewußtsein eine sehr ernüchternde Wirkung auf ihn ausübten⁹⁸. Es kann jedoch als sicher gelten, daß Eichmann hier mit der Madagaskar-Idee, die zum ideologischen Kern des Kreises gehörte, vertraut gemacht wurde, sollten Wurm und die Gruppe der antisemitischen Internationale ihr Wissen und Streben um diese Idee nicht gänzlich verleugnet haben⁹⁹.

Der „Stürmer“ und seine Propaganda blieben dem SD auch in der Folgezeit ein Dorn im Auge, weil hierdurch permanente neue Anlässe zu Angriffen aus dem Ausland provoziert wurden, die eine reibungslose Abwicklung der Auswanderung erschwerten. Der Versuch, auf Hauptschriftleiter Hiemer zur Mäßigung der verbalen Exzesse und zur Angleichung an die Linie des SD einzuwirken, mißlang. Heydrich ließ den Kontakt unterbrechen und untersagte Eichmann deshalb Anfang 1938, eine Einladung durch Gauleiter Streicher anzunehmen¹⁰⁰.

8. Ambivalente Ziele des SD: Auswanderung und Kompetenzgewinn

Seitens des Sicherheitsdienstes waren die Reflexionen über den ideologischen Gehalt der Hitlerschen Judenpolitik stets aufs engste mit den aktuellen politischen Erfordernissen verknüpft, um einerseits der doktrinären Ideologie zum Durchbruch zu verhelfen bzw. diese in die Praxis umzusetzen, andererseits aber gleichzeitig auf die machtrationalen Erfordernisse in diesem Prozeß Rücksicht zu nehmen, sprich die Reichweite der ideologisch-abgeleiteten Maßnahmen in ihrer inhärenten Steigerung zwar voranzutreiben, dabei aber niemals über das realisierbare Maß hinauszuschießen.

Während die utopistischen Träumer des „Voll-Zionismus“ ihren Großentwurf schon nicht im Ansatz umzusetzen vermochten, war hier eine ethosfreie, totalitär-pragmatisch orientierte Maschinerie mit einem inhärenten Drang zur Ausweitung in Gang gesetzt, die ihren Impetus immer wieder neu aus der rassenideologischen Staatsdoktrin und letztlich aus Hitler selbst zog und somit Instrument und, auf Basis der seitens des „Führers“ vorgegebenen grundsätzlichen Linie, bisweilen auch Inspirator bestimmter Maßnahmen war. Gleichwohl war dabei nicht allein die Ideologie und ihre Umsetzung motivierend, wenngleich sie der beherrschende Ugrund blieb, sondern auch die Macht der eigenen Institution, ihre Perpetuierung, Erweiterung und die projektierte Durchdringung aller Bereiche des Hitler-Staates.

Während Hitler ideologisch in der „normalen“ deutschen Auswanderung die Gefahr der Schwächung des eigenen Volkes sah, da seiner Meinung nach hierdurch die mutigsten und fähigsten Teile des Volkes das Land verließen¹⁰¹, sah er in der Judenaustreibung zunächst ein probates und den machtpolitischen Möglichkeiten adäquates Mittel,

⁹⁸ Vgl. Kap. III. 11.

⁹⁹ Vgl. Eichmann-Protokoll, Lang, S. 33.

¹⁰⁰ BAK R 58/991, Tätigkeitsbericht des Referates II 112 für das erste Halbjahr 1938, 120.

¹⁰¹ Vgl. Hitlers Zweites Buch, S. 50–52.

seiner programmatischen Linie in außenpolitischer wie ideologischer Hinsicht konvenierend zu folgen. Dem anvisierten Endziel des SD, zur entscheidenden Exekutionsbehörde der nationalsozialistischen Judenpolitik zu werden, standen die für das Bild des „Dritten Reiches“ unterhalb der Führungsebene charakteristischen permanenten Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ministerien im Weg.

Im Tätigkeitsbericht des Referates II 112 für die zweite Jahreshälfte 1937 wurde die „Beeinträchtigung oder Störung der SD-Arbeit durch Einwirkung oder Maßnahmen anderer Dienststellen“¹⁰², vor allem durch „falsche personelle Besetzung derjenigen Stellen [. . .], die sich, zum Teil befugt, zum Teil unbefugt, mit der Judenfrage im Reich befassen“, beklagt. Während sich die Zusammenarbeit mit der Gestapo weiter effektiviert, stand besonders die „starke Gegenarbeit“ seitens des Wirtschaftsministeriums¹⁰³ den Ausdehnungswünschen des SD zunächst im Weg. Nach dem Rücktritt Hjalmar Schachts als Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft im November 1937 und der Ersetzung in diesen Funktionen durch Walther Funk und Göring wurde diese „Störung in der Auswanderungsarbeit“ im Sinne des SD behoben¹⁰⁴.

Mit Staats- und sonstigen Stellen zur Förderung der jüdischen Auswanderung hatte das Referat II 112 zahlreiche häufig von Kompetenzkonkurrenz geprägte Kontakte. Im Auswärtigen Amt stand man bis zur ersten Hälfte des Jahres 1938 mit der Orientabteilung von Hentigs in Verbindung, ab der Jahresmitte dann mit dem für Judenfragen zuständigen Referenten Hinrichs¹⁰⁵.

Als Hagen Mitte November 1937 für Heydrich die „Ziele der Judenpolitik“ zusammenfaßte, hielt er fest, daß innenpolitisch weiterhin die vollkommene Ausschaltung der jüdischen Assimilation und die Förderung der Auswanderung im Vordergrund stehen sollten, außenpolitisch dagegen der Plan eines Judenstaates in Palästina abgelehnt wurde, „da die Juden auf diplomatischem Wege den Boykott gegen den Nationalsozialismus in verstärkter Weise aufnehmen könnten“¹⁰⁶.

Allerdings wurde es zusehends schwieriger, Einwanderungsländer für die Juden zu finden, zumal sie permanent weiter pauperisiert wurden. Goebbels meinte im Januar

¹⁰² BAK R 58/991, 104, 15. 1. 1938; im Original hervorgehoben.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ BAK R 58/991, Tätigkeitsbericht für das erste Halbjahr 1938, 120.

¹⁰⁵ BAK R 58/991, Bericht für das zweite Halbjahr 1938, 134; als kontaktierte Staatsstellen werden die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, die Reichsstelle für Sippenforschung, die Kanzlei des Stellvertreters des Führers, das Reichsministerium des Innern (Lösener), das Reichserziehungsministerium sowie das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Hinkel) genannt. Außerdem wurden zur Klärung von Themen zur „Judenfrage“ Verbindungen zu folgenden Parteistellen und nahestehenden Institutionen aufgenommen: Rassepolitisches Amt, Außenpolitisches Amt, Rasse- und Siedlungsam, Ariernachweis der NSDAP, Schriftleitung des „Schwarzen Korps“, Forschungsabteilung Judenfrage im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland, Schriftleiter Seifert, Mitarbeiter des „Angriffs“ und des Instituts zum Studium der Judenfrage; BAK R 58/991, 116–118. Eichmann forderte im Bericht „zwei weitere Referenten . . ., da sonst die Gefahr besteht, daß der Eingriff anderer Partei- und Staatsstellen nicht endgültig abgewehrt werden kann“; ebenda, 120. Der erwähnte Hermann Erich Seifert veröffentlichte in Berlin 1940 „Der Jude an der Ostgrenze“, im Jahr 1942 „Der Jude zwischen den Fronten der Rassen, der Völker, der Kulturen“ und war über Rosenberg mit den antisemitischen Kongressen und dem Madagaskar-Gedanken vertraut.

¹⁰⁶ BAK R 58/544, 107–109, 12. 11. 1937, Zitat 109.

1938 zynisch, die Juden wollten „an allen Grenzen emigrieren. Aber niemand will sie hereinlassen. Wohin mit dem Dreck?“¹⁰⁷ Die Judenfrage werde so „immer wieder zu einem Weltproblem“¹⁰⁸. Die gewünschte Verstärkung der Auswanderung einerseits, die Zunahme der Schwierigkeiten bei der Suche nach Aufnahmeländern andererseits erhöhten den Druck, nach anderen ergänzenden Lösungswegen Ausschau zu halten.

Eichmann, inzwischen anerkannter „Judenexperte“ und gefragter Referent zum Thema¹⁰⁹, wurde Anfang März 1938 von Hagen gebeten, „in der nächsten Zeit Material zusammenzustellen für eine Denkschrift an C [Heydrich]“. Darin sollte „klargelegt werden, daß die Judenfrage auf der augenblicklichen Basis nicht zu lösen ist (finanzielle Schwierigkeiten usw.) und daß man daran herantreten muß, eine außenpolitische Lösung zu finden, wie sie bereits zwischen Polen und Frankreich verhandelt wurde [. . .] (Madagaskar-Projekt)“¹¹⁰. Eichmann skizzierte dazu auf drei Seiten handschriftlich seine Gedanken zum Thema¹¹¹. Zunächst einmal sollte das Ergebnis der Volkszählung abgewartet werden. Nach seiner Meinung gebe es „in mindestens 10 Jahren [. . .] bei gleichbleibender Tendenz“ nur noch rund 60 000 Juden in Deutschland. Wenn die mittellosen Juden, die zuerst auswandern sollten, abgewandert seien, kämen die „Kapitalisten“ an die Reihe, „die durch wirtschaftl[iche] Maßnahmen bis dort hin langsam entkapitalisiert [!] sein können mit Hilfe von Stapomaßnahmen“. Der Wunsch nach Ausbau und der erstrebte Nachweis der zentralen Funktion des SD prägten die Intention des Autors, und er plädierte, die Judenfrage sei „dann zu lösen, wenn dem SD-Hauptamt keinerlei Hemmungen auferlegt werden“. Eine „allmonatliche Besprechung aller beteiligten Stellen“ sollte stattfinden, wozu er als Stichwort „Hinkel“ notierte¹¹². Bei den in Frage kommenden Ländereien notierte Eichmann einzig Madagaskar¹¹³. Eine Ausarbeitung der Skizze erfolgte nicht mehr, denn mit dem Bearbeitungsvermerk der Akte vom 5. März hatte Hagen schon „überholt!“ notiert¹¹⁴.

¹⁰⁷ Goebbels-Tagebücher, Bd. 3, 6. 1. 1938.

¹⁰⁸ Ebenda, 14. 1. 1938.

¹⁰⁹ So hielt Eichmann am 23. 2. 1938 auf einem Außenstellenleiterkurs in Bernau einen Vortrag über „Ziel und Methodik in der Lösung d[er] Judenfrage“; BAK R 58/991, 114.

¹¹⁰ BAK R 58/979. Das Schreiben ist undatiert, wurde aber von Hagen mit Datum des „5.III.38“ abgezeichnet. Es stammt von Hagen und war an II 1123, d. h. Eichmanns Sachgebiet („Zionisten“) gerichtet; vgl. BAK R 58/544, 79, 11. 6. 1937; Danneckers Referat hatte die Bezeichnung II 1121 („Assimilanten“), Eisenmenger die Kennziffer II 1122 („Orthodoxe und Caritative“); ebenda, 82 u. 84.

¹¹¹ Zur Autorschaft Eichmanns vgl. IfZ Eich 1492 und 1508.

¹¹² Hans Hinkel oblag mit der Abteilung II A des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Überwachung des gesamten jüdischen kulturellen Lebens. Referat II 112 hatte Anfang 1938 zum früheren „Reichskulturwalter“ und jetzigen SS-Oberführer im Propagandaministerium Verbindung aufgenommen, wodurch „eine völlig gleiche Ausrichtung des politischen und kulturellen Lebens der Juden in Deutschland gewährleistet“ sei; BAK R 58/991, 121, Tätigkeitsbericht der Abteilung II 112 vom 1. 1.–30. 6. 1938.

¹¹³ BAK R 58/979, 5. 3. 1938.

¹¹⁴ Daß der Datumsvermerk von Hagen stammt, hat Eichmann im Jerusalemer Prozeß bestätigt; IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11. 7. 1961, S. -R1-. Gleichwohl wurde die Akte nach einer Notiz Danneckers Ende des Monats noch einmal zur „Wiedervorlage“ vermerkt, bevor sie von diesem ad acta gelegt wurde; CDJC CDXXXVIII-28, Vermerk Danneckers vom 24. 3. 1938 „Betr.: Arbeit in der Abteilung“ an den Leiter des Referats II 112, Hagen, der sich seinerzeit in Wien befand. Dannecker notierte, vermutlich nach Rücksprache mit Hagen, ebenfalls „er[edigt]“ an den Rand der Notiz.

Dies war nur mehr eine Gedankenskizze, bei der die französisch-polnischen Überlegungen zum Anlaß genommen wurden, nach Ergänzungswegen zu suchen, die den eigenen verschärften Auswanderungswünschen als Anregung hätten dienen können. Eine deutscherseits als realisierbar ins Auge gefaßte Lösungsmöglichkeit für die Judenfrage war damit nicht intendiert. Eichmann erklärte später in Jerusalem glaubhaft, daß er „um jene Zeit an eine Madagaskar-Verwirklichung ebensowenig dachte, wie irgend jemand anderer, denn um jene Zeit gab es ja noch keinen Krieg und man dachte nie daran, daß Madagaskar überhaupt einmal in den Bereich eines Denkprozesses diesbezüglicher Art käme“¹¹⁵.

9. Auswanderung als „Endlösung“? Eichmanns „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“

Eine andere Aufgabe, die sich Eichmann, abgeleitet aus der übergeordneten Außenpolitik Hitlers, in dieser Zeit stellte, sollte ihn zu realitätsnäheren „Lösungswegen“ führen und seiner Karriere einen weiteren Schub versetzen.

Unmittelbar nach dem „Anschluß“ Österreichs wurde Eichmann am 16. März 1938 nach Wien versetzt und Ende des Monats mit der Leitung des dortigen Referates II 112 beauftragt, das später als „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ bekannt wurde¹¹⁶. Die „Zentralstelle“ wurde Eichmanns Gesellenstück, mit dem er sich für spätere Aufgaben empfahl. Aufgrund seiner nun immer deutlicher zu Tage tretenden Effizienz, verbunden mit der nötigen Skrupellosigkeit in der Erfüllung seiner Arbeitsvorgaben, genoß er großes Vertrauen bei Heydrich und dadurch auch ein relativ hohes Maß an eigenen Initiativmöglichkeiten. Die Einrichtung der „Zentralstelle“, mit der er sich als anerkannter und effektiver Organisator der Judenaustreibung empfahl, ging auf Eichmanns eigene Anregung zurück¹¹⁷.

Das Prinzip dieser Einrichtung war von ebenso unkompliziertem Charakter wie von wirkungsvoller Rücksichtslosigkeit: alle für eine Auswanderung notwendigen Verwaltungsinstanzen wurden unter stets treibender Aufsicht Eichmanns im Wiener Palais Rothschild zusammengefaßt. Hier entwickelte Eichmann sein unbarmherziges Machtgefühl gegenüber seinen jüdischen Opfern, in das er sich im Laufe seiner fortgesetzten Karriere als nominell subalternen Vollstrecker zusehends hineinsteigerte. Am laufenden Band wurden die „Auswanderungswilligen“ Schritt für Schritt ihrer Existenz beraubt und standen am Ende des Prozesses einzig mit dem, freilich vor weiterer Verfolgung schützenden, Reisepaß da. Die notwendigen Devisen wurden zum größten Teil durch ausländische jüdische Organisationen und Beiträge vermögenderer Juden beschafft, 50 000 RM monatlich steuerte das Deutsche Reich bei. Entscheidenden Anteil am Gelingen der ganzen Institution hatte die Israelitische Kultusgemeinde Wien unter ihrem Leiter Josef Löwenherz.

¹¹⁵ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -S1-.

¹¹⁶ BAK R 58/991, 114, 15. 1. 1938; Eichmann-Protokoll, Lang, S. 47.

¹¹⁷ IfZ, Wisliceny-Bericht zu Adolf Eichmann vom 27.10. 1946, S.5; vgl. Eichmann-Protokoll, Lang, S.50.

Löwenherz und seine Mitarbeiter reisten ins Ausland, um Devisen zu beschaffen, die sie aufgrund eines Sondererlasses ohne Abzüge nach Wien transferieren konnten. Gemäß eines von der Kultusgemeinde festgelegten Schlüssels wurden die Fremdwährungen dann an die Auswanderungswilligen weiterverkauft, wobei der Umtauschkurs so festgelegt wurde, daß Reiche deutlich mehr pro Valuta-Einheit zu zahlen hatten und so die Ausreise für die Minderbemittelten mitfinanzierten. Dies alles fand auf Veranlassung und unter Aufsicht des SD, sprich Eichmanns, so erfolgreich statt, daß Hagen in einer Zwischenbilanz vom November feststellen konnte, durch die Gründung der „Zentralstelle“ sei die „Gewähr für eine beschleunigte Erteilung der Auswanderungsdokumente gegeben, die im allgemeinen innerhalb von 8 Tagen“ erfolge. Die „Zentralstelle“ habe „genaueste Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, Vermögen usw., so daß sie imstande ist, bei der Bereitstellung ausreichender Einwanderungsbewilligungen, die durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien beschafft werden, die notwendigen Auswanderungstransporte zusammenzustellen“. Er schlug deshalb „im Hinblick auf die guten Erfolge der Zentralstelle bei der Auswanderung von Juden“ vor, „die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Maßnahme im alten Reichsgebiet zu erwägen“, und verwies darauf, daß das „Reichswirtschaftsministerium zur Entlastung seiner eigenen Dienststellen eine derartige Gründung begrüßen würde“¹¹⁸.

Nach wie vor galt die Auswanderung im Sommer 1938, wie Hagen in einem Entwurf für die Zeitschrift „Der Hoheitsträger“ am 25. Juni festhielt, „als einzige Lösungsmöglichkeit der Judenfrage“¹¹⁹. Allerdings wurde die Zielsetzung dahingehend erweitert, die Juden nicht mehr in die Nachbarländer, insbesondere die mitteleuropäischen Staaten, sondern in Richtung Nord- und Südamerika, nach Australien, Afrika, Palästina und in überseeische Inselgruppen zu lenken, wie Eichmann im Hinblick auf die Erteilung von Reisepässen durch das Gestapo festlegen ließ¹²⁰.

In dieser Zeit tauchte auch der Begriff „Endlösung“ auf. Die Judenfrage wurde in einem internen Papier des SD-Hauptamtes, „abgesehen von einigen noch strittigen Einzelfragen“, als „auf dem Gesetzes- und Ordnungswege geklärt“ deklariert. „Der Jude“ sei „nicht mehr Teil der Gemeinschaft“ und könne „auch nicht mehr an ihren politischen und wirtschaftlichen Erfolgen teilnehmen.“ Da sich auch kein Jude mehr eine Existenz in Deutschland aufbauen könne, müßten alle, die hierzu noch in der Lage seien, auswandern. Allerdings würden selbst bei günstigsten Auswanderungsbedingungen vermutlich 200 000 nicht auswanderungsfähige Juden in Deutschland bleiben. Zwei Hauptaufgaben sollten deshalb im Vordergrund stehen, einerseits die „Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten unter möglichster Vermeidung von Devisenkosten“ und zum zweiten die „Sicherung der Unterstützungskosten für die zurückbleibenden Juden durch jüdische Mittel des In- oder Auslandes“. Das „Problem“ werde also, „soweit es innenpolitisch zu lösen ist, einer *Endlösung* entgegengeführt“¹²¹. Das

¹¹⁸ BAK R 58/486, 29–31, 7. 11. 1938.

¹¹⁹ BAK R 58/984, 192, 25. 6. 1938.

¹²⁰ BAK R 58/982, 39, Fernschreiben Eichmanns vom 24. 6. 1938.

¹²¹ BAK R 58/996, 113–122, hier zitiert der handschriftliche Schluß 121 f.; Hervorhebung des Autors. Der Bericht mit dem Titel „Das Judentum“ ist nicht datiert, das ungefähre Datum läßt

Motto der Judenpolitik des Sicherheitsdienstes hieß demnach weiterhin „zerstreuende Auswanderung“, sprich „Austreibung“, und zielte hierbei möglichst über den europäischen Kontinent hinaus, wobei es stets mit dem Bemühen des SD einherging, zur zentralen Instanz dieses Prozesses zu avancieren.

10. Diskussionen zur Judenpolitik im Auswärtigen Amt im Jahr 1938

Vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Zieles der forcierten Judenauswanderung und dem gleichzeitigen Bemühen um eine Ablenkung des Augenmerks von Palästina faßte im Januar 1938 die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes die „Frage nach den neuen Zielländern für die jüdische Auswanderung“ in einer Aufzeichnung zusammen und griff darin auch die Madagaskar-Diskussion auf. Nach Meinung des Autors, Konsul Buttmann¹²², habe der Madagaskar-Gedanke die jüdische Öffentlichkeit seit langem beschäftigt, und man habe seitens „der gesamten Judenheit grosse Hoffnungen“ in das Projekt gesetzt. Der Bericht der von der polnischen Regierung entsandten Studienkommission mit seinen beschränkten Ergebnissen habe „bekanntlich auf die Judenheit sehr ernüchternd gewirkt“¹²³. Die siebenseitige Aufzeichnung, die auch dem Referat Deutschland übermittelt wurde, zeugt, wie das Zitat unterstreicht, von einer sehr mangelhaften Information über die bekanntlich reservierte jüdische Haltung zum Madagaskar-Projekt. Als neue Zielländer für die jüdische Auswanderung in diesem Zeitraum nennt der Autor Brasilien, Argentinien, Equador, Kolumbien und, in beschränktem Umfang, auch Kenia, Rhodesien, Australien und Neuseeland. Eine „amtliche Mitwirkung bei der Auffindung neuer Zielländer“, wie sie in einer Ressortbesprechung am 18. Oktober 1937 für erforderlich gehalten wurde, sei schwierig und eine nochmalige Anfrage durch die deutschen Vertretungen in den außereuropäischen Ländern wohl wenig aussichtsreich¹²⁴. Diese ausführliche Denkschrift dürfte

sich aber aus den internen Angaben erschließen. Zum einen wird die Zahl der bis dato aus dem Deutschen Reich ausgewanderten Juden mit 130 000 beziffert, was der Stand von Ende 1937 war, zum anderen muß es nach der Konferenz von Evian (6.–15. 7. 1938) liegen, da auf die Schrift von Dieter Schwarz über „Das Weltjudentum“ verwiesen wird, in der schon das Scheitern der Konferenz antizipiert wird. Die Zahl der noch in Deutschland befindlichen Juden wird mit 672 000 beziffert.

Die Broschüre über „Das Weltjudentum“, von Hagen und Six verfaßt, wurde unter dem Pseudonym Dieter Schwarz als von Heydrich sanktionierte Linie des SD veröffentlicht, Wisliceny-Bericht vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 88; vgl. BAK All Proz 6/103, S. 386. „Schwarz“ vertrat bezüglich Palästina die Ansicht, „daß das Judenproblem durch die Errichtung eines Judenstaates unlösbar“ sei, da dort allenfalls eine Million der auf 17 Millionen geschätzten Juden der ganzen Welt angesiedelt werden könnten. Außerdem würde ein solcher Staat zum unerwünschten „Vatikan eines Weltjudentums“, weshalb Deutschland „von dem einmal beschrittenen Wege zur endgültigen Lösung der Judenfrage nicht abgehen“ werde – gegen einen Palästina-Staat, aber ohne Nennung einer konkreten Alternative; Schwarz, Das Weltjudentum, S. 56 f.

¹²² Buttmann war Mitarbeiter des Referats Kult B (Wirtschaftliche Volkstumsfragen).

¹²³ PAAA Kult E, Juden 373, Aufzeichnung über die Frage nach neuen Zielländern für die jüdische Auswanderung, Januar 1938, S. 5.

¹²⁴ Ebenda, S. 6 f.

schon im Dezember 1937 in der Kulturpolitischen Abteilung in der Diskussion gewesen und zusammengestellt worden sein, als Franz Rademacher seine Tätigkeit im Auswärtigen Dienst in dieser Abteilung zunächst „informativ“ begann und später im Hochschul-Referat fortsetzte, bevor er Anfang 1938 als Legationssekretär nach Montevideo ging¹²⁵. Hier dürfte er somit auch zum ersten Mal mit der Problematik der jüdischen Auswanderung und dem Madagaskar-Gedanken in Kontakt gekommen sein.

Einen Schwerpunkt der Auseinandersetzungen in dem Bemühen um eine Ablenkung von Palästina bildete nach wie vor das Haavara-Abkommen. Im März 1938, einen Monat nach der Ablösung des bisherigen Außenministers Konstantin von Neurath durch Joachim von Ribbentrop¹²⁶, faßte das Deutschland-Referat in einer Aufzeichnung den Stand der Diskussion zusammen und beklagte den „Streit der politischen und wirtschaftlichen Ressorts innerhalb und außerhalb des Auswärtigen Amtes“¹²⁷. Das Deutschland-Referat bemühe sich zusammen mit der Auslandsorganisation seit mehr als einem Jahr um die „Liquidierung des Abkommens“. Durch das Verfahren werde der „Aufbau eines Judenstaates gefördert“, der den Juden „eines Tages einen unschätzbaren politischen und völkerrechtlichen Machtzuwachs bringen“ werde, eine Auffassung, die der „Führer“ auch schon in „Mein Kampf“ vertreten habe. Es bestehe ein „deutsches Interesse an einer jüdischen Massenauswanderung, die Palästina jedoch nicht aufnehmen kann und will“. Das Innenministerium plane eine Vorlage an Hitler, in der, unter Hinweis auf die Gefahr der Bildung eines Judenstaates, dieser um eine Entscheidung in der Frage gebeten werden solle, ob es nicht „zweckmäßiger“ sei, „die Judenauswanderung zu zersplittern und damit die antisemitische Stimmung in der Welt zu fördern“, was nach Auffassung von Referat Deutschland und der Auslandsorganisation die richtige Lösung darstellte. Auch das Haavara-Abkommen solle sofort gekündigt werden. Im Gegensatz zur ideologiegeleiteten Auffassung des Deutschland-Referats war die Wirtschaftsabteilung nicht zur Unterstützung dieser Forderungen bereit¹²⁸, und die Frage blieb weiterhin in der Schwebe¹²⁹.

¹²⁵ Vgl. Aussage Rademachers vom 23.9. 1947, in: STALNÜF 3 c Js 1321–24/49.

¹²⁶ Von Neuraths Staatssekretär, sein Schwiegersohn Hans-Georg von Mackensen, bat um die Versetzung ins Ausland. Ihm folgte Anfang April 1938 der bisherige Leiter der Politischen Abteilung, Ernst von Weizsäcker, der diese Stellung seit dem 30. April 1937 innehatte. Die Berufung Weizäckers galt ab dem 19.3. 1938; vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 158f., 181–185. Weizäckers Nachfolger als Direktor der Politischen Abteilung wurde Ernst Woermann.

¹²⁷ ADAP, D, V, Nr. 580, S. 661, Aufzeichnung des Referat Deutschland, 10.3. 1938.

¹²⁸ Ebenda, S. 662; der Chef der Auslandsorganisation (Bohle) und der Direktor der Politischen Abteilung (Woermann) hatten einen von Referat D in dieser Frage abgefaßten Entwurf mitgezeichnet.

¹²⁹ Das Haavara-Verfahren wurde von deutscher Seite im November 1938 aufgegeben; vgl. Genschel, Verdrängung, S. 259.

11. Die Konferenz von Evian und das „Intergovernmental Committee on Refugees“

Am Ende des Monats März 1938 wurde die Frage der jüdischen Emigration aus Deutschland, inzwischen durch die Angliederung Österreichs um 200 000 Juden vergrößert, in einen neuen internationalen Kontext gehoben. Am 25. März gab der amerikanische Präsident Roosevelt in einer Pressekonferenz bekannt, er habe eine Reihe von Regierungen zur Bildung eines Komitees eingeladen, das über die Erleichterung der Emigration politischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich beraten solle. Aus dieser Anregung ging jene Konferenz hervor, die vom 6. bis 15. Juli im französischen Kurort Evian am Rande des Genfer Sees tagte und auf der sich Vertreter aus 32 Staaten trafen, um über Einwanderungsquoten und mögliche Einwanderungsgebiete zu diskutieren¹³⁰.

Alfred Rosenberg nahm den Beginn der Konferenz zum Anlaß, um am 8. Juli im „Völkischen Beobachter“ in einem Artikel unter dem Titel „Wohin mit den Juden?“ seine „Gedanken zur Weltkonferenz in Evian“ mitzuteilen, die in der von ihm bekannten Grundforderung gipfelten, wonach „nach einem geschlossenen, von Europäern noch nicht besiedelten Gebiet Umschau gehalten werden“ müsse. Warum solle nicht „ein großes afrikanisches Territorium ins Auge gefaßt werden, um den Juden die Möglichkeit eines ‚selbständigen schöpferischen Aufbaus‘ zu ermöglichen“, und er verwies nachdrücklich auf „die große Insel Madagaskar“¹³¹.

Tatsächlich hatte am 6. Juli eine südafrikanische Zeitung gerüchteweise gemeldet, daß auf der Konferenz auch über die Möglichkeit „of arranging immigration to Madagascar and also to South America“ gesprochen werde¹³². Die offizielle Haltung des Deutschen Reiches, wie sie sich über das Auswärtige Amt nach außen manifestierte, wurde von dieser Diskussion um Madagaskar nicht berührt. Am 8. Juli sprach der britische Botschafter Henderson von Ribbentrop wegen einer Zusammenarbeit mit der Evian-Konferenz an. Der Außenminister erwiderte ihm schroff, „daß er eine Zusammenarbeit mit anderen interessierten Staaten in der deutschen Judenfrage grundsätzlich ablehnen müsse. Es handele sich um ein innerdeutsches Problem, das außer jeder Diskussion

¹³⁰ Die meisten Staaten hatten strikte Immigrationsgesetze. So gestatteten beispielsweise die Vereinigten Staaten eine Zuwanderung von rund 27 000 Personen jährlich aus dem Deutschen Reich, was der zusammengefaßten Quote für Deutschland (25 597) und Österreich (1413) entsprach. Zur Konferenz vgl. den detaillierten Artikel von Adler-Rudel, *The Evian Conference on the Refugee Question*, S. 235–273. Adler-Rudel war 1936 aus Deutschland ausgewiesen worden und nach Großbritannien ausgewandert. Dort wurde er Mitglied im Hauptvorstand der britischen Sektion des „Council for German Jewry“ und nahm persönlich an der Evian-Konferenz teil.

¹³¹ *Völkischer Beobachter*, 8. 7. 1938, S. 1 f. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldete am folgenden Tag, daß Rosenbergs Artikel „über die Schaffung eines jüdischen Staates in Afrika . . . in der ganzen polnischen Presse grosse Beachtung“ gefunden habe. „Die Blätter veröffentlichen über diesen Aufsatz einen ausführlichen Bericht, der besonders auf die Schlussfolgerungen des Aufsatzes des Reichsleiters eingeht“; PAAA Bonn, Inland II A/B 60/1.

¹³² *Rand Daily Mail*, 6. 7. 1938, S. 11: *Jews seeking to enter Dominions*; vgl. PAAA Kult E, *Die Überwachung der Auswanderung nach der Südafrikanischen Union*, Bd. 2.

stehe.“ Eine Zusammenarbeit käme „für Deutschland nicht in Frage“¹³³. Diese Haltung wurde durch von Weizsäcker Ende des Monats auch gegenüber dem amerikanischen Botschafter bekräftigt¹³⁴.

Die deutschen Juden setzten demgegenüber große Hoffnungen auf das Treffen. Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ legte der Reichsstelle für das Auswanderungswesen ein ausführliches Memorandum zur Konferenz vor, das diese an das Auswärtige Amt weiterleitete¹³⁵. Die „Reichsvertretung“ als Spitzenorganisation aller in Deutschland (ohne Österreich) bestehenden jüdischen Gemeinden und Verbände betonte darin, daß sie entschlossen sei, „ihre Organisationen und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit in den Dienst eines grosszügigen Auswanderungsplans zu stellen“. Die Zahl der noch in Deutschland befindlichen Juden wurde von ihr auf 350 000 geschätzt¹³⁶. Ein außerordentlich starker Auswanderungswille sei vorhanden, die Auswanderungsfähigkeit hänge allein von den Einwanderungsmöglichkeiten ab¹³⁷. Die „Reichsvertretung“ schlug einen Plan vor, der „innerhalb einer Frist von einigen Jahren durch entsprechende Gestaltung der Einwanderungsbedingungen die Einordnung der auswanderungsfähigen Juden aus Deutschland in anderen Ländern der Welt ermöglicht“¹³⁸. Die Finanzierung solle durch die Auswanderer selbst, ihre Verwandten und internationale jüdische Hilfsorganisationen erfolgen¹³⁹. Die „Reichsvertretung“ betonte deshalb die Hoffnung, daß „die *Konferenz in Evian* ihr hohes Ziel erreichen werde, dass sie Menschen, denen ihr geschichtliches Schicksal die Auswanderung als Aufgabe gestellt hat, die Möglichkeit neuer Lebensgestaltung schaffen werde“¹⁴⁰.

Die Konferenz konnte diese Hoffnungen in keiner Weise erfüllen. Nicht nur, daß die deutsche Führung eine Beteiligung an der Konferenz als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes strikt ablehnte, auch die Teilnehmer der Konferenz konnten sich nicht auf Einwanderungserleichterungen einigen. Allein die Dominikanische Republik stellte im August 1938 ein zusätzliches Kontingent für 100 000 Personen in Aussicht¹⁴¹. Zur weiteren Behandlung der Flüchtlingsfrage wurde deshalb ein „Inter-

¹³³ ADAP, D, V, Dok. 640, S. 753, Rundschreiben Weizsäckers, 8. 7. 1938.

¹³⁴ ADAP, D, V, Dok. 641, S. 754, Aufzeichnung Weizsäckers, 27. 7. 1938.

¹³⁵ PAAA Kult E, Juden 373; der zuständige Referent, Ernst Kundt, notierte auf dem Deckblatt der 21seitigen Denkschrift, daß diese ihm am 13. Juli zugesandt worden sei.

¹³⁶ PAAA Kult E, Juden 373, Denkschrift der „Reichsvertretung“, S. 1.

¹³⁷ Ebenda, S. 4.

¹³⁸ Ebenda, S. 5.

¹³⁹ Ebenda, S. 13.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 17; Hervorhebung im Original.

¹⁴¹ In der mangelnden Aufnahmebereitschaft des Jahres 1938 eine „Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage“ zu sehen, ist dagegen ebenso übertrieben wie irreführend. Diese unhaltbare These vertritt Weingarten, Die Hilfestellung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Sicher läßt sich moralisch fragen, ob die internationale Staatengemeinschaft nicht mehr Flüchtlinge hätte aufnehmen können. Allenfalls ließe sich dann aber von einer „mangelnden Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Auswanderung der Juden aus Deutschland“ sprechen. Unter „Endlösung der deutschen Judenfrage“ wird, auch wenn der Begriff „Endlösung“ schon Jahre vorher im Gebrauch war, bekanntlich der Genozid verstanden – und Weingarten insinuiert dieses Verständnis auch. Nach seiner Auffassung sind „alle Völker der Welt auch an der Endlösung und deren Ausmass voll mit-

governmental Committee on Refugees“ (IGC) gegründet, das in Kontakt mit Deutschland eine internationale Lösung des Flüchtlingsproblems herbeiführen sollte. Das IGC bestand aus einem Gesamtkomitee, das sich aus den Regierungsvertretern der meisten in Evian versammelten Mächte zusammensetzte. Daneben gab es einen informellen Rat aus sechs Mitgliedern, deren wichtigste der Chairman Lord Winterton aus Großbritannien und seine beiden Vize Henri Bérenger aus Frankreich und Myron C. Taylor aus den USA waren. Die Verhandlungen sollte ein Direktorium führen, zu dessen Leiter der amerikanische Rechtsanwalt George Rublee gewählt wurde, zusammen mit seinem Stellvertreter Robert Pell, ebenfalls ein Amerikaner.

Am 2. August, vier Tage bevor sich das IGC zu seiner ersten Sitzung traf, fragte der britische Botschafter Henderson bei von Weizsäcker inoffiziell wegen eines Besuchs den Versuch zu einer geordneten Grundlage für den Abtransport von Juden ins Ausland aufzustellen“. Der Staatssekretär erteilte ihm unter Hinweis auf eine ähnliche Anfrage des amerikanischen Botschafters Wilson eine klare Absage. Die Motive des Komitees waren nach von Weizsäckers Auffassung „nicht rein humanitärer Natur“. Er verwies darauf, daß sich kein Land bereit gefunden habe, eine nennenswerte Quote von Juden aufzunehmen. Um diesen Mißerfolg zu kaschieren, trete man nun an Deutschland heran, nur um festzustellen, „daß wir den Juden keine Devisen mitgeben wollen oder können“, womit dann Deutschland für den Mißerfolg verantwortlich gemacht werden könne¹⁴². Nach dieser Absage stockten die Bemühungen des Komitees und wurden bis zum Oktober 1938 durch die internationale Krise um die Tschechoslowakei überlagert.

Am 18. Oktober reichten der britische und der amerikanische Botschafter bei von Weizsäcker zwei Memoranden ein, in denen sie noch einmal den Wunsch nach Kontakten zwischen dem Komitee und autorisierten deutschen Behörden ausdrückten. Der Staatssekretär erteilte auch diesen Ansinnen, dem amerikanischen Botschafter gegenüber „vielleicht etwas weniger schroff als gegenüber Neville Henderson“, eine deutliche Absage¹⁴³. Als Wilson zwei Tage später ein weiteres Mal auf die Sache zu sprechen kam, gab Außenminister von Ribbentrop seinem Staatssekretär klar zu verstehen, daß ein Besuch Rublees „nicht in Frage“ komme¹⁴⁴. Und auch als die Franzosen am 24. Oktober, ebenfalls mit einer Note, an das Auswärtige Amt herantraten, bekräftigte

schuldig“ (S. 204). Nicht nur vor dem Hintergrund der Tatsache, daß bis zum Kriegsbeginn die nationalstaatliche Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu den Grundpfeilern der Beziehungen der beteiligten Staaten gehörten, ist diese These, indem sie die Täter und die – ob nun aus realpolitischer Gleichgültigkeit oder hilfloser Ohnmacht – Außenstehenden auf eine Stufe stellt, eine geradezu absurde Nivellierung. Deshalb ist Walther Hofer zuzustimmen, der die Gefahr sieht, daß verkrampt anmutende Uminterpretationen wie diese „letztlich zu einer Verharmlosung der NS-Verantwortung an diesem Geschehen“ (der „Endlösung“ durch Vernichtung) führen; Hofer, *Stufen der Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1939*, S. 185.

¹⁴² Notiz Weizsäckers vom 2. 8. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 181 f.

¹⁴³ ADAP, D, V, Dok. 645, S. 758–759, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 18. 10. 1938; Memoranden abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 187–190.

¹⁴⁴ ADAP, D, V, Dok. 646, S. 760, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 20. 10. 1938, m. Anm. 1; vgl. Vogel, Stempel, S. 191.

Woermann gegenüber Botschaftsrat Graf de Montbas die durch von Ribbentrop und von Weizsäcker vorgegebene Linie¹⁴⁵. Eine weitere Anfrage durch den britischen Geschäftsträger Forbes am 7. November nahm von Weizsäcker zum Anlaß für die Frage, „wieviel prozentig Rublee Arier sei“¹⁴⁶.

12. Aktions- und Diskussionsschub durch die „Reichskristallnacht“

Das am 9. November 1938 im ganzen Deutschen Reich durch die Nationalsozialisten entfesselte Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung und ihre Einrichtungen gab der Diskussion eine Wendung und brachte auch Madagaskar als Stichwort zur Lösung der Judenfrage wieder ins Gespräch. Göring erklärte in der mit mehreren Dutzend führenden Vertretern des NS-Staates abgehaltenen Besprechung im Luftfahrtministerium, die der „Reichskristallnacht“ am 12. November folgte, Hitler wolle „jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen. Das hat er mir am 9. November auseinandergesetzt.“¹⁴⁷ An dieser Konferenz nahm auf Anregung Heydrichs auch Eichmann teil. In einem Blitz-Telegramm vom 11. November an Eichmanns Vorgesetzten Stahlecker war erklärt worden, daß „in Berlin eine größere Besprechung“ stattfinde, „in welcher die mit den Aktionen gegen die Juden und der künftig einzuschlagenden Generallinie zusammenhängenden Fragen besprochen werden“ sollten. Da der Plan bestehe, ähnlich wie in Österreich auch in Deutschland eine „Zentralstelle für die jüdische Auswanderung“ zu gründen, sollte Eichmann teilnehmen, „um zur praktischen Durchführung seine Erfahrungen mitzuteilen“¹⁴⁸. Wieder einmal kam Eichmann hier in Berührung mit dem Madagaskar-Gedanken, und sein Eindruck dürfte durch die Tatsache, daß Hitler offenbar persönlich Überlegungen in dieser Richtung geäußert hatte, noch verstärkt worden sein. Heydrich reagierte unverzüglich auf Görings „Weisung, in erster Linie die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu fördern“, indem er die Schaffung einer am Wiener Vorbild orientierten „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in Berlin in die Wege leitete¹⁴⁹.

Görings Äußerung zu Madagaskar wird untermauert durch eine Vorlage Woermanns an von Ribbentrop vom 23. November 1938. Der stellvertretende Vorsitzende der niederländischen Mussert-Partei, Rost van Tonningen, hatte für den Plan, in Niederländisch-, Britisch- und Französisch-Guiana ein nationales Heim für die Juden zu gründen, die deutsche Unterstützung gefordert, wozu Woermann zu bedenken gab, daß

¹⁴⁵ ADAP, D, V, Dok. 647, S. 760f., Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 24. 10. 1938; Note abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 192–194.

¹⁴⁶ ADAP, D, V, Dok. 648, S. 761, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 7. 11. 1938. Der Erste Sekretär der Amerikanischen Botschaft, Heath, teilte Woermann drei Tage später mit, man habe Erkundigungen eingezogen und „einwandfrei festgestellt, daß Mr. Rublee vollkommen arisch sei“; Notiz Woermanns vom 10. 11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 195.

¹⁴⁷ IMG, Bd. 28, Dok. 1816-PS, S. 539, Stenographische Niederschrift vom 12. November 1938.

¹⁴⁸ BAK R 58/486, 28, Blitz-Telegramm vom 11. 11. 1938.

¹⁴⁹ Schnellbrief Heydrichs an das Auswärtige Amt, 15. 11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 290.

das Deutsche Reich „bisher der Gründung eines geschlossenen jüdischen Staates vollkommen ablehnend“ gegenübergestanden habe, „da ein solcher die Zentrale aller gegen die judenfeindlichen Staaten und Parteien gerichteten Bestrebungen werden würde. Demgegenüber hat neulich Generalfeldmarschall Göring in der Ministerbesprechung über die Judenfrage einflechten lassen, dass das Projekt Madagaskar an massgebender Stelle ernstlich erwogen werde.“¹⁵⁰

Auf Hitlers Äußerung gegenüber dem polnischen Botschafter Lipski vom September 1938, wonach das Judenproblem in Übereinkunft mit Polen, Ungarn und möglicherweise auch Rumänien durch Emigration in die Kolonien zu lösen sei, wurde bereits verwiesen¹⁵¹. Ob Hitler hierbei konkret an Madagaskar gedacht hat, ist reine Spekulation¹⁵².

Nach der Debatte im britischen Unterhaus aus Anlaß des deutschen Pogroms kommentierte die „Times“ die Äußerungen Premierminister Chamberlains über die begrenzten Aufnahmemöglichkeiten für Flüchtlinge in britischen Kolonien, daß auch Frankreich über großen Kolonialbesitz verfüge, „and Madagascar may perhaps offer openings for large scale settlement“¹⁵³. Chamberlain war allerdings vor dem Parlament nicht auf Madagaskar eingegangen, sondern hatte neben einer Bewertung der Möglichkeiten in den britischen Kolonien vor allem um Hilfe an die Evian-Mächte appelliert¹⁵⁴.

Ende November brachte Göring in einem Gespräch mit dem britischen Botschaftsrat in Berlin Sir George Ogilvie-Forbes das Problem aus seiner Sicht noch einmal auf den Punkt und erklärte, daß „Germany must get rid of her Jews [...] and the sooner this takes place the better will it be for the non-aryan Christians“.

Er warf den Briten vor, vor allem in letzter Zeit zwar viel über die deutschen Juden zu reden, doch wenig zu tun, und erklärte, daß „there were vast and sparsely populated areas in the world such as Madagascar and Australia, which latter continent was in urgent need of settlers and which would be suitable for Jewish immigration, if only the Powers would do something more than talk. He regarded the Jewish problem in Germany as very serious and added that certain elements in the National Socialist Party were in such a state of anti-Jewish frenzy that special precautions had to be taken for the protection of the Jews.“

¹⁵⁰ STAN NG-3563, 23.11.1938.

¹⁵¹ Jedrzejewicz, Diplomat in Berlin 1933–1939, Dok. 99, Bericht vom 20. September 1938, S. 411; vgl. Kap. IV.15.

¹⁵² So Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, S.166, der insinuiert, daß mit „colonies“ Madagaskar gemeint sei. Im Gegensatz zur Zitation Nicosias wird in der Edition von Jedrzejewicz Madagaskar in den Ausführungen Lipskis nicht erwähnt. Es ist nur pauschal von „emigration to the colonies“ die Rede.

¹⁵³ *The Times*, 22.11.1938, S.15: Homes for Refugees.

¹⁵⁴ Ebenda, S.8: Parliament: Futures of Jew Refugees; S.14: Help for the Refugees, Seeking Homes overseas.

Goebbels ließ, um die Informationen in Deutschland über die Unterhausdebatte zu unterbinden, die „Times“ und andere Publikationen beschlagnahmen. „Alle englischen Zeitungen sind nun im Augenblick weg“, notierte er am 17. November. Daß er selbst über die britischen Diskussionen informiert war, zeigen seine Äußerungen über die Labour-Partei, die einen Vorstoß „in der Juden- und vor allem in der Kolonialfrage“ gegen Chamberlain unternahme; Goebbels-Tagebücher, Bd. 3, S.536, 17.11.1938. Er ordnete darüber hinaus an, das „Palästina-Problem“ ausführlich zu behandeln, um die Engländer anzugreifen. „Aber keiner will die Juden nehmen, nur in Schutz. Ich lasse nun für Presse, Rundfunk und Versammlung einen großen antisemitischen Feldzug vorbereiten“, notierte er zu einer Rede Roosevelts; ebenda, S.537, 18.11.1938.

Anschließend machte Göring einen Vorschlag, wie das Problem seiner Meinung nach zu lösen sei: Er würde das gesamte Eigentum der Juden in Deutschland als Sicherheit für eine im Ausland aufzulegende internationale Emigrationsanleihe beschlagnehmen. Im Gegenzug erwartete der Beauftragte für den Vierjahresplan, daß der „very serious Jewish boycott of German trade“ eingestellt und die Anschaffung deutscher Güter wieder aufgenommen werde. Göring verpflichtete sich, die daraus resultierenden Zuwachsraten des Außenhandels und die Erträge aus der folgenden Steigerung deutscher Exporte für die Zinsen und die Tilgung der Anleihe zu verwenden. Ogilvie-Forbes sah in diesem Vorschlag, obwohl einige Hindernisse im Wege stünden, einen Ausgangspunkt für weitere Diskussionen, da er vom nach Hitler zweitmächtigsten Mann und „the economic dictator of Germany“ komme¹⁵⁵. Gleichwohl kam es vorerst nicht zu konkreten Verhandlungen über diesen Vorschlag, dessen Kernpunkt – eine internationale Anleihe zur Finanzierung der jüdischen Auswanderung bei gleichzeitig weitgehender Konfiskation des jüdischen Eigentums – später Gegenstand der Bemühungen des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht sein sollte¹⁵⁶.

Daß sich in Deutschland eine weitere Zuspitzung in der Judenfrage herauskristallisierte, die schon auf zukünftige Maßnahmen verwies, wird aus einem Bericht deutlich, den der britische „China-Konsul“ Alexander am 21. November 1938 dem britischen Außenministerium über seine Gespräche mit Franz von Pfeffer unterbreitete¹⁵⁷. Von Pfeffer, als „No. 2 to Rudolph Hess“ apostrophiert, habe gesagt, daß „there was no friendship possible between Germany and England so long as we behaved as if we were a decadent race. Germany, however, would like us to behave like a strong imperialist race, in which case they would be delighted to divide the world with us, the yellow and black races to be England's sphere of influence, and the Slavs to be the German sphere of influence. [...] Germany intended to make a great bloc in Eastern Europe in which not only the Czechs but also the Hungarians, the Ukrainians and the Poles would be subject races.“

Auf die Judenfrage bezogen, hatte von Pfeffer „made clear that Germany intended to get rid of her Jews, either by emigration or if necessary by starving or killing them, since she would not risk having such a hostile minority in the country in the event of war. He also said that Germany intended to expel or kill off the Jews in Poland, Hungary and the Ukraine when she took control of those countries. If, however, England was so sympathetic to the Jews, why did she not provide a home for them?“ Unverhüllt ließ sich die programmatische Absicht, die Erlangung von „Lebensraum im Osten“ und die „Judenvernichtung“ mittels eines Krieges zu realisieren, wahrlich nicht formulieren. Außerdem habe von Pfeffer gemeinsam mit Herrn Sthamer vom Büro von Ribbentrop vorgeschlagen „that we should provide a home for the Jews possibly in Tanganyika, but preferably in the highlands of the Cameroons and Nigeria“¹⁵⁸.

¹⁵⁵ PRO FO 371/22538, W 15916/104/98, 30.11. 1938.

¹⁵⁶ Vgl. Kap. V.14.

¹⁵⁷ Der ehemalige Gauleiter (Westfalen 1924, Ruhr 1925) und Oberste SA-Führer (1926–1930) Franz von Pfeffer war seit 1932 Mitglied des Reichstages.

¹⁵⁸ PRO FO 371/21638, C 15078/1667/62, 21. 11. 1938; in den Akten des Foreign Office ist in diesem Zusammenhang gar vom „Pfeffer-Plan“ die Rede.

13. Der Pirow-Besuch: Zum Zusammenhang von Kolonialproblem und Judenfrage

Im November 1938 wurde für kurze Zeit die Juden- und die Kolonialfrage auch in Deutschland im Kontext behandelt, als der südafrikanische Verteidigungs- und Wirtschaftsminister Oswald Pirow, ein Antisemit und Hitler-Verehrer¹⁵⁹, bei einer Europa-Reise mit der britischen und der deutschen Führung über dieses Thema verhandelte¹⁶⁰. Pirow suchte das Unternehmen später zu einer bedeutenden Vermittlermission aufzubauschen und erklärte, er habe vor der Ermordung vom Rath und dem nachfolgenden Pogrom von Chamberlain Zusagen erhalten, Hitler bei einer Mäßigung in der Behandlung der Judenfrage und einer damit einhergehenden Beruhigung der öffentlichen Meinung in Großbritannien „freie Hand“ im Osten anzubieten. Dieses Mandat sei aber durch die nationalsozialistischen Maßnahmen vom 9. bis 11. November hinfällig geworden, und Chamberlain habe den Verhandlungen selbst ihren vorher zugedachten halboffiziellen Charakter genommen¹⁶¹.

Pirow berichtete nach dem Krieg an anderer Stelle, er sei seinerzeit von General Smuts nach Deutschland gesandt worden, um seine Dienste als Vermittler zwischen dem „Dritten Reich“ und Großbritannien in der Judenfrage anzubieten. Chamberlain habe ihm gesagt, daß er gern zu einer Verständigung mit Hitler kommen würde, alles aber von dessen antisemitischer Politik blockiert werde. Er habe Chamberlain einen Plan vorgelegt, der ihm von Juden durch das Unterhausmitglied Victor Cazalet als ihrem Sprecher unterbreitet worden sei. Danach sollte für die Juden ein „national home“ in Madagaskar, Tanganyika oder British Guayana eingerichtet werden. Hitler sollte den deutschen Juden eine halbe Milliarde Pfund oder ihren halben Besitz überlassen, die britischen Juden weitere 500 000 000 Pfund bereitstellen. Chamberlain habe diesen Vorschlag ohne Zögern akzeptiert. Der Anschlag auf vom Rath in Paris habe diesem Plan aber das Ende bereitet¹⁶².

¹⁵⁹ Vgl. Rand Daily Mail, 15. 4. 1938: Mixed Cheers and Boos Stop. Speech by Mr. O. Pirow; 30. 4. 1938: Rowdy Interruptions at a Pirow Meeting. Nationalist „Hypocrisy about Jews“.

¹⁶⁰ Pirow war deutscher Abstammung, er wurde 1889 in Südafrika als Sohn deutscher Eltern geboren; sein Vater war Arzt. Pirow besuchte das Realgymnasium Itzehoe, die Universitäten in Kiel und London, war später Rechtsanwalt, dann nationalistischer Parlamentsabgeordneter. Von General James Barry Munnick Hertzog in die Regierung berufen, war er sieben Jahre lang Justiz-, dann Wirtschafts- und Verteidigungsminister; vgl. PAAA R 29968, Pirow-Besuch, Oktober 1938 – November 1938.

¹⁶¹ Vgl. Watt, Pirow's Berlin Mission in November, S. 53. Nach einer Notiz des Foreign Office vom 8. November hatte Pirow in diesem Zusammenhang ein Mandatsterritorium für die Juden aus Deutschland, einschließlich dem angeschlossenen Österreich, und Italien vorgeschlagen; FO 371/22535, W 14783/104/98, 8. 11. 1938.

¹⁶² The Jewish Chronicle, 18. 1. 1952, S. 24. Pirow konnte 1952 nicht mehr angeben, wer die Juden gewesen seien, in deren Namen Cazalet den Vorschlag gemacht habe, vermutete aber, es seien ebenfalls Mitglieder des Parlaments gewesen. In einem Interview erklärte Pirow bereits 1948, daß es bei den Verhandlungen mit den britischen Organisationen und der deutschen Seite um „Tanganyika, Madagascar and British Guiana“ gegangen sei. „I saw Hitler about Tanganyika and I was to have seen the French Government about Madagascar, but after I had seen Hitler the international situation deteriorated to such an extent that the Jewish question was no longer of primary importance“; The Natal Mercury, 13. 4. 1948, S. 9.

In der Tat scheint Pirow also zumindest gegenüber der britischen Seite Madagaskar als „Flüchtlingsstaat“ vorgeschlagen zu haben, denn Anfang 1939 teilte das Foreign Office Pirow unter Hinweis auf die Bemühungen des IGC mit, daß die Dimensionen auf der Insel derart limitiert seien, daß Madagaskar als potentieller Flüchtlingsstaat nicht in Frage komme¹⁶³.

Gegenüber der deutschen Seite hat der südafrikanische Minister jedoch Madagaskar als potentiellen Flüchtlingsstaat offensichtlich nicht erwähnt. Bei einem Treffen mit von Ribbentrop sprach Pirow am 18. November 1938 auch die Judenfrage an und schlug vor, die „übrigen Länder müssten sich bereit erklären, die deutschen Juden soweit wie möglich aufzunehmen, allerdings sei dies nur möglich, wenn sie einen Teil ihres in Deutschland befindlichen Kapitals an die Hand bekämen“. Der deutsche Außenminister blockte dies mit der Bemerkung ab, „die gegenwärtige Hetze in der Welt mache eine Lösung der jüdischen Frage immer schwieriger“. Zur Kolonialfrage erklärte von Ribbentrop, daß sie ihm „im Augenblick nicht akut scheine, dass sie aber in einigen Jahren (5–6) besprochen werden könne“¹⁶⁴.

Vor diesem Hintergrund traf Pirow am 24. November auf dem Berghof mit Hitler zusammen¹⁶⁵. Auf die Judenfrage angesprochen, erklärte der „Führer“, „das Problem würde in der nächsten Zeit gelöst werden. Dieses sei sein unerschütterlicher Wille. Es sei aber nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Das Judenproblem erwache heute überall, in Polen, in der Tschechoslowakei, auch in Frankreich und England.“ Im Blick auf die Ermordung vom Rath und die nachfolgende Gewalteskalation seitens der Nationalsozialisten erklärte er, für Deutschland seien die Juden eine „kollektive Gemeinschaft. Was sie uns antun, tut uns die gesamte jüdische Gemeinschaft an. Wenn ein Deutscher im Auslande von einem Juden ermordet wird, fällt dies darum auf die Juden in Deutschland zurück“, und er fügte drohend an, die „Juden würden eines Tages aus Europa verschwinden“.

Pirow entgegnete ihm, die „Lösung der Judenfrage werfe zwei wichtige Punkte auf“, und was er zu unterbreiten habe, „sei ein offizieller Vorschlag“¹⁶⁶. Erstens brauche Deutschland „keinen Pfennig Devisen zu zahlen, sondern es würde eine internationale Anleihe aufgenommen, mit der die Auswanderung und Neusiedlung der Juden bestritten würde. Deutschland müsse nur in Form von Handelsaustausch den Zinsdienst für diese Anleihe übernehmen.“ Das zweite Problem sei die „Gebietsfrage. Hier müsse Deutschland mithelfen, Gebiet zur Verfügung zu stellen, und zwar solle Deutschland eine der früheren Kolonien zur Verfügung stellen.“ Hitler bemerkte hierzu, daß Deutschland keine Kolonien besäße, worauf Pirow erklärte, „daß dieses Angebot, Juden in deutschen Kolonien anzusiedeln, eine neue Situation in der internationalen Diskussion der Kolonialfrage schaffe“. Hitler meinte ausweichend, „selbst wenn er dazu bereit sei, so könne er es dem deutschen Volk gegenüber nicht tun; es würde nicht ver-

¹⁶³ PRO FO 371/45384, E 8683/15/31, 6.12. 1945, Aufzeichnung des Foreign Office über „Proposals for Jewish settlement in Madagascar“, S. 81, mit Hinweis auf die (nicht überlieferte) Akte W 4463/4463/48.

¹⁶⁴ PAAA R 29968, Aufzeichnung Ribbentrops vom 18.11. 1938.

¹⁶⁵ ADAP, D, Bd. IV, Dok. 271, S. 291–294, Aufzeichnung des Legationsrats Hewel, 24.11. 1938.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 293.

stehen, daß Gebiete, in denen so viel deutsches Heldenblut geflossen sei [...] den ärgsten Feinden der Deutschen zur Verfügung gestellt würden“, ein Argument, dem Pirow zustimmte.

Nach einer Diskussion über Südwest- und Ostafrika erklärte der Reichskanzler ungeduldig, „die Regierungen hätten sich alle so festgelegt in der Kolonialfrage, daß es nutzlos sei, ständig über diese Frage zu sprechen“. Wie schon sein Außenminister schob er sie von sich und meinte, „man müsse sie in fünf oder sechs Jahren wieder aufwerfen“¹⁶⁷. Pirow kam dann auf das Flüchtlingsproblem zu sprechen, worauf Hitler, durchgängig seinen ideologischen Prämissen folgend, erklärte, „das Weltjudentum wolle garnicht, daß die Juden aus Europa verschwinden, sondern betrachte die Juden in Europa als Vorposten für die Bolschewisierung der Welt“. Die Juden würden ihn hassen, „weil er die weitere Bolschewisierung Europas verhindert habe“, und er fuhr fort, „er exportiere nur eine Idee. Diese sei nicht die des Nationalsozialismus; denn solange andere Völker diese Idee der Kraft und des Schaffens noch nicht begriffen hätten, bedeute dies für Deutschland eine unerhörte Kräftigung. Aber er exportiere den Antisemitismus.“¹⁶⁸ Hitler hat demnach Madagaskar nicht als möglichen Zielort für eine Lösung der Judenfrage erwähnt, obwohl ihn diese Idee beschäftigte, wie aus den Äußerungen Görings hervorgeht. Offensichtlich schien ihm aber Pirow nicht der entsprechende Verhandlungspartner zu sein, abgesehen von der ihm unerwünschten unmittelbaren Verbindung mit der Kolonialfrage.

Pirow besuchte auch Mussolini und Ciano in Rom, die, wie der deutsche Botschafter von Mackensen nach Berlin drahtete, allerdings einen sehr nachteiligen Eindruck von Pirow hatten. Von Mackensen berichtete am 28. November 1938, Cianos „negatives Urteil über Pirows Persönlichkeit hätte nicht vernichtender sein können. Irgendein ernsthaftes Gespräch sei mit diesem in der Weltgeschichte herumschwimmenden Mann nicht zu führen gewesen.“ Pirow habe Mussolini gebeten, zwischen Hitler und den Juden zu vermitteln, die Frage deutscher Kolonialansprüche sei aber nicht berührt worden¹⁶⁹.

Zurück in Großbritannien erklärte Pirow Anfang Dezember dem für die Kolonien und Dominions zuständigen Minister MacDonald, daß er sich in seinen Gesprächen mit Hitler und Göring vor allem gegen eine Wiederherstellung der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika, besonders in Tanganyika, ausgesprochen habe¹⁷⁰. Diese Frage habe jedoch nicht die Hauptrolle in den Gesprächen gespielt, da das Kolonialproblem nach Aussagen Hitlers nicht aktuell sei¹⁷¹. Göring habe sich allerdings zu Pirows Vorschlag positiv geäußert, nach dem Deutschland formell seinen Anspruch auf Tanga-

¹⁶⁷ Ebenda, S. 294.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 295.

¹⁶⁹ PA R 29968, Telegramm von Mackensens vom 28. 11. 1938.

¹⁷⁰ FO 371/24415, Colonial question. Statements made on behalf of H.M.G. in the U.K. and German views. October 1937 to September 3rd, 1939, 1. 1. 1940, C 362/260/18. Ende November berichtete der im südafrikanischen Durban erscheinende „Natal Mercury“, daß in Paris eine „Société Internationale de Colonisation juive“ Madagaskar für die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge ins Auge gefaßt habe, hingegen das Gerücht einer möglichen Abtretung der Insel an Deutschland dementiert worden sei, AD K-Afrique 91, 218–220, 29. 11. 1938, der französische Konsul in Durban an den Außenminister.

¹⁷¹ Ebenda, C 1208/260/18.

nyika aufgeben und das Gebiet dafür zum Territorium für die Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland gemacht werden solle¹⁷².

Madagaskar war demnach kein Gegenstand von Verhandlungen zwischen Hitler und dem südafrikanischen Verteidigungsminister, sondern allenfalls ein Gedankenspiel im Vorfeld der Reise nach Deutschland, deren inhaltliches Bemühen um die Judenfrage in erster Linie um die deutschen Kolonien kreiste, in dieser Frage angesichts der Haltung Hitlers aber ebenso fruchtlos bleiben mußte wie Pirows Bemühungen insgesamt¹⁷³.

14. Die Schacht-Rublee-Verhandlungen

Die deutschen Maßnahmen in der Judenfrage wurden inzwischen durch das Bemühen um eine Gesamtregelung der Auswanderungsfrage ergänzt. Angeregt durch die Äußerungen Görings in der Sitzung vom 12. November, trat der österreichische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen, Fischböck, an das Auswärtige Amt heran. Aufgrund eines von Göring erteilten Auftrages hatte er bereits mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsfinanzminister und Staatssekretär Stuckart vom Reichsministerium des Innern gesprochen und die „Frage erörtert [. . .], ob nicht von dem Angebot des Direktors Rublee von dem Londoner Comité Gebrauch gemacht werden solle. Er glaube, daß man mit Rublee vielleicht doch zu praktischen Ergebnissen kommen könne.“ Fischböck wollte selbst mit diesen Verhandlungen beauftragt werden, „da er auf Grund seiner Wiener Erfahrungen gewissermaßen Spezialist hierfür sei“¹⁷⁴.

¹⁷² Ebenda. Bereits in einem Gespräch mit Halifax und MacDonald am 18. November hatte Pirow die Ansicht geäußert, man könne in Tanganyika bis zu einer Million Flüchtlinge ansiedeln; ebenda.

¹⁷³ Im Bericht des polnischen Botschafters Edward Raczyński über Pirows Besuch in London finden sich allein Hinweise auf die ehemaligen deutschen Besitzungen sowie auf die belgischen und portugiesischen Kolonien in Afrika, Madagaskar wird nicht erwähnt; AAN Amb. Berlin 424, Edward Raczyński, Raport Polityczny No. 23/1, 16. 11. 1938. Auch in einem Bericht der Pariser Botschaft zu Pirows Gesprächen ist unter Bezug auf Presseberichte nur von Togo und Kamerun die Rede; ebenda, Raport Polityczny Nr. XL/2, 15. 12. 1938. Vgl. zur polnischen Reaktion auf die Pirow-Reise auch Mieczysław Lepecki, *Czy Afryka mozna kolonizowac?* (Na marginesie wynurzen min. Pirowa), in: *Gazeta Polska*, 12. 12. 1938, S. 1.

Auch in den französischen Akten wird die Diskussion um die deutschen Forderungen nach Wiederherstellung ihres Kolonialreiches und die Vorschläge Pirows in dieser Richtung nur im Hinblick auf Gebiete des afrikanischen Kontinents behandelt. Madagaskar bzw. ein Vorschlag Pirows zur Judenfrage in dieser Richtung werden nicht erwähnt; AD Allemagne 803, 23. 11. 1938, Wiedergabe eines Telegramms der Botschaft London vom 18. 11. 1938 über ein Gespräch mit Sir Alexander Cadogan über Pirow; 30. 11. 1938, Bericht der französischen Botschaft in Rom über die Gespräche Pirows in Rom. Vgl. AD Cabinet Georges Bonnet 1, S. 247–265, sowie AD Reconstitution Fouques-Duparc 9, *Les revendications Coloniales Allemandes et le Voyage de M. Pirow* (octobre–novembre 1938), 24. 1. 1941. Hier wird vermerkt, man wisse nichts über den Inhalt der Gespräche Pirows mit Hitler (S. 10).

¹⁷⁴ ADAP, D, V, Dok. 650, S. 762 f., Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 14. 11. 1938. Ein von Fischböck skizzierter Plan sah konkret vor, die Auswanderung von 200 000 Juden mittels einer über 30 Jahre laufenden Schuldbuchverschreibung der Juden mit der Exportförderung zu verbinden.

Woermann, der selbst an der Sitzung vom 12. November teilgenommen und notiert hatte, die jüdische Auswanderung solle „auf jede Weise gefördert werden“¹⁷⁵, schlug von Ribbentrop vor, „der Anregung des Ministers Fischböck zu entsprechen, wenn vorher festgestellt wird, daß die beteiligten Ressorts, einschließlich des Geheimen Staatspolizeiamtes, damit einverstanden“ seien¹⁷⁶. Von Ribbentrop genehmigte eine Zusammenkunft, die jedoch „in privater Form“ und weder in Berlin noch London stattfinden durfte¹⁷⁷. Als Woermann dies Fischböck mitteilte, betonte jener, daß Göring einen „besonderen Auftrag für die Judenfrage“ habe, unter den auch diese Aktion falle¹⁷⁸. Über den in London lebenden deutschen Journalisten Abshagen, der mit Rublees Stellvertreter Pell bekannt war, sollte eine Zusammenkunft eingefädelt werden¹⁷⁹. Abshagen traf sich zunächst in Wien mit Fischböck und kehrte am 26. November nach London zurück. Er sollte Pell mitteilen, daß „sein Bekannter Fischböck als Privatmann bestimmte Ideen habe und daß er am 7. Dezember sich in Brüssel aufhalte und dann Herrn Pell zur Verfügung stehe“¹⁸⁰. Woermann, der vom amerikanischen Geschäftsträger, Prentiss B. Gilbert, noch einmal nachdrücklich auf die Angelegenheit angesprochen wurde, betonte, daß „unter allen Umständen verhindert werden müsse, daß über diese private erste Fühlungnahme irgendetwas in der Presse verlautete“¹⁸¹.

Abshagen, Pell und dessen Assistent Joseph P. Cotton trafen sich am Morgen des 5. Dezember, und bei dieser Gelegenheit berichtete Pell über die Äußerungen, die Göring gegenüber Ogilvie-Forbes gemacht hatte. Abshagen informierte hierüber Botschafter von Dirksen, und dieser berichtete Woermann, daß Göring verlangt habe, die „Lösung müsse auf rein geschäftlicher Grundlage unter Vermeidung aller diplomatischen oder politischen Intriguen [sic!] gefunden werden. Devisen könnten nicht zur Verfügung gestellt werden; soweit Devisen für den Plan gebraucht würden, müßten sie durch eine Erhöhung des deutschen Exports hereingebracht werden. Für die vorläufige Finanzierung der Abwanderung müßten vorschußweise Devisen aus dem Ausland zur Verfügung gestellt werden.“¹⁸² Von den durch Göring genannten möglichen Zielgebieten Madagaskar und Australien war nicht die Rede. Pell hatte Abshagen außerdem davon berichtet, daß bei dem Treffen des Zwischenstaatlichen Komitees am 3. Dezember der französische Vize-Chairman Henri Bérenger überraschend mitgeteilt habe, daß bei

¹⁷⁵ ADAP, D, V, Dok. 649, S.762, Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 12.11. 1938. Zu Heydrichs unverzüglicher Reaktion auf Görings Weisung vgl. Anm. 149.

¹⁷⁶ ADAP, D, V, Dok. 650, S.763.

¹⁷⁷ Vermerk Woermanns vom 16.11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.198.

¹⁷⁸ Aufzeichnung Hinrichs' vom 21.11. 1938 mit handschriftlicher Ergänzung Woermanns vom 23.11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.199f.; eine Unterrichtung der Gestapo war „vergessen worden“, wurde aber durch Fischböck vom Auswärtigen Amt aus nachgeholt.

¹⁷⁹ Schreiben Woermanns an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen, 21.11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.200f.

¹⁸⁰ ADAP, D, V, Dok. 651, S.763f., Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 28.11. 1938.

¹⁸¹ ADAP, D, V, Dok. 651, S.764.

¹⁸² ADAP, D, V, Dok. 653, Botschafter von Dirksen an Unterstaatssekretär Woermann, 5.12. 1938, S.767.

dem Besuch Chamberlains in Paris¹⁸³ der britische Premierminister die „weitere Behandlung dieses schwierigen Problems“ dem französischen Außenminister Bonnet „zu treuen Händen überlassen“ habe, „mit dem Hinweis darauf, daß demnächst ja Herr von Ribbentrop nach Paris komme und daß Frankreich zurzeit mit Deutschland in sehr viel besseren Beziehungen lebe als England“¹⁸⁴. Rublee hatte dem Ausschuß aus Sorge, daß die Franzosen die angebahnten Verhandlungen durch Ungeschick gefährden könnten, nichts über seine bisher geknüpften Kontakte mitgeteilt¹⁸⁵.

Bérenger hatte, wie der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, am 3. Dezember 1938 über die Sitzung des IGC nach Washington berichtete, zur Ansiedlungsfrage geäußert „that France had examined the situation in their colonies to determine if a contribution might be made toward the settlement of refugees, and it had been decided that if all the other participating Governments in the Evian Committee would make a specific contribution, France would consider the settlement in Madagascar and New Caledonia of 10,000 persons *but not of German origin*“¹⁸⁶. Bérenger habe außerdem mitgeteilt, „that it had been agreed in the meeting between Daladier and Chamberlain that when Ribbentrop came to Paris next Monday Bonnet should take up with him and discuss the details of a plan whereby involuntary emigrants from Germany might take with them approximately 20 % of their property“¹⁸⁷. Bérenger meinte in der Sitzung wörtlich, die französische Regierung „thought that the settlement of large numbers of refugees in the colonies would be dangerous, particularly in former German colonies now under mandate. The refugees would, after all, remain Germans. The Government’s plan envisaged the sending of non-German refugees to the colonies, and the acceptance of German refugees in France in their place. Not more than 10,000 would be accepted in the whole Empire, and not more than 2,000 in each colony. The offer was essentially conditional on other Governments doing the same. [. . .] *M. Bérenger* said that French Guiana was not suitable and that there was in any case the prejudice against the colony containing the penal settlements. The French Government were thinking rather of New Caledonia and Madagascar [. . .] He repeated his warning that the French Government’s offer in regard to the colonies was strictly limited and conditional on the action of other Governments.“¹⁸⁸ Zusammengefaßt heißt das, daß Frankreich allenfalls 2000 nicht aus Deutschland kommende Flüchtlinge in Madagaskar unterbringen wollte, wenn die anderen Staaten sich zu ähnlichen Maßnahmen bereit erklärten.

Der Inhalt dieser Besprechungen und die von Frankreich daran geknüpften Bedingungen wurden unter anderem im „Figaro“ am 3. Dezember ausführlich gemeldet – allerdings ohne die Nennung Madagaskars¹⁸⁹.

¹⁸³ Chamberlain hatte Daladier am 23. November 1938 zu Gesprächen über die Flüchtlingsfrage aufgesucht.

¹⁸⁴ ADAP, D, V, Dok. 653, S. 766.

¹⁸⁵ Ebenda.

¹⁸⁶ FRUS 1938, Vol. I, S. 851; Hervorhebung des Autors.

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ FO 371/22539, W 16140/104/98, Intergovernmental Committee, London, Protokoll der Sitzung vom 2. 12. 1938.

¹⁸⁹ Le Figaro, 3. 12. 1938, S. 3: Gérard Boutelleau: La France recevra 10 000 réfugiés juifs si les autres puissances font de même.

Als der deutsche Außenminister anlässlich der Unterzeichnung der deutsch-französischen Nichtangriffserklärung am 6. Dezember 1938 nach Paris reiste und mit seinem französischen Amtskollegen zusammentraf, kamen die beiden Minister am zweiten Tag des Besuchs auch auf die Judenfrage zu sprechen. Von Ribbentrop erklärte Bonnet, er könne offiziell nicht über dieses Thema reden, worauf ihm der französische Außenminister „privatim“ mitteilte, daß man in Frankreich sehr „an einer Lösung des Judenproblems“ interessiert sei. Zwei Gründe seien, so von Ribbentrop, für das Interesse Frankreichs ausschlaggebend. Zum einen „wolle man keine Juden aus Deutschland mehr aufnehmen“, zum zweiten „müßte man in Frankreich zehntausend Juden irgendwohin loswerden. Man denke hierbei tatsächlich an Madagaskar.“¹⁹⁰

Bonnet hat diese Version später energisch zurückgewiesen. Er habe „damals zu keiner Zeit davon gesprochen, die deutschen Juden nach Madagaskar zu schicken, denn die Regierung und ich selbst waren entschieden dagegen, und wir haben das einige Zeit vorher auch der britischen Regierung erklärt“. Dieses Dementi argumentiert allerdings an der Sache vorbei, da von Ribbentrop nicht davon sprach, *deutsche Juden nach Madagaskar* zu schicken – die Franzosen wollten allerdings in Frankreich selbst keine mehr aufnehmen –, sondern davon, daß man *in Frankreich* zehntausend Juden irgendwohin loswerden wolle¹⁹¹. Bonnets Version – keine *deutschen Juden* nach Ma-

¹⁹⁰ ADAP, D, IV, Dok. 372, S. 420, Aufzeichnung Ribbentrops vom 9. 12. 1938. Die Akte wurde ausweislich des handschriftlichen Eintrags durch Ribbentrop („Führer“) Hitler persönlich zu-geleitet.

¹⁹¹ Hervorhebung des Verfassers. Bonnet bestritt Ribbentrops Version in einer längeren Auseinandersetzung mit Roger Errera in der Zeitschrift „Esprit“ (Paris, Februar 1970, S. 446), wo sich auch das genannte Zitat findet. Bonnet war in einer Buchbesprechung „Über die Gleichgültigkeit in Sachen Genozid“ (Esprit, Juni 1969, S. 1095–1100) von Errera mit der Frage angegriffen worden, inwieweit er sich – wegen mangelnder Hilfeleistung bzw. durch die seitens des deutschen Außenministers wiedergegebenen Äußerungen – mitschuldig gemacht habe, angesichts des nach der „Reichskristallnacht“ nochmals verschärften Emigrationsdrucks aus Deutschland. Bonnet schrieb daraufhin, das durch Ribbentrop wiedergegebene Zitat sei falsch, da dieser gezwungen gewesen sei zu lügen, um die bösartigen Leidenschaften Hitlers zu befriedigen (Esprit, Dezember 1969, S. 952 f.). Er, Bonnet, habe versucht, mit Ribbentrop die Judenfrage zu erörtern und ihm die Emotionen zu beschreiben, welche die von Deutschland durchgeführten Verfolgungen der Juden ausgelöst hätten. Ribbentrop habe dies mit der Bemerkung abgetan, daß es sich dabei um eine innenpolitische Angelegenheit handle, über die öffentlich zu sprechen er nicht autorisiert sei. Bei einem erneuten Versuch am nächsten Tag habe er dieselbe Antwort erhalten. Errera (Esprit, Dezember 1969, S. 954–958) stellt dem die Äußerungen Bonnets in seinen Memoiren entgegen, die widersprüchliche Versionen überliefern. In der ersten Fassung (Fin d'une Europe, Bd. 2, De Munich à la Guerre, Genf 1948, S. 45) berichtete Bonnet nur von einer Unterhaltung mit Ribbentrop, wobei sich die Erörterung der Judenfrage darauf beschränkte, daß Ribbentrop zugestimmt habe, die Flüchtlingsfrage auf einer in Holland stattfindenden Konferenz behandeln zu lassen. In der zweiten Version (De Munich à la Guerre. Défense de la Paix, Plon 1967) – inzwischen waren die Akten der Wilhelmstraße mit den Notizen Ribbentrops veröffentlicht – berichtete Bonnet, daß er auch am zweiten Tag des Besuchs mit Ribbentrop über die Judenfrage gesprochen habe. Dies sei inoffiziell geschehen, während er den deutschen Außenminister auf seinen verschiedenen Besuchsstationen begleitet und ihm dabei die in der französischen öffentlichen Meinung aufgekommenen Emotionen geschildert habe. Bonnet hat in diesem Zusammenhang den Inhalt der deutschen Akten nicht dementiert. Erst in Reaktion auf die Angriffe Erreras behauptete er, wie beschrieben, nicht von Madagaskar gesprochen zu haben. Insofern scheint in Ribbentrops Version korrekt zu sein, daß Bonnet sich zu Madagaskar geäußert hat.

Madagaskar – ist also insofern korrekt. Allerdings ist davon auszugehen, daß der französische dem deutschen Außenminister den Stand der Dinge, wie sie vom IGC in der Flüchtlingsfrage einige Tage vorher beraten worden waren, mitgeteilt hat, denn von Ribbentrop geht in seiner Aufzeichnung ausführlich auf die Diskussion um deutsche Kontakte mit diesem Komitee ein. Auf der beschriebenen Sitzung am 2. Dezember war ja sowohl von Madagaskar als auch von 10000 Flüchtlingen die Rede, und von Ribbentrop hat wohl diesen Stand der Dinge in seiner eigentümlichen Art zusammengefaßt¹⁹².

Die von Fischböck und Pell in Brüssel geplante Zusammenkunft fand nicht statt, offiziell, weil Fischböck erkrankt war, wie Woermann dem amerikanischen Geschäftsträger mitteilte¹⁹³. Tatsächlich wurde die Verschiebung der Besprechung (amtlich nur um eine Woche), die aber „unter allen Umständen stattfinden sollte“¹⁹⁴, veranlaßt durch Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der schon seit Mitte November Fischböcks Plan modifiziert sehen wollte¹⁹⁵ und nun noch zu „verbessern“ hoffte¹⁹⁶.

Schacht hatte sich bereits im Sommer 1938 in die Diskussion um die Behandlung der Juden in Deutschland eingeschaltet. Am 8. Juli reagierte er auf einen Entwurf Fricks vom 14. Juni, in dem dieser sich mit der „endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ befaßt hatte. Die Juden waren nach Fricks Meinung durch die für die nahe Zukunft geplanten Maßnahmen in der Wirtschaft „zum weit überwiegenden Teil zur Untätigkeit gezwungen“, und es würde „ihre Verarmung herbeigeführt“. Beides sei „vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt aus unerwünscht“. Insbesondere müsse „das zu erwartende starke Anschwellen des jüdischen Proletariats zu Bedenken Anlaß geben. Wirksame Abhilfe würde vor allem die *Auswanderung der Juden* bieten können.“ Dies könne jedoch „nach dem derzeitigen Stand der Frage nur als erstrebenswertes Ziel aufgestellt werden; denn wenn auch alle *innerdeutschen* Massnahmen getroffen werden, die zur Förderung der *Auswanderung* der Juden notwendig sind, so konnte bisher – abgesehen von Palästina, das ein besonderes Problem darstellt – noch kein Land gefunden werden, das für eine *Masseneinwanderung* der Juden in Frage komme“. Frick wollte deshalb mit dem Auswärtigen Amt in

Nach den Informationen des britischen Botschafters Phipps hatte Bonnet Ribbentrop zu verstehen gegeben „that France could not go on admitting Jews indefinitely. Herr von Ribbentrop replied that Herr Hitler admitted that the question of their eventual destination was an international one, and might be discussed on neutral ground (at Zurich for instance) soon by a German, French, British, American and other representatives.“ Documents on British Foreign Policy 3, Vol. III, S. 397, Phipps to Halifax, 8. 12. 1938; diese Wiedergabe wird im Kern bestätigt durch die ausführliche Aufzeichnung des amerikanischen Geschäftsträgers in Paris, Edwin Wilson, in: FRUS 1938, Vol. I, S. 871–873, 15. 12. 1938.

¹⁹² Hervorhebungen des Verfassers; inzwischen wurde auch in Deutschland über die Madagaskar-Beratungen des Evian-Komitees berichtet; konkrete Zahlen wurden allerdings nicht genannt; Jüdisches Nachrichtenblatt, 9. 12. 1938, S. 1: Die jüdische Wanderung.

¹⁹³ Notiz Woermanns vom 6./7. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 207.

¹⁹⁴ Schreiben Woermanns an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen, 7. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 208.

¹⁹⁵ Schreiben Woermanns an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen, 21. 11. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 201.

¹⁹⁶ Schreiben Woermanns vom 7. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 207.

Verbindung treten, glaubte aber nicht, „daß mit einer Lösung für die nächste Zeit zu rechnen sein wird“¹⁹⁷.

Schacht hatte hierauf mit einem achtseitigen Schreiben geantwortet, das neben Frick auch an die anderen führenden Vertreter des Regimes gerichtet war und in dem er Bedenken zu den geplanten Maßnahmen zur „Ausscheidung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ anmeldete. Es sei „unerlässlich, einen bestimmten Zeitraum, sagen wir fünf bis zehn Jahre, festzulegen und den Juden aufzugeben, bis dahin ihre Unternehmungen zu veräußern. Sie müssen in die Lage versetzt werden, sich selbst ihre Käufer zu suchen, um eine objektiv anständige, befriedigende Verwertung zu finden“, da sonst schwere Schäden für „die deutsche Volksgemeinschaft vom Auslande und vom Inlande her“ drohten. Er hoffte, daß bei einer solchen Regelung sich auch die Möglichkeit ergeben werde, „mit fremden Staaten oder jüdischen Auslandsorganisationen wegen der Auswanderung der Juden angemessene Vereinbarungen zu treffen“, und führte dazu als Stichworte England-Palästina, Italien-Abessinien und Frankreich-Madagaskar an¹⁹⁸.

Als die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben trotz seiner ablehnenden Haltung durchgeführt wurde, griff Schacht nun in die aktuelle Behandlung der Judenfrage ein. Nachdem er mit Fischböck gesprochen hatte, suchte er auf einer Reise nach Basel, wo bis zum 12. Dezember die Bank für Internationale Zahlungen tagte, Hitler in München auf und ließ sich von diesem die Zustimmung zu einer Reise nach London zu Besprechungen über die „finanzielle Seite des Judenproblems“ geben¹⁹⁹. Schacht reiste als Privatmann auf Einladung des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, und blieb vom 14. bis 17. Dezember in London, wo er am zweiten Tag seines Aufenthalts mit George Rublee zusammentraf. Nach den ersten Informationen sollten „innerhalb einiger Jahre 150 000 Juden aus Deutschland abtransportiert und im Ausland angesiedelt werden“²⁰⁰. Botschafter von Dirksen meldete am 19. Dezember, daß Rublee und Pell den Schachtplan günstig beurteilten, die Engländer dagegen sehr skeptisch seien, ebenso, in deren Fahrwasser, die Franzosen. Das Washingtoner State Department habe den Plan günstig beurteilt und entsprechend an Roosevelt berichtet²⁰¹.

Schacht lud nach seiner Rückversicherung bei Hitler Rublee nach Berlin ein, wo am 11. Januar auf Basis der Vorschläge vom Dezember weiterverhandelt wurde. In insgesamt drei Treffen klärte man die gegenseitigen Positionen ab²⁰².

¹⁹⁷ BAK R 18/5519, 161, 14. 6. 1938; Hervorhebungen im Original. Das Schreiben ging an Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan, den Reichswirtschaftsminister, den Stellvertreter des Führers und den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei.

¹⁹⁸ PAAA Inland IIg 169. Das Schreiben ging an Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan, den Reichswirtschaftsminister, den Stellvertreter des Führers, den Außenminister, den Finanzminister, den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI und Chef der Sicherheitspolizei.

¹⁹⁹ ADAP, D, V, Dok. 654, S. 767 f., Aufzeichnungen Wiehls und Schumburgs, 12. 12. 1938.

²⁰⁰ Vgl. PAAA Inland II A/B 45/1, Telegramm Dirksens an das Auswärtige Amt, 16. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 214 f.

²⁰¹ Telegramm Dirksens an das Auswärtige Amt, 19. 12. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 216 f.

²⁰² Vgl. Weingarten, Die Hilfestellung der westlichen Welt, S. 128 f.

Schachts Plan, wie er ihn am 16. Januar 1939 dem Auswärtigen Amt übermittelte, sah vor, zunächst alle diejenigen Juden auswandern zu lassen, die im Ausland noch Erwerbsmöglichkeiten hätten. Es handelte sich hierbei nach Schachts Ansicht um die Gruppe der 15- bis 45-jährigen, die er auf 150 000 Personen bezifferte, plus einen Anhang von Frauen und Kindern mit insgesamt weiteren 250 000 Menschen. Diese 400 000 Juden sollten innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre aus Deutschland herausgebracht werden. Das Gesamtvermögen der deutschen Juden war zusammenzufassen und mit einem Viertel davon ein Treuhandfonds zu speisen, dessen Vermögenswerte nach und nach in bare Kasse verwandelt werden sollten. Ein Transfer sollte stattfinden, wenn es die deutsche Devisensituation zuließe oder wenn sich zusätzliche Exporte erzielen ließen. Die verbleibenden 75 Prozent des jüdischen Vermögens fielen laut Plan an das Deutsche Reich und sollten zum Unterhalt bis zur Auswanderung und für die in Deutschland bleibenden Juden verwandt werden. Rublee wollte den Regierungen des Evian-Komitees im Gegenzug vorschlagen, das Vorzeigegeld für die 150 000 zuerst auswandernden Juden mit Erwerbsmöglichkeit aufzubringen. Die jüdischen Gemeinden sollten „an den wichtigsten Plätzen in Deutschland“ Auswanderungsbüros unter der Kontrolle eines Reichskommissars eröffnen, bei denen auch ausländische Experten als Berater vorgesehen waren, die über die möglichen Zielgebiete Auskunft erteilen konnten. Den in Konzentrationslagern befindlichen Juden war laut Plan bei der Auswanderung ein Vorrang zu gewähren, und denjenigen Juden, die für eine Auswanderung nicht in Frage kamen, sollten „befriedigende Lebensbedingungen zugesichert werden“²⁰³.

15. Die Haltung des Auswärtigen Amtes

Außenminister von Ribbentrop waren die Verhandlungen Schachts von Beginn an ein Dorn im Auge. Nach seiner Rückkehr aus London lancierte Schacht einen Artikel über den Zweck der Reise in die Presse. Von Ribbentrop ließ Schacht daraufhin durch von Weizsäcker „zur Rede stellen“²⁰⁴. Von Ribbentrop sah sein außenpolitisches Terrain durch Schacht unbotmäßig betreten und ließ fragen, „ob etwa ein Auftrag des Führers vorgelegen habe, die Materie ohne Fühlungnahme mit dem Herrn Reichsaußenminister zu erörtern“, da Schacht dann auch die weiteren Verhandlungen zu führen haben würde. In dem Artikel „werde die bisherige Linie des Reichsaußenministers desavouiert“. Schacht konterte mit der Bemerkung, daß es sich um einen „Auftrag des Führers“ handle. Bevor er diesem nicht berichtet habe, wolle er sich in der Sache nicht weiter äußern. Außerdem sei ihm auch von Göring gesagt worden, er möge diese Besprechungen führen. „Göring und Schacht hätten die Materie eingehend miteinander erörtert“, und Göring wünsche, „die Sache aus dem Gebiete der Politik in das rein wirtschaftliche hinüberzuspielen, und habe dazu nach seiner Äußerung auch vom Führer einen ausdrücklichen Auftrag“²⁰⁵.

²⁰³ ADAP, D, V, Dok. 661, S. 775–779, Aufzeichnung Schachts vom 16. 1. 1939.

²⁰⁴ ADAP, D, V, Dok. 655, S. 768 f., Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 20. 12. 1938.

²⁰⁵ Ebenda.

Nachdem Botschafter von Dirksen aus London mitgeteilt hatte, daß der Schachtplan als Verhandlungsgrundlage durch die Finanzsachverständigen Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Niederlande unter Vorsitz Rublees am 20. Dezember angenommen worden sei²⁰⁶, ließ von Ribbentrop durch den Leiter des Referats Deutschland, Hinrichs, anweisen, daß für den Fall von Anfragen durch das Rublee-Komitee „mit Ablehnung jeder Diskussion wegen Mangel an Instruktionen zu antworten“ sei. Von Ribbentrop verlangte „in jeder Beziehung völlige Zurückhaltung gegenüber [dem] Rublee-Komitee“²⁰⁷. Er wollte diesen Einbruch Schachts in sein ureigenstes Tätigkeitsfeld, noch dazu mit einer Politik, die seiner harten Linie in der Judenfrage widersprach, zurückschlagen. Nachdem Schacht nach einem Vortrag bei Hitler den Auftrag zur Fortsetzung der Besprechungen erhalten hatte²⁰⁸, gab auch von Ribbentrop in einem Gespräch mit dem Reichsbankpräsidenten sein Einverständnis, „daß dieser den Versuch macht, in einer stillen Organisation den Abtransport deutscher Juden ins Ausland vorzunehmen“, verlangte jedoch, einen Teilnehmer des Auswärtigen Amtes in ein geplantes Konsortium zur Koordinierung abzuordnen²⁰⁹. Hierfür wurde der Gesandte Eisenlohr ausgewählt, den von Ribbentrop mit der Durchsetzung seiner Boykottlinie beauftragte, wonach eine Paraphierung von Vereinbarungen mit Rublee nicht in Betracht komme und „jede Zusage für die künftige Behandlung der Juden im Inlande“ unterbleiben müsse²¹⁰.

Am 20. Januar wurde Schacht als Reichsbankpräsident von Hitler entlassen, womit auch, wie er Rublee gegenüber einsilbig mitteilen ließ, seine Vermittlerrolle beendet war²¹¹. Rublee, der unter Zeitdruck stand, da er am 23. Januar in Paris dem Rat des Komitees Bericht erstatten wollte, suchte nach einem Weg, das bisher Erreichte zu retten. Es gelang ihm schließlich über das amerikanische Generalkonsulat in Berlin, einen Termin mit Göring zu vereinbaren. Man traf sich am Nachmittag des 21. Januar im Kriegsministerium, wo sich Hitlers „zweiter Mann“ auf der Höhe der Diskussion um die Verhandlungen zeigte. Göring beauftragte seinen Vertrauten Ministerialdirektor Helmut Wohlthat mit der Fortsetzung der Schacht-Verhandlungen²¹².

Von Ribbentrop konnte die Entlassung Schachts zumindest als Teilerfolg verbuchen und sah sich in den Chancen bestärkt, die Behandlung der Judenfrage in seinem Sinne und dem des ihm in dieser Frage zuarbeitenden Sonderreferats Deutschland zu beeinflussen. Referatsleiter Hinrichs²¹³ faßte Anfang Januar 1939 die skeptisch-ablehnende

²⁰⁶ ADAP, D, V, Dok. 657, S. 774, Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt, 21. 12. 1938.

²⁰⁷ ADAP, D, V, Dok. 658, S. 774, Der Leiter des Sonderreferats Deutschland an die Botschaft London, 23. 12. 1938.

²⁰⁸ ADAP, D, V, Dok. 659, S. 774, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 4. 1. 1939.

²⁰⁹ ADAP, D, V, Dok. 660, S. 775, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 13. 1. 1939.

²¹⁰ ADAP, D, V, Dok. 662, S. 779, Aufzeichnung des Staatssekretärs, 18. 1. 1939.

²¹¹ Notiz Woermanns vom 20. 1. 1938, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 228; ADAP, D, V, Dok. 663, S. 780, Aufzeichnung des Gesandten Schmidt (Büro RAM), 21. 1. 1939.

²¹² PRO FO 371/24074, W 1316/45/48, Bericht über die Sitzung des IGC am 23. Januar im französischen Außenministerium, 25. 1. 1939; vgl. Weingarten, Die Hilfestellung der westlichen Welt, S. 129f.

²¹³ Im Oktober 1938 war der bisherige Leiter des Referats, Vicco von Bülow-Schwante, nach einer Auseinandersetzung mit Ribbentrop als Botschafter nach Brüssel gegangen und durch Walther Hinrichs ersetzt worden.

Haltung des Deutschland-Referates zu den Schacht-Ruble-Verhandlungen zusammen. Es sei „gefährlich, das jüdische Interesse an einem möglichst weitgehenden Vermögens-transfer mit dem Interesse der deutschen Exportindustrie an einer verstärkten Ausfuhr zu koppeln“, ein Argument, das auch gegen das Haavara-Abkommen immer wieder vorgebracht worden war. Es bestehe „weder eine rechtliche noch eine moralische Verpflichtung, den Juden die Möglichkeit der Transferierung ihres Vermögens zu geben“, da „nach nationalsozialistischer Auffassung [...] der Jude als Fremdrassiger [...] seinen Besitz durch ein spezifisch jüdisches Geschäftsgebaren dem deutschen Volksvermögen entzogen“ habe. Hinrichs plädierte statt dessen unverhohlen für eine Austreibung der Juden durch den Versuch, „ob die jüdische Auswanderung nicht bereits ohne Vermögensstransfer oder zumindest schon bei einem auf das geringste Maß beschränkten Vermögenstransfer in Gang“ komme²¹⁴.

Die in Hinrichs' Haltung zu den Schacht-Verhandlungen erkennbare Grundlinie der strikt ideologiegeleiteten Führung der Außenpolitik wird noch deutlicher in einem Runderlaß an alle deutschen Missionen und Konsulate, in dem der „Judenexperte“ Schumburg am 25. Januar 1939 die „Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938“ zusammenfaßte²¹⁵. Schumburg hielt fest, das „letzte Ziel der deutschen Judenpolitik“ sei die „Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden“. Er sah aber in den bisherigen Maßnahmen seit 1933 keine befriedigende Bilanz erreicht, da immer noch zu viele Juden im Reich lebten oder gar zurückkämen²¹⁶. Auch die Konferenz von Evian habe die entscheidenden Fragen – wie die Auswanderung organisiert und finanziert und wohin sie gelenkt werden solle – offen gelassen²¹⁷. Die Judenfrage werde sich aufgrund des auch in anderen Staaten wie Polen und Rumänien zunehmenden Auswanderungsdrucks zu einem „Problem der internationalen Politik ausweiten“, und auch für Deutschland werde die „Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat“. Es sei bereits jetzt „für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken“. Deutschland müsse selbst die Initiative ergreifen und „Mittel, Wege und Ziele“ für die Abwanderung finden – ohne daß hierbei mit Polen, Ungarn oder Rumänien eine Zusammenarbeit erstrebenswert sei²¹⁸. Palästina kam nach der von Schumburg seit Jahren vertretenen Ansicht nicht nur wegen seiner begrenzten Aufnahmefähigkeit nicht in Frage, sondern vor allem wegen der Gefahr, dem „Weltjudentum“ dadurch eine „Aktionsbasis“ zu schaffen, wie sie der Vatikan für die Katholiken darstelle. Das „Judentum in der Welt“ sei stets der „unversöhnliche Gegner des dritten Reiches“. Schumburgs Vorstellungen decken sich hier mit denen Rosenbergs, dessen Rede in Detmold vom 15. Januar 1939 er zustimmend zitiert, und wonach den Juden „ein Gebiet außerhalb Palästinas“ zugewiesen werden solle, „*allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern um ein jüdisches Reservat einzurichten*“²¹⁹. Diese

²¹⁴ Aufzeichnung des Legationsrates Hinrichs für Weizsäcker, 7.1. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 224–225.

²¹⁵ ADAP, D, V, Dok. 664, S. 780–785, Emil Schumburg: Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938, 25.1. 1939.

²¹⁶ Ebenda, S. 781.

²¹⁷ Ebenda, S. 782.

²¹⁸ Ebenda, S. 783.

²¹⁹ Ebenda, S. 784f., Hervorhebung im Original.

Rosenbergsche Forderung im Sinne der Idee eines abgeschlossenen und kontrollierten Territoriums, wie sie auch der Gedanke des „Voll-Zionismus“ propagierte, ist für Schumburg „das Programm der außenpolitischen Haltung Deutschlands in der Judenfrage“²²⁰. Allerdings bestehe „deutscherseits ein größeres Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrecht zu erhalten“, um auf diese Weise in allen Teilen der Welt den Widerstand der einheimischen Bevölkerung wachzurütteln und damit die deutsche Judenpolitik propagandistisch zu stützen. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens solle „eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein“, die „von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet“²²¹.

Schumburg entwirft hier also ein aus seinen ideologischen Prämissen abgeleitetes zweistufiges und in sich kohärentes „Programm“ der deutschen Außenpolitik in der Judenfrage. Zuerst wird – kurzfristig – durch die von Deutschland so weit als möglich gelenkte Zerstreuung der Juden in der Welt der Antisemitismus in den Einwanderungsländern hervorgerufen bzw. gefördert. Dieser Antisemitismus führt schließlich dazu, daß alle Völker sich im eigenen Interesse um eine internationale Lösung der Judenfrage bemühen. Diese langfristige und ins Globale ausgreifende Lösung ist die Unterbringung der Juden in einem Reservat – im Kern nichts anderes als die Idee des „Voll-Zionismus“.

Deutschland-Referatsleiter Hinrichs hatte in einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu Roosevelts Vorschlag einer Judenansiedlung in Abessinien bereits am Tag zuvor erklärt, daß die „Gründung eines Judenstaates, gleichgültig welcher Größe und welcher Lage, eine Gefährdung der deutschen Interessen“ bedeute, weshalb man keine Bedenken habe, den Juden ein Gebiet außerhalb Palästinas zuzuweisen, „allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern ein jüdisches Reservat einzurichten“²²².

16. Der Blick auf den Krieg – die Jahreswende 1938/39

Die ausländischen Reaktionen auf das Novemberpogrom, das den „Scheitelpunkt des Wegs zur ‚Endlösung‘“²²³ darstellte, und die Verhandlungen Schachts gingen einher mit einem gewissen kurzfristigen Innehalten und Reflexionen über die zukünftige Gangart in der Judenpolitik. Am 4. Dezember hatte Innenminister Frick „auf ausdrücklichen höchsten Befehl [. . .] bis auf weiteres alle Maßnahmen in der Judenfrage“ untersagt, „soweit sie nicht auf ausdrücklichen Weisungen der Reichsregierung beruhen“²²⁴. Zehn Tage später wies Göring alle Obersten Reichsbehörden an, „alle Verordnungen und sonstigen wichtigen Anordnungen, durch die die Judenfrage berührt wird, mir vor ihrem Erlaß zuzuleiten und mein Einverständnis einzuholen. Alle zu Ihrem

²²⁰ Ebenda, Hervorhebung des Autors.

²²¹ Ebenda.

²²² PAAA Inland II A/B 45/1, Schreiben Hinrichs' an Görings Behörde für den Vierjahresplan, die Reichsministerien des Innern, der Wirtschaft, für Volksaufklärung und Propaganda, die Gestapo und das Außenpolitische Amt, 24. 1. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 160–161.

²²³ Benz, Die Juden im Dritten Reich, S. 280.

²²⁴ BAK R 18/5519, 247, 4. 12. 1938.

Dienstbereich gehörenden Dienststellen und Behörden bitte ich dahin zu unterrichten, daß jegliche selbständige Aktion in der Judenfrage zu unterbleiben hat.“²²⁵

Für den 16. Dezember 1938 lud Frick die Innenminister und Wirtschaftsminister der Länder, die Regierungspräsidenten und die kommissarischen Regierungsdirektoren in Österreich zu einer Tagung über die Judenfrage ein²²⁶. Zweck der Besprechung sollte es sein, „die verantwortlichen Minister und Behördenchefs des Reichs mit der Richtung der Politik, die auf diesem Gebiet nunmehr eingeschlagen ist“, vertraut zu machen²²⁷. In einem ausführlichen Rückblick auf die bis dato verfolgten Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage, der, mit dem Bemühen zur Verpflichtung auf strikte Gesetzmäßigkeit, im Ton relativ moderat gehalten war, wurde klargestellt, daß die „*tatsächliche Trennung*“ von Deutschen und Juden erst dann als erreicht angesehen werden könne, „wenn der letzte Jude die Reichsgrenze überschritten hat. Dieses Ziel wird angestrebt und kann als Hauptziel aller innenpolitischen Maßnahmen angesehen werden.“²²⁸ Deshalb sollte nun für „*alle Maßnahmen*“ der Grundsatz gelten, wonach die Judenfrage „auf *streng gesetzlicher Grundlage* und [...] *einheitlich* für das ganze Reich gelöst“ werde. Diese deutliche Absage an das bislang vielfach unkoordinierte Vorgehen vor allem seitens der Partei bestärkte gleichzeitig die Notwendigkeit der Konzentration des Verfolgungsapparates, wie sie von Himmler und Heydrich angestrebt wurde. „Die *Zeit der Einzelaktionen* und des gewaltsamen Vorgehens gegen den einzelnen Juden“ müsse als „*endgültig abgeschlossen*“ angesehen werden.“ Neben die „Gesetzmäßigkeit“ solle die „Einheitlichkeit, also die *reichseinheitliche Lösung*“ treten²²⁹. Als das „*innerpolitische Ziel der Judenpolitik*“ wurde weiterhin die „*Auswanderung der Juden*“ definiert, die weiter gefördert werden sollte²³⁰. Bei allen sonstigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Judenfrage müsse „die Erwägung im Vordergrund stehen, ob die Einzelmaßnahme geeignet ist, die Auswanderung der Juden zu fördern oder nicht“²³¹.

Dem staatlicherseits angestrebten Konzentrationsprozeß sollte auch eine Zentralisierung auf jüdischer Seite entsprechen, weshalb angekündigt wurde, die Juden „*in einer einheitlichen Organisation im ganzen Reich*“ zusammenzufassen. „Der einzige Zweck der Organisation und der ihr eingegliederten Einrichtungen soll die Vorbereitung der Auswanderung der Juden sein. Es soll also der Grundsatz nicht aufgegeben werden, daß die Vorbereitung der Auswanderung der Juden in erheblichem Umfang den Juden selbst überlassen wird.“²³² Daneben wurde die Schaffung der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ angekündigt und, im Hinblick auf etwaige Schwierigkeiten, festgelegt, daß die „reichen Juden [...] ggf. ein wichtiges Pfand in der Hand des Führers“ seien, ein Argument, das, ausgedehnt auf die Gesamtzahl der in deutscher Hand befindlichen Juden, später auch für den Madagaskar-Plan zum Tragen kam. Es könne ein Interesse daran bestehen, „die Juden in gewisse Länder zu lenken und sie von der Einwanderung in ge-

²²⁵ BAK R 18/5519, 279/281, 14.12. 1938.

²²⁶ BAK R 18/5519, 265, 267, 10.12. 1938.

²²⁷ BAK R 18/5519, *Notiz* für die Teilnehmer an den Veranstaltungen des Reichsministeriums des Innern am 16. Dezember 1938 in Berlin, 15.12. 1938, 285.

²²⁸ Ebenda, 295.

²²⁹ Ebenda, 297; Hervorhebungen im Original.

²³⁰ Ebenda, 299; Hervorhebungen im Original.

²³¹ Ebenda, 301.

²³² Ebenda; Hervorhebungen im Original.

wisse andere Länder abzuhalten²³³, doch wurde keine eindeutige Position gegen Palästina bezogen. Gleichwohl gab es auch in dieser Zeit schon weitreichendere Vorschläge, die darauf abzielten, „alle Juden in Arbeitskolonnen zusammenzufassen“²³⁴, die jedoch nicht verwirklicht werden könnten und sollten, weil „die Juden ein wertvolles Pfand“²³⁵ sein müßten. Auch die „Bildung von Ghettos“ müsse vermieden werden, da sie eine „Überwachung der Juden in sicherheitspolizeilicher Hinsicht unmöglich machen“²³⁶ würden. Noch galt darüber hinaus die „Entscheidung des Führers, daß keinerlei Kenntlichmachung (Judenstern) vorgenommen werden darf“²³⁷. Im Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes hieß es, daß „die Judenfrage in Deutschland, soweit sie auf dem Gesetzes- und Verordnungsweg zu regeln ist, ihren Abschluß“ gefunden habe²³⁸.

Hitler selbst begann währenddessen, seine eigenen Lösungsvorstellungen schon auf die Möglichkeiten und Dimensionen des Krieges zu projizieren. Er hatte Schachts Initiative mehr duldend als billigend sein Placet gegeben, denn allein schon der ins Auge gefaßte Zeitraum von drei bis fünf Jahren hätte sich kaum mit seinen eigenen Zukunftsplänen in Übereinstimmung bringen lassen. Seine tatsächliche Haltung wird aus einer Äußerung gegenüber dem tschechoslowakischen Außenminister Frantisek Chvalkovsky einen Tag nach Schachts Entlassung deutlich, als der „Führer“ unverblümt erklärte, die „Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden.“²³⁹ Und anlässlich des sechsten Jahrestages seiner Ernennung zum Reichskanzler sprach er vor dem Reichstag jene später immer wieder rechtfertigend zitierten und dabei von ihm fälschlicher-, aber bezeichnenderweise auf den Tag des Kriegsbeginns datierten Drohungen aus, die Kriegs- und Judenvernichtungsperspektive miteinander verbanden: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“²⁴⁰ Indes, noch war diese Koinzidenz von Eroberungs- und Rassenpo-

²³³ Ebenda, 303.

²³⁴ Ebenda, 315; Hervorhebung im Original. Einen solchen Vorschlag hatte Staatsrat Rudolf Schmeer aus dem Reichswirtschaftsministerium auf einer Besprechung bei Göring im Reichsluftfahrtministerium am 14. 10. 1938 gemacht, um durch dieses Pressionsmittel die Auswanderungsbereitschaft der Juden zu „fördern“, NG-Dok. PS 1449; vgl. Wolfgang Benz, Der November-Pogrom 1938, in: Die Juden in Deutschland 1933–1945: Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München ²1989, S. 543.

²³⁵ BAK R 18/5519, *Notiz* für die Teilnehmer an den Veranstaltungen des Reichsministeriums des Innern, 15. 12. 1938, 315; Hervorhebung im Original.

²³⁶ Ebenda, 319.

²³⁷ Ebenda, 327. Heydrich hatte in der Besprechung bei Göring am 12. November eine besondere Kennzeichnung der Juden vorgeschlagen, sich aber aus sicherheitspolizeilichen Gründen gegen die Konzentrierung der Juden in Ghettos ausgesprochen, wie sie Göring vorschwebte, IMG Bd. XXVIII, S. 534–536; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 210.

²³⁸ Boberach, Meldungen aus dem Reich 1938–1945, S. 20f.

²³⁹ ADAP, D, IV, Nr. 158, Empfang des tschechoslowakischen Außenministers František Chvalkovsky, 21. 1. 1939, S. 170.

²⁴⁰ Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, S. 1058. Zur Umdatierung dieser Rede durch Hitler auf den 1. September 1939 vgl. die Reden vom 30. 1. 1941, Domarus, S. 1663 und vom 30. 1. 1942, Domarus, S. 1829; vgl. auch Fest, Hitlers Krieg, S. 368.

litik, wie sie sich in dem von ihm zielstrebig herbeigeführten Krieg um den Lebensraum im Osten und gegen die Juden entwickelte, nicht eingetreten. Noch galt das Hauptaugenmerk der machtpolitischen Ausdehnung mit Vor-Kriegsmitteln mittels diplomatisch-militärischer Machtprojektion, der als Korrelat in der Judenpolitik die Austreibung, zunächst noch nicht die umfassende Vernichtung entsprach. Der noch im Herbst 1938 unterschwellig im Raum schwebende Gedanke an Madagaskar war dabei wieder von der Bildfläche verschwunden, wie Reichspressechef Dietrich in einer „Tagesparole“ am 28. Februar 1939 in Reaktion auf eine Pressemeldung in dieser Richtung deutlich machte. Ein „Berliner Mittagsblatt“ hatte die Schlagzeile „Gebt den Juden Madagaskar“ mit der Unterüberschrift „Unser Standpunkt“ versehen, worauf Dietrich klarstellte, die Nationalsozialisten „hätten aber nur den Standpunkt, daß die Juden Deutschland verlassen. Wohin sie gehen, sei [. . .] verhältnismäßig gleichgültig.“²⁴¹

17. Theoretische und tatsächliche „Lösungswege“

Mit seiner Ernennung zum Leiter der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ am 24. Januar 1939 durch Göring wurde Heydrich zum eigentlichen Dreh- und Angelpunkt der Ideologiumsetzung unter den Vorzeichen Vorbereitung, Lenkung und Beschleunigung der Austreibung der Juden aus Deutschland²⁴². Am Tag von Hitlers Reichstagsrede teilte der Chef der Sicherheitspolizei seine Bestallung Außenminister von Ribbentrop mit und bat um die Entsendung eines Vertreters des Auswärtigen Amtes in den zu gründenden Ausschuß der „Reichszentrale“²⁴³. Am 10. Februar wurde der „Judenexperte“ Schumburg für diese Aufgabe bestimmt²⁴⁴.

Am 11. Februar teilte Heydrich dann allen Obersten Reichsbehörden, den Landesregierungen, Reichskommissaren und den Präsidenten verschiedener Verwaltungs- und Polizeibehörden seine Beauftragung mit und forderte sie auf, ihn „an allen Angelegenheiten, die die Auswanderung der Juden aus Deutschland berühren, zu beteiligen“²⁴⁵. Am gleichen Tag fand unter Heydrichs Leitung im Geheimen Staatspolizeiamt die erste Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale“, dem auch Eisenlohr und Wohlthat angehörten, statt²⁴⁶.

Der Ausschuß sollte die reibungslose Zusammenarbeit aller an der jüdischen Auswanderung beteiligten Stellen gewährleisten. Heydrich machte sofort seine Schlüssel-funktion deutlich, indem er betonte, daß Einzelfragen in direktem Kontakt der

²⁴¹ Zitiert nach Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, S. 145, Anm. 57.

²⁴² PAAA Inland IIg 177, 24. 1. 1939; das Bestallungsschreiben Görings war an Innenminister Frick gerichtet, in dessen Ministerium die Zentrale rein formell eingerichtet wurde; abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 290f.

²⁴³ PAAA Inland IIg 177, Schreiben Heydrichs an Ribbentrop, 30. 1. 1939.

²⁴⁴ PAAA Inland IIg 177, Brief des Auswärtigen Amtes vom 10. 2. 1939.

²⁴⁵ Schreiben Heydrichs vom 11. 2. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 294f.

²⁴⁶ ADAP, D, V, Dok. 665, S. 786–788, Der Chef der Sicherheitspolizei an das Auswärtige Amt, 14. 2. 1939, mit der Anlage der Niederschrift über die erste Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ am 11. Februar 1939 im Geheimen Staatspolizeiamt.

„Reichszentrale“ mit den einzelnen Behörden geklärt und der Gesamtausschuß nur „bei grundsätzlichen allgemein interessierenden Angelegenheiten und in gewissen Zeitabständen zur Unterrichtung über die jeweilige Gesamtlage“ zusammentreten solle. Er stand dem Rublee-Plan skeptisch-abweisend gegenüber und meinte, dieser solle zwar eine „Grundlage für eine organisierte jüdische Massenauswanderung bilden“, da die Durchführung aber nicht gesichert erschien, solle „ohne Rücksicht auf diesen Plan die Auswanderung mit allen sonst zur Verfügung stehenden Mitteln“ gefördert werden²⁴⁷.

Nach dem Wiener Vorbild war vorgesehen, die Juden selbst über die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ durch Kontakte mit internationalen jüdischen Organisationen Devisen und Einwanderungsmöglichkeiten beschaffen zu lassen und dabei vor allem die minderbemittelten Juden in der Auswanderung zu fördern. Der inoffiziellen Förderung der illegalen Auswanderung nach Palästina, wie sie Heydrich daneben zur Ausnutzung aller Möglichkeiten propagierte, widersprachen die beteiligten Vertreter des Auswärtigen Amtes, Hinrichs und Eisenlohr, entgegen ihrer grundsätzlichen Haltung nicht und anerkannten damit Heydrichs Machtanspruch und Schlüsselfunktion²⁴⁸. Heydrichs Haltung machte noch einmal den bei aller ideologischen Fixierung auch pragmatischen Gehalt seiner Auffassung deutlich, nach der das Herauspressen der Juden aus Deutschland Priorität hatte vor den Befürchtungen um einen möglicherweise zu großen Einfluß der Juden in Palästina.

Gleichwohl wurden die Verhandlungen auf Basis der mit Schacht erzielten Ergebnisse zwischen Rublee und Wohlthat fortgesetzt. Der Amerikaner hatte die Grundsätze in einem Memorandum zusammengefaßt²⁴⁹ und sein deutscher Verhandlungspartner den Inhalt daraufhin in einem formlosen Schreiben auf weißem Bogen bestätigt²⁵⁰. Auf der Sitzung des IGC am 13. und 14. Februar 1939 in London gab Rublee die Ergebnisse seiner bisherigen Gespräche bekannt, und die durch das Komitee vertretenen Regierungen²⁵¹ erklärten sich bereit, innerhalb der nächsten fünf Jahre „Möglichkeiten zur ständigen Ansiedlung ‚unfreiwilliger Auswanderer‘ aus Deutschland im Rahmen der Gesetze und der üblichen Praxis der Mitgliedsregierungen zu fördern“²⁵². Mit der gewundenen Formulierung „Möglichkeiten [. . .] zu fördern“ entzogen sich die Komiteemitglieder jeglicher konkreter Zusagen über Aufnahmekontingente, und auch die in Aussicht genommene Gründung einer privaten internationalen Körperschaft zur Zusammenarbeit bei der Finanzierung der Auswanderung nahmen sie lediglich „zur Kenntnis“²⁵³.

²⁴⁷ ADAP, D, V, Dok. 665, S.787.

²⁴⁸ Ebenda, S.788.

²⁴⁹ Brief Rublees vom 1.2. 1939 mit dem Memorandum über „Die Auswanderung von Juden aus Deutschland“, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.246–251.

²⁵⁰ Brief Wohlthats an Rublee, 2.2. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.252.

²⁵¹ Dem Komitee gehörten Bevollmächtigte folgender Staaten an: USA, Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Großbritannien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Kuba, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Südirland (Eire), Frankreich, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Norwegen, Niederlande, Neuseeland, Panama, Paraguay, Peru, Schweden, Uruguay, Venezuela.

²⁵² Schreiben Rublees an Wohlthat vom 17.2. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.252–254; vgl. BAK R 48/992, 17, Tagesmeldung des Referats II 112 vom 21.2. 1939.

²⁵³ Schreiben Rublees an Wohlthat vom 17.2. 1939, S.253. Das Schreiben wurde Wohlthat am 3. März durch Pell überreicht.

Botschafter von Dirksen wies in seinem Bericht über das Treffen auf den vagen Kompromißcharakter des im Brief Rublees festgehaltenen Ergebnisses hin und betonte, daß die wichtigen Erläuterungen dazu mündlich gegeben werden sollten. Er meldete außerdem, daß die Dominikanische Republik sich zur Aufnahme von 100 000 Juden bereit erklärt habe, um kleinere Industrien aufzubauen und somit die Krisenfestigkeit der eigenen Wirtschaft zu fördern. Präsident Roosevelt habe deshalb bereits eine Kommission entsandt, um die Aufnahmebedingungen zu untersuchen. Von Dirksen wertete die Verhandlungsaussichten, wie sie von der Evian-Kommission signalisiert wurden, insgesamt als positiv, vor allem seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens²⁵⁴.

Ein weiteres Ergebnis der Pariser Sitzung war der Rücktritt Rublees, der den Direktorenposten nur für ein halbes Jahr hatte übernehmen wollen und jetzt zurück in seine heimatliche Anwaltspraxis drängte. Auch schien ihm das Entscheidende auf den Weg gebracht, so daß er meinte, nicht als gescheiterter Vermittler zu erscheinen. Zu seinem Nachfolger wurde der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen beim Völkerbund, der Brite Sir Herbert Emerson, berufen. Da Emerson erstere Funktion beibehielt, er somit als Vertreter des Völkerbundes für Deutschland wie für die Vereinigten Staaten kein Verhandlungspartner sein konnte, wurden die Unterredungen von Robert T. Pell, dem Vertreter Rublees und nun Emersons, fortgeführt²⁵⁵. Pell reiste am 3. März 1939 zu Gesprächen mit Wohlthat nach Berlin und teilte mit, Emerson sei überzeugt, die Auswanderung könne in fünf, wahrscheinlich sogar in drei Jahren durchgeführt werden. Zwar seien Frankreich und Südamerika kritisch eingestellt, doch hätten die USA und Großbritannien die Auswanderungsfrage „energisch in die Hand genommen“ und vier Kommissionen zur Auswahl geeigneter Zielgebiete für Emigranten entsandt. Eine gemischte englisch-amerikanische Kommission war auf dem Weg nach British Guayana und sollte mit Zustimmung der holländischen Regierung auch Niederländisch Guayana besuchen. Zwei weitere amerikanische Kommissionen begaben sich nach San Domingo und Mindanao und eine britische Kommission nach Nord-Rhodesien. Über die Gründung einer Finanzierungsgesellschaft durch amerikanische und britische Bankiers unter möglicher Beteiligung von französischen und holländischen Bankhäusern wurde verhandelt²⁵⁶.

Wohlthat beabsichtigte, sich für die „geplante Massenauswanderung“ mit Heydrich in Verbindung zu setzen und eine Ressortbesprechung für eine deutsche Stellungnahme vorzubereiten²⁵⁷. Als diese am 19. April stattfand, hatte das IGC inzwischen ein Memorandum für Wohlthat verfaßt, in dem die im Schacht-Plan und im Rublee-Memorandum getroffenen Vereinbarungen modifiziert und wieder in Frage gestellt wur-

²⁵⁴ ADAP, D, V, Dok. 666, S. 789–790, Bericht von Dirksens vom 18. 2. 1939.

²⁵⁵ Rublee, inzwischen 72 Jahre alt, hatte seine Mitarbeit nur für ein halbes Jahr zugesagt. Er war über die Verzögerungen bis zum ersten Verhandlungsbeginn verärgert, und die Partner seiner Anwaltspraxis verlangten seine Rückkehr; vgl. Brief Pells an Wohlthat vom 24. 2. 1939, den ihm der amerikanische Geschäftsträger Geist am 1. März überbrachte, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 254 f. und Brief Wohlthats an vier Ministerien vom 6. 3. 1939, ebenda, S. 255 f.

²⁵⁶ Ebenda, S. 257; vgl. ADAP, D, V, Dok. 667, S. 790 f., Aufzeichnung des Gesandten Eisenlohr für das Auswärtige Amt vom 8. 3. 1939.

²⁵⁷ Wohlthats Brief an die Ministerien vom 6. 3. 1939, S. 258 f.

den²⁵⁸. Entgegen der ursprünglichen Übereinkünfte sollte keine bestimmte Gruppe von Auswanderern besonders gefördert werden, und die Perspektive einer Massenauswanderung wurde durch die Forderung nach einer „allmählichen Durchdringung“ als erfolgreichstem Verfahren zur Ansiedlung stark eingeschränkt. Die Vereinigten Staaten waren zur Erhöhung ihres auf Jahre hinaus ausgebuchten Einwandererkontingents von 27 370 Personen aus Deutschland einschließlich Österreichs nicht bereit, in Mittel- und Südamerika wurden vor allem landwirtschaftliche Arbeiter gesucht, daneben einige Handwerker, technische Spezialisten und Wissenschaftler, doch sollten die Einwanderer über erhebliches Kapital verfügen²⁵⁹. Diesen Wünschen entsprach die Berufsstruktur der deutschen Auswanderer kaum. Großbritannien betonte, kein Einwanderungsland zu sein, allenfalls ein Durchgangsland zur Umschulung. Australien wollte 15 000 Flüchtlinge innerhalb von drei Jahren aufnehmen, sofern sie auf dem Arbeitsmarkt gebraucht würden oder über Kapital zur Gründung neuer Industrien verfügten. Weiter wurde eingeschränkt, daß die Flüchtlinge auch aus anderen Herkunftsländern kommen könnten²⁶⁰.

Für die, neben der allmählichen Durchdringung, zweite Art der Ansiedlung in Form kleinerer oder größerer Kolonisation verwies das Memorandum auf die gerade stattfindenden Studien in den vier von Wohlthat bereits in seinem Brief vom 6. März erwähnten Territorien. In British Guayana war inzwischen eine Kommission eingetroffen, und die Niederlande wollten eine beschränkte Zahl Einwanderer in ihrem Guayana-Territorium zulassen. Die Dominikanische Republik wiederholte ihre Bereitschaft zur Aufnahme von 100 000 Personen, sofern sie selbst nichts finanzieren müsse. Für die Philippinen, die von den Flüchtlingen eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllt sehen wollten, war eine Kommission noch in Vorbereitung, und für Nordrhodesien war dieses Gremium gerade bestellt. Bevor die Gutachter nicht berichtet hätten, seien die Aussichten einer Kolonisation großen Umfangs nicht abzuschätzen²⁶¹. Das Schreiben betonte zum Schluß, daß die im IGC vertretenen Regierungen sich auch in Zukunft Änderungen ihrer Flüchtlingspolitik vorbehielten und daß die Voraussetzung einer geregelten Einwanderung die geregelte Auswanderung aus Deutschland sei²⁶².

Diese vagen Aussichten auf mögliche Zielgebiete konnten allen deutschen Institutionen, die auf eine schnelle Lösung der Judenfrage durch verstärkte Austreibung drängten, und hier allen voran Heydrichs Behörde, nur als Ansporn dienen, selbständig und mit den eigenen „Lösungsmethoden“ fortzufahren, da von internationalen Übereinkünften in naher Zukunft offenbar wenig „Hilfe“ zu erwarten war.

Gleichwohl war auf der Ressortbesprechung vom 19. April der Vertreter des Finanzministeriums, Schwandt, optimistisch, durch die geplante Vermögensabpressung der Juden eininhalb Milliarden Mark für den geplanten Trustfonds, mit dem die Finanzierung der Auswanderung von deutscher Seite unterstützt werden sollte, zusammenzubekommen. Es wurde jedoch vereinbart, mit der Schaffung des Fonds zu war-

²⁵⁸ PAAA Inland II A/B 45/1, Niederschrift des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wohlthat vom 30.3. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 259–265.

²⁵⁹ Ebenda, S. 261.

²⁶⁰ Ebenda, S. 262.

²⁶¹ Ebenda, S. 262–264.

²⁶² Ebenda, S. 265.

ten, bis das IGC die Finanzierungsgesellschaft im Ausland selbst in Angriff genommen habe²⁶³.

Am Protokoll dieser Besprechung, in der auch die anstehende Gründung der Reichsvereinigung der Juden zur Sprache kam, wird außerdem deutlich, daß Hitler selbst nicht nur die Generallinie in der Behandlung der Judenfrage vorgab, sondern sich, sofern es ihm wünschenswert erschien, bis in die Einzelheiten einschaltete. So hatte er sich die in der gerade entworfenen „10. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz von 1935“ anstehende Entscheidung in der Frage des jüdischen Schulwesens persönlich vorbehalten²⁶⁴ und für das Protektorat die Anweisung gegeben, „vorerst nur die Juden aus den öffentlichen Stellen“ zu entfernen, die „Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ aber den „tschechischen Behörden selbst [zu] überlassen“²⁶⁵.

Eine Woche nach dieser Ressortkonferenz traf Wohlthat am 26. April zu einer erneuten Besprechung mit Pell im Berliner Hotel Esplanade zusammen, wo der Amerikaner ihm mitteilen konnte, daß die Kommissionen in Britisch Guayana und San Domingo günstige Berichte abgeliefert hätten und auch die Finanzierung der Auswanderung nunmehr gesichert sei. Pell gab seinem deutschen Verhandlungspartner zu verstehen, daß das IGC sich darüber klar sei, „daß die Finanzierung der Auswanderungen im Ausland so erfolgen müßte, als ob der Trust Fund in Deutschland und die Transfermöglichkeiten aus demselben nicht vorhanden wären“. Doch seien er, Emerson, und der Bankier und Vize-Chairman des Komitees, Taylor, „fest entschlossen, die Siedlungsprojekte in Angriff zu nehmen“. Das IGC wolle „sobald wie möglich einen Plan aufstellen“, aus dem zu ersehen sei, „welche Auswanderungsmöglichkeiten für die Zahl der Juden besteht, die in dem vertraulichen Memorandum von Mr. Rublee vom 1.2.39 genannt worden ist“²⁶⁶. Damit war man auf die ursprünglich im Schacht-Plan angelegte Verhandlungsbasis der 150 000 erwerbsfähigen Juden plus ihrer 250 000 Angehörigen zurückgekehrt.

Diese Verhandlungen entfernten sich, berücksichtigt man die sich international zuspitzende Konstellation vom Frühjahr 1939, zusehends auch von einer theoretischen Realisierungsmöglichkeit, waren doch, abgesehen von der nach wie vor nicht völlig geklärten Finanzfrage, die Aussichten auf eine über Jahre gehende und dabei reibungslos funktionierende Auswanderungsmaschinerie in dieser Form reiner Utopismus. Emil Schumburg, der Mitte Mai für von Weizsäcker und von Ribbentrop den Stand der Besprechungen zusammenfaßte, wies darauf hin, daß die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ des Geheimen Staatspolizeiamtes unabhängig von diesen Plänen

²⁶³ PAAA Inland II A/B 45/1, Vermerk über die Ressortbesprechung vom 19. April 1939, betr. Verhandlungen mit dem Evian-Komitee, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 266.

²⁶⁴ Ebenda, S. 265.

²⁶⁵ Ebenda, S. 268.

²⁶⁶ PAAA Inland II A/B 45/1, Vermerk Wohlthats vom 29.4. 1939 über seine Besprechung mit Pell am 26. 4. 1939 in London, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 270 f. Entgegen der Notiz Vogels in der Überschrift zum Dokument fand das Treffen nicht in London, sondern in Berlin statt. Wohlthat wurde bei dieser Zusammenkunft durch Pell von Lord Winterton, Sir Herbert Emerson und dem Staatssekretär im britischen Finanzministerium, Waley, unter Zustimmung des britischen Kabinetts in die britische Hauptstadt eingeladen und stellte eine eventuelle Zusammenkunft für den Juni in Aussicht; vgl. ebenda, S. 272.

weiter arbeiten werde und zwischen dem ersten Februar und dem ersten Mai schon 19400 Juden zur Auswanderung gebracht habe²⁶⁷. Schumburgs Bemerkung macht deutlich, daß die historische Stunde eines solch langfristigen und international geregelten Projekts, wie es dem IGC vorschwebte, längst abgelaufen war. Gleichwohl wurde noch die Satzung für eine „Stiftung zur Förderung der jüdischen Auswanderung“ entworfen²⁶⁸ und am 1. Juni in einer Ressortbesprechung über die Bildung des projektieren Trustfonds verhandelt. Innen-, Finanz- und Wirtschaftsministerium stritten sich hier ausgiebig um die Frage der Federführung. Ministerialrat Schwandt vom Finanzministerium forderte, wie schon am 19. April, erst einmal die Vorleistungen der Gegenseite abzuwarten, zumal man keine Unterlagen über den augenblicklichen Stand der jüdischen Vermögen in Deutschland besitze. Wohlthat machte deutlich, daß Bedenken „zurzeit noch nicht akut seien“ – konkrete Pläne existierten ja noch gar nicht. Er verwies aber auf die Gebiete, zu denen Untersuchungen für eine mögliche Ansiedlung von Auswanderern stattfanden. Görings „zweiter Mann“ wollte bei seinem nächsten Gespräch mit der Gegenseite „verlangen, daß diese einen Plan für ihre Ideen für die Finanzierung selbst nennen werde“²⁶⁹.

Damit waren konkrete Schritte wieder auf die lange Bank geschoben, während Heydrichs „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ seit Monaten die Initiative in der Judenpolitik bestimmte. Der Sicherheitsdienst entwickelte sich immer deutlicher zum eigentlichen Exekutor der Hitlerschen Rassenideologie im Hinblick auf die Lösung der Judenfrage. Am 29. Juni 1939 fand unter Vorsitz Heinrich Müllers, der von Heydrich zum Geschäftsführer bestimmt worden war, im Geheimen Staatspolizeiamt die zweite Besprechung des Ausschusses der „Reichszentrale“ statt²⁷⁰. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit Rublee spielten hier nur eine marginale Rolle. Im Mittelpunkt standen die praktischen „Erfolge“ der „Reichszentrale“, die vor allem durch die Zusammenarbeit mit der nominell erst noch zu konstituierenden, faktisch aber bereits seit Februar bestehenden „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ in der Austreibung erzielt worden waren²⁷¹. Hier wurde überdeutlich, daß in der Exekution der Judenpolitik, bei allen Versuchen der Einflußnahme seitens anderer Ministerien, Heydrichs Behörde das Heft des Handelns in der Hand hielt, ein Faktum, das bereits auf die zentrale Rolle dieser Institution während des, seine langen Schatten bereits vorauswerfenden, Krieges verweist.

²⁶⁷ PAAA Inland II A/B 45/1, Aufzeichnung Schumburgs vom 16.5. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 272–274. Eichmann hatte nach der Besetzung der „Resttschechei“ im März auch in Prag eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ nach dem Wiener Vorbild eingerichtet. Als Endpunkt der Auswanderung aus Österreich visitierte er in einem Schreiben an Herbert Hagen das Frühjahr 1940 an; BAK R 58/486, 57 f., 10.5. 1939.

²⁶⁸ PAAA Inland II A/B 45/1, Satzung der Stiftung zur Förderung der jüdischen Auswanderung, Mai 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 275 f.

²⁶⁹ PAAA Inland II A/B 45/1, Vermerk über die Ressortbesprechung vom 1. Juni über die Bildung eines Trustfonds, 26.6. 1939, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 276–278.

²⁷⁰ PAAA Inland II A/B 45/1, Niederschrift über die zweite Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ am 29.6. 1939, S. 304–311.

²⁷¹ Die „Reichsvereinigung“ wurde offiziell mit der am 4. Juli erlassenen „Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ gegründet; Entwurf und Satzung abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 296–303.

Als die Juden Warschaus Anfang des Sommers 1939 die bereits zitierte Radioansprache Alfred Rosenbergs hörten, in der er die Unterbringung der Juden in einem Reservat Madagaskar forderte, aus dem es nur den Tod als Ausweg gebe, hatte man diese Rede zum Teil belustigt, zum Teil mit dem Bewußtsein der sicheren Entfernung vom Bannkreis der Nazis aufgenommen, denn, wie einige Hörer treffend-jiddisch argumentierten: „zu kurz sind die Hände“²⁷².

Als dann, nur ein paar Monate später, Hitler seinen Eroberungszug Richtung Osten begann, reichten die Hände der Nationalsozialisten schließlich bis in die letzten jüdischen Refugien und entwickelten sich zu Mordinstrumenten an der Kehle des osteuropäischen Judentums.

²⁷² Bernard Mark, Horves derzeilen, S.2.